

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Bonn

*Konrad Beikircher*  
DIE BONNER  
UND IHRE REPUBLIK

*Benedikt Wintgens*  
BONNS PLATZ IN DER  
DEUTSCHEN GESCHICHTE

*Jasper von Altenbockum*  
DER PARLAMENTARISCHE  
RAT UND  
DAS GRUNDGESETZ

*Matthias Hannemann*  
IM EHEMALIGEN  
REGIERUNGSVIERTEL  
VON BONN

*Jasmin Grande*  
BONNER REPUBLIK –  
BEGRIFF, VERORTUNG  
UND ERZÄHLUNG

*Nicola Trenz*  
POLITIK AN TISCH UND TRESEN

*Norbert Schloßmacher*  
EIN HISTORISCHES  
STADTPORTRÄT

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



# Bonn

## APuZ 16–17/2024

### KONRAD BEIKIRCHER

#### DIE BONNER UND IHRE REPUBLIK

Das Bonner Wesen ist komplex. Die Hauptstadtwerdung 1949 stand in einem Spannungsfeld zwischen dem eher provinziellen, ruhigen und bescheidenen Charakter der dortigen Menschen und dem herrschaftlichen Glanz vergangener Zeiten – und sie war nur provisorisch.

Seite 04–08

### BENEDIKT WINTGENS

#### BONNS PLATZ IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

Bonn war ein außergewöhnlicher Parlaments- und Regierungssitz, der zum dezentralen Charakter der alten Bundesrepublik passte. Viele am Rhein gelegte politische Fundamente tragen bis heute, weshalb die Bonner Republik als Zäsur in der deutschen Geschichte gelten kann.

Seite 09–15

### JASPER VON ALTENBOCKUM

#### DER PARLAMENTARISCHE RAT UND DAS GRUNDGESETZ

Die Verhandlungen um das Grundgesetz schienen voller Gegensätze. In einer Mischung aus Kompromissfähigkeit und Hartnäckigkeit diskutierte man über unterschiedliche Vorstellungen der Grundrechte, des Gemeinwohls und der „sittlichen Ordnung“ des Staates.

Seite 16–22

### MATTHIAS HANNEMANN

#### IM EHEMALIGEN REGIERUNGSVIERTEL VON BONN

Der provisorische Charakter der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn lässt sich auch anhand der Architektur nachvollziehen. Was in einem Spannungsfeld zwischen Pragmatismus und dem Anspruch einer „demokratischen“ Bauweise entstand, wird heute oft mit Nostalgie betrachtet.

Seite 24–32

### JASMIN GRANDE

#### BONNER REPUBLIK –

#### BEGRIFF, VERORTUNG UND ERZÄHLUNG

Bonn wurde 1949 auch wegen seiner „Provinzialität“ zum provisorischen Regierungssitz erklärt. Seither bewegt sich die Stadt in einem Spannungsfeld zwischen Bedeutsamkeit und Spott, während sie die junge Bundesrepublik maßgeblich prägte.

Seite 33–38

### NICOLA TRENZ

#### POLITIK AN TISCH UND TRESEN

Politik wird nicht nur im Sitzungssaal gemacht, sondern auch bei inoffiziellen Anlässen. Besonders Gaststätten prägten die informale politische Kommunikation in der Bundeshauptstadt Bonn. Ebenso spiegelten sich Spezifika der Bonner Republik in der Gaststättenlandschaft.

Seite 39–45

### NORBERT SCHLOßMACHER

#### EIN HISTORISCHES STADTPORTRÄT

Im Zuge der epochalen Umbrüche entwickelte sich Bonn von einer Römersiedlung zur Haupt- und Residenzstadt des Kurfürstentums Köln. Während die Region stets katholisch geprägt war, galt die Universitätsstadt später als Ort der Aufklärung und des Bürgertums.

Seite 47–53

# EDITORIAL

Von 1949 bis 1999 war Bonn Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland – zunächst provisorisch, ab 1973 offiziell als Bundeshauptstadt. Trotz der reichen Geschichte als Römerstadt und Residenz der Kölner Kurfürsten war dies eine Rolle, die angesichts der überschaubaren Größe der Stadt nicht so recht zu passen schien. Doch es war dieser bescheidene Charakter, der – neben Konrad Adenauers fester Präferenz – für die Wahl Bonns als Tagungsort des Parlamentarischen Rats 1948 und als Hauptstadt entscheidend war: Die Stadt überzeugte vor allem durch die Abwesenheit jeglicher Machtsymbolik. Dabei war der Charakter des Bonner Provisoriums stets mit dem Versprechen verbunden, den Sitz von Parlament und Regierung nach Berlin umzuziehen, sobald die deutsche Einheit vollendet sein würde.

Was manchen zunächst als Schwäche erschien, entpuppte sich bald als Stärke und Besonderheit: Bonn hat dem demokratischen Neubeginn nach 1945 zweifellos gutgetan. Die geringe Größe der Stadt hatte nicht nur eine symbolische Außenwirkung, auch die räumliche Nähe, die im „Treibhaus“ zwischen Politik, Medien und Zivilgesellschaft bestand, prägte eine politische Kultur, der manche noch heute nachtrauern. Während Bonn immer wieder mit Bezeichnungen wie „Bundesdorf“, „Wartesaal für Berlin“ oder „Pensionopolis“ verspottet wird, schwingt aus heutiger Sicht auch ein bisschen Wehmut mit, dass diese „gute alte Zeit“ längst vergangen ist.

Inzwischen steht „Bonn“ längst nicht mehr nur für eine kleine Stadt am Rhein, sondern für eine politische Ära, eine Erfolgsgeschichte, die als „Bonner Republik“ die jungen Jahre der Bundesrepublik geprägt hat. Die nostalgiebeladenen Spuren der Hauptstadtzeit finden sich zahlreich, etwa in verwaisten Botschaften, dem Kanzlerbungalow oder dem alten Bundeshaus. Zugleich wird häufig übersehen, dass etliche Ministerien noch immer ihren Hauptsitz in der „Bundesstadt“ haben. Gleichwohl sucht Bonn seit dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin nach einer neuen Identität – als Beethoven-, Universitäts- und UN-Stadt hat es einiges zu bieten.

*Jacob Hirsch*

## ESSAY

## DIE BONNER UND IHRE REPUBLIK

*Konrad Beikircher*

Die Schmerzen lassen langsam nach, Bonn und die Bonner:innen haben sich an ein Leben nach dem Abzug der Regierungstruppen gewöhnt und suchen mehr oder weniger glücklich nach neuen Wegen ins Leben danach. Sie sind nach dem Krieg lange am Fläschchen der Bundesregierung großgezogen worden. Das hat zu dem geführt, was man in der Erziehung „Verwöhnen“ nennt, ein Prozess, der nie ohne Folgen bleibt. So sind die Bonner:innen in ein weltstädtisches Leben gestolpert, ohne dafür reif gewesen zu sein: Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland – den Vorsatz „vorläufig“ hatte man schnell vergessen. Die provisorische Bundeshauptstadt ist aber der sympathischen rheinischen Provinzstadt nie erwachsen. Das hat erstmal Vorteile, vielleicht sogar definitiv bleibende Vorteile mit sich gebracht.

Als Adenauer 1948 Bonn gegen Frankfurt am Main und Düsseldorf favorisierte, hatte er zunächst sachliche Argumente im Auge. Hermann Wandersleb, Freund Adenauers und Chef der damaligen Staatskanzlei in Düsseldorf, hatte zuvor in etwa gesagt: „Erstens hammer in Düsseldorf sowieso kaum noch ganze Häuser und zweitens möchten die Düsseldorfer lieber Büros und Industrie als wie noch ein Parlament und deshalb soll der Parlamentarische Rat und der ganze Apparat drumerum nach Bonn jonn.“ Und siehe da: Obwohl Adenauer das nicht alleine entscheiden konnte, „hätt et jeklapp“.

Später dann, nachdem Adenauer im September 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates geworden war, hat er sich selbstverständlich, zusammen mit Wandersleb, für Bonn als Regierungssitz stark gemacht. Da hat er bereits auf etwas gebaut, worauf die Berliner Republik nie wird bauen können: auf das Rheinland und die rheinische Mentalität.

Frankfurt hatte dagegen ein ziemlich starkes Blatt in der Hand. Die Frankfurter:innen sagten etwa: „Frankfort muss Bundesauptstadt wedde, weil in unsern Paulskerch 1848 die erst deutsche Nationalversammlung war un iwwehaupt“, ganz wie es in Friedrich Stoltzes Gedicht heißt,

das 1884 veröffentlicht wurde: „Un es will merr net in mein Kopp enei: wie kann nor e Mensch net von Frankfort sei!“<sup>01</sup>

Adenauer konterte mit dem Argument, dass „die alten traditionellen Verbindungen zwischen dem rheinischen Westen und den westlichen Nachbarn Deutschlands stärker sind als die Beziehungen zwischen Frankfurt und den westlichen Nachbarn“,<sup>02</sup> und er hoffte, wie gesagt, auf die rheinische Mentalität. Das hat er so ausgedrückt: „Es jeht janz ausjezeichnet. Die Leute fühlen sich hier so wohl, dat sie jar nich’ mehr weg wollen. Jetzt können wir dran gehen, einen Vorschlag in der Richtung zu machen, dat Bonn vorläufige Bundeshauptstadt wird.“<sup>03</sup>

#### FERNAB JEDER BERLINISCHEN PROTZEREI

Soweit die Vorgeschichte. Damit war Bonn aber wieder auf dem Stand, auf dem es immer schon war: zum einen hochherrschaftlich, sprich: höfisch, mit den Kurfürsten und ihren Schlössern und mit dem Charisma einer politischen Zentrale, zum andern die kleine rheinische Provinzstadt, ein Ort ohne besondere Vorkommnisse, mal abgesehen von Ludwig van Beethoven und einer Reihe eher üblicher Verdächtiger. Luigi Pirandello, der große italienische Schriftsteller, war fast vier Jahre in Bonn, und wenn er noch ein paar Tage geblieben wäre, hätte er wahrscheinlich Nachwuchs bekommen und wäre nicht mehr nach Sizilien zurückgegangen, hätte vielleicht mit „Sei personaggi in cerca di una pizza“ eine avantgardistische Restaurantkette aufgemacht und später Helmut Kohl zu seinen Hauptkunden zählen können. Verzeihung, ich schweife ab. Wo waren wir? Ach ja: Verwöhnung.

Aus dem Füllhorn der Bonner Republik quoll eine Wohltat nach der anderen: Die Bonner Oper, die normalerweise über Wuppertaler Niveau hinausgekommen wäre, errang europäischen Ruhm, weil Intendanten wie Jean-Claude Riber

oder Giancarlo Del Monaco auf Kosten des Bundeshaushalts Weltstars wie Montserrat Caballé, Katia Ricciarelli oder Plácido Domingo in die Stadt holten. Das lockte zwar Abonnenten weit über Hennef-Uckerath hinaus nach Bonn, brachte aber nichts, da die Stars nach der Vorstellung ja immer nach Hause fuhren. Das nur als kleines Beispiel aus dem kulturellen Leben. Auch die Beethovenfeste waren in der Bonner Republik echte Ereignisse, Geld war ja da.

Geld war immer da, das Fläschchen wurde scheinbar nie leer, und die Bonner:innen tranken, schlürften und schlemmten. Unvergessen bleiben die Gänge der jeweiligen Bonner Oberbürgermeister ins Regierungsviertel: mit leerer Alditüte hin, mit prall gefüllter wieder zurück. Gerade deshalb hat es „uns“ Rheinländer:innen so geschmerzt, als die Politiker:innen, das Parlament und die „janzen Jedönsräte“ nach Berlin umgezogen sind. Plötzlich war vorbei, was das Rheinland und speziell Bonn mit den Händen Adenauers den Deutschen geschenkt hat: ruhige, heitere Gelassenheit, fernab von jeder berlinischen Protzerei. Und weil die Rheinländer:innen die einzigen mediterranen Menschen deutscher Sprache sind, hat das ganze Nachkriegseuropa Deutschland wieder in seine Gemeinschaft aufgenommen. Die Verdienste Bonns um das wachsende Ansehen Deutschlands in der Welt sind gewaltig, denn – und das ist ein Satz, den man nicht laut genug schreiben kann – von Bonn ist noch nie ein Krieg ausgegangen.

## ZWISCHEN PROVINZ UND HERRSCHAFTLICHKEIT

Am Tage des endgültigen Beschlusses des Bundestages nach Berlin zu ziehen, war ich in Venedig. Ich stand in der Kneipe „da Ivo“, die Abendnachrichten liefen, und da kam die Meldung: Die Deutschen ziehen wieder nach Berlin. Man kann kaum glauben, was da los war. Nach ein paar Schrecksekunden war die Hölle los, und alles gipfelte in der Frage: „So, jetzt ziehen die Deutschen von Bonn nach Berlin. Und wann marschieren sie wieder bei uns ein?“ Plötzlich war alles wieder

da: die Schlacht um Monte Cassino, Otto Skorzeny, die Republik von Salò, SS und Bella ciao – Assoziationen, die dank der Bonner Republik fast vergessen waren. Fast.

Die Rheinländer:innen haben es genau so empfunden: Der Umzugsbeschluss war der Triumph der „aufgeblasenen Hauptstadt“ Berlin, da zählte preußische „Gechichte [sic]“, wie Helmut Kohl immer sagte, mehr als die rheinischen Geschichtchen, da wurde der aller Welt sympathische „südliche Wesenszug“, den die Rheinländer:innen stellvertretend für alle Deutschen haben, mit Füßen getreten und an die Wand gedübelt, die Bescheidenheit hatte verloren. Der schlitzohrige Rheinländer Adenauer hat mit wenigen Worten in rheinischen Anekdoten mehr erreicht als Kohl mit seinem ganzen Gebrummel und seinem großprotzigen Gehabe.

Nein, das kleine Bonn, das bei aller Weltpolitik seine wunderbare Kleinkariertheit, ja schon fast Dörflichkeit, behalten hat, hat eine große Rolle für Deutschland gespielt. Und das ganz aus sich selbst heraus, denn die Bonner:innen haben immer schon die Fähigkeit gehabt, die Dinge ein bisschen anders zu sehen. Das lag allerdings nicht nur am linksrheinischen Bonn mit seinen Kurfürsten, Schlössern und der herrischen preußischen Geschichte – alle Kronprinzen haben in Bad Godesberg gewohnt und in Bonn, an der von den Hohenzollern 1818 gegründeten und den Bonner:innen geschenkten rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, studiert und gesoffen –, sondern am geerdeten Pendant im Rechtsrheinischen: in Beuel. Hier waren (und sind) die Wäscherinnen, hier waren (und sind) die Arbeiter, hier war das rheinische Herz und ist es heute noch. Die Bonner:innen tragen diese kleine Lobotomie alle in sich: zum einen die weltmännische Feudalität und das Bewusstsein, etwas Besonderes zu sein, und zwar quasi von höheren Gnaden (ich sage nur: Kurfürst Clemens August), zum anderen aber zu wissen, dass die Wäsche in Beuel traditionell auf der Rheinwiese ausgebreitet und in der Sonne gebleicht wurde. Diesen Spagat trägt jeder Mensch in Bonn in sich und nutzt ihn mit viel Kreativität, zum Beispiel wenn es um die Suche nach einem vernünftigen Altersruhesitz geht. Da sitzt das alte Bonner Ehepaar und überlegt, diskutiert und „simmeliert“ hin und her, als ihm schließlich der Kragen platzt: „Dat eine sage ich Dir: Wenn einer von uns beiden stirbt, zieh ich nach Godesberg!“

**01** Friedrich Stoltze, Frankfurt, in: ders., *Gedichte in Frankfurter Mundart*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1884, S. 1.

**02** Zit. nach Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, S. 72.

**03** „Dat schönste Jeräusch“, 21. 4. 1991, [www.spiegel.de/politik/dat-schoenste-jeraeusch-a-cfa2e2cc-0002-0001-0000-000013489997](http://www.spiegel.de/politik/dat-schoenste-jeraeusch-a-cfa2e2cc-0002-0001-0000-000013489997).

Was in Bonn noch möglich war, dass sich nämlich die Politiker in verschwiegene kleinen Privatclubs schon mal „erholen“ konnten, das wandelt sich in Berlin in anonyme Hektik. Während die Bonner:innen die Politiker:innen familiär durchs Leben begleiteten und – fast – immer eng umschlungen hielten, gehen die dunkleren Wege unserer Politiker in Berlin in großstädtischer Anonymität unter. Keinen kümmert’s, keiner weiß was, keiner schaut hin. Aber: Wenn keiner hinschaut, braucht auch keiner wegschauen. Vielleicht ist das eine der Dynamiken, von denen unsere „Vertuschungsdemokratie“ lebt.

Wenn Franz Josef Strauß im Club Eve in der Rathausgasse „Entspannung“ suchte, wusste das am nächsten Tag die ganze Stadt und hat darüber geschmunzelt. Und als Helmut Kohl nach Bonn zog und angeblich als erstes für „seine“ Ju 52, wie man in Bonn seine energische engste Helferin Juliane Weber nannte, einen „Geheimgang“ in den Seitentrakt des Kanzlerbungalows anlegen ließ, so hat sich das rheinische Bonn nicht etwa darüber aufgeregt, dass er mutmaßlich eine Geliebte hatte, sondern darüber, dass es „so eine“, eine Nicht-Rheinländerin, war. Sie wurde von den eher weichen Bonner:innen als herb empfunden, als preußisch, ja, von einigen Spöttern wurde sie „die Blechschere“ genannt. Trotzdem ist sie aber nach ihrem Leben mit Helmut Kohl in Bonn beziehungsweise im Rheinland geblieben und hier gestorben.

## BONNER FRÖMMIGKEIT

Das Verhältnis, das Bonner:innen zur Politik wie überhaupt zum Leben haben, ist dasselbe wie das zur Religion. Natürlich ist das Leben in Bonn immer noch von der Kirche geprägt, wenn auch nicht mehr so wie in der Vergangenheit. Nun gibt sich der linksrheinische Mensch in Bonn eher weltläufig-liberal und zeigt sich meistens nur bei öffentlichen Anlässen als „normal gläubig“, sprich: katholisch, während das Verhältnis in Beuel, also im Rechtsrheinischen, zu „unserem“ Herrgott stärker ländlich geprägt ist. In den kleinen Kirchen rund um Beuel sieht man das, der legendäre Pützchens Markt, der in Bonn seit 1367 im September stattfindet, ist so ein Fall. Grund für das Volksfest ist die Heilige Adelheid von Vilich, die um das Jahr 1000 herum im heutigen Beueler Ortsteil Pützchen ihren Wanderstab in die Erde gestoßen hat, woraus sofort eine Quelle

sprudelte, ein sogenannter Pütz. Diese tat Wunder über Wunder, vor allen Dingen bei Augenkrankheiten. Jetzt kommen Sie mal mit mir und setzen sich während des Jahrmarktgebrülls auf die Bank hinter der Kirche an den Brunnen. Es vergeht keine Minute, ohne dass nicht einer unserer aufgeklärten Katholiken vorbeikäme, um sich zu bekreuzigen und dann mit dem aus dem Brunnen sprudelnden Wasser die Augen auszuwaschen. Es sind Hunderte, die da kommen, vielleicht sogar mehr, und das sechs Tage lang, ohne Unterlass. Und es sind vor allem junge Leute: Kappe quer, die weißen Kopfhörer vom iPhone im Ohr, aber sich mit dem Wasser vom Brunnen die Augen gesund wischen.

Dieses etwas doppelköpfige Verhältnis zur Religion ist typisch für Köln und Bonn. Gut, in Köln vielleicht etwas deutlicher und frecher als in Bonn, was übrigens mit dem Erzbischof zu tun hat: In der Schlacht bei Worringen 1288 haben die Kölner gegen ihren Erzbischof gekämpft, gewonnen und sich gerächt: Ab sofort durfte kein Erzbischof mehr in Köln wohnen, geschweige denn übernachten. Und das hielt, bis Napoleon ins Rheinland kam. Das Ende war sehr rheinisch: Kein Gang nach Canossa, kein Bericht in der „Cöllnischen Zeitung“, er durfte einfach wieder nach Köln, auch nachts, einfach so, als wäre nie etwas gewesen. Bonn hat ihn auch ziehen lassen, den letzten Kurfürsten und Erzbischof, Maximilian Franz. Er ist 1794 vor Napoleon geflohen und 1801 bei Wien gestorben. Er war ja Wittelsbacher, also quasi bönnischer Wittelsbacher. Unter seiner Regierung zeigten sich allerdings schon erste Akzente einer obrigkeitsabhängigen Kultur: Das kurfürstliche Orchester in Bonn, in dem Beethoven vier Jahre lang Bratsche gespielt hat, der kurfürstliche Chor und vor allem die kurfürstliche Oper waren führend im deutschsprachigen Raum, ähnlich wie unter Riber und Del Monaco. Die Bonner:innen waren es also schon lange gewohnt, durch Pfützen und dreckige Straßen in die Oper zu gehen, um da beste europäische Kultur zu genießen – das alte Bonner Thema also: den Kopf ganz oben und das Herz auf den Äckern der Vorgebirgs-Gemüsekultur.

## STUDENTENREVOLUTION

Dass das Bonner Universum wenig mit den anderen deutschsprachigen Universen zu tun hat, wurde mir eigentlich schon klar, als ich das erste

Mal dort war. Eigentlich stamme ich nämlich aus Südtirol. Das fing 1965 beim Taxifahrer an, der mich, als ich ihm sagte, ich müsse in die Sternstraße 98, also um die Ecke vom Hauptbahnhof, was ich, neu in Bonn, nicht wusste, einsteigen ließ, mit mir nach Godesberg fuhr, dort mit einer Fähre über den Rhein setzte, zurück nach Beuel düste, um über die Kennedybrücke zur Sternstraße zu fahren, und dafür 80 D-Mark kassierte. Das ist wie in Neapel oder Mailand, war mein Gedanke, und das war mir sympathisch, denn das kannte ich aus meiner Heimat.

Oder das kleine Drama mit der Anmeldung, ich war ja italienischer Staatsbürger. Die Uni weigerte sich, mich einzuschreiben, weil ich keine Aufenthaltsgenehmigung hatte. Das Ausländeramt gab mir keine, weil ich nicht eingeschrieben war. Ich war ratlos. Ich rufe meinen Papa an, schildere ihm die missliche Lage, er lacht aber nur und meint: „Dann musst du Folgendes machen: Du klemmst 20 D-Mark in den Pass, gehst zum Ausländeramt und wenn der Beamte dich fragt, wo denn die Bescheinigung von der Uni sei, sagst du: im Reisepass.“ Ich gehe also ins Amt zurück, der Beamte fragt nach der Bescheinigung der Uni, ich sage: „im Pass“. Er blättert, dann fischte er mit spitzen Fingern die 20 D-Mark heraus, lässt sie auf den Tisch gleiten und sagt tadelnd: „So geht das aber nicht, junger Mann, wir sind in Deutschland und nicht in Italien!“ Mir rutscht schon das Herz in die Hose, dann schaut er mich an und lächelt: „Aber Bonn ist im Rheinland“, drückt den Stempel in den Pass und ich hatte die Aufenthaltsgenehmigung – und die 20 D-Mark zurück.

Ein weiterer, für die Charakterisierung der Bonner:innen wichtiger Punkt ist die besondere Interpretation des Obrigkeitsprinzips in der vorläufigen Bundeshauptstadt, das war nämlich die typisch rheinische Toleranz: um Jottes Willen kein Bohei, kein Aufsehen und keine Aufgeregtheit. Das hatte klare Konsequenzen: Kiffen beispielsweise war in meiner Studentenzeit ein Delikt. Man hat es heimlich getan und nur, wenn man sich sicher wähnte. Natürlich gab es die ein oder andere Lokalität, in der gekiffert wurde, zum Beispiel im legendären „Underground“ in Muffendorf oder in der „Falle“, einer Disco am Stockentor. Dort traf man sich zum konspirativen Abtanzen und so weiter – und zum Kiffen natürlich. Ab und zu gab es mal eine Razzia. Was wir aber nicht wussten, war, dass die Poli-

zei überhaupt kein Interesse daran hatte, uns alle festzunehmen. Wie sähe das denn aus? Die provisorische Bundeshauptstadt eine Kifferhöhle? Der Polizei langte es zu wissen, wo wir Revolutionäre sitzen, wie viele wir ungefähr sind und wer da so alles dabei ist. Rheinisch eben. Die Stadt ist klein genug, um alle zu kennen, zumindest vom Sehen.

Ein Ereignis, das gar nicht typischer für die Bonner:innen sein könnte, war das, was auf dem Münsterplatz fast ein Jahr lang jeden Abend passierte: Irgendwann im Februar 1967 gab es eine zufällige, aber wohl recht laute Diskussion am Rande des Münsterplatzes zwischen einer Handvoll älterer Bonner:innen auf der einen Seite und junger Student:innen auf der anderen. Es ging um das klassische Thema zu Beginn der Studentenrevolution: den Generationenkonflikt. „Ihr seid doch alle Nazis“ und „Geht doch nach drüben, wenn es euch hier nicht gefällt, ihr Gammler“ waren sozusagen die Standpunkte, die einander gegenüberstanden. Eine Zeitung berichtete über dieses kleine, aber tagesaktuelle Ereignis, und das war der Startschuss zu einem Großereignis, das bis etwa Mitte November dauerte: Jeden Tag trafen sich – zuerst ein paar Dutzend, nach ein paar Tagen aber schon Hunderte, im Sommer waren es dann manchmal Tausend oder mehr – Menschen aus allen Generationen auf dem Münsterplatz, um miteinander zu diskutieren. Lautstark, erregt, heftig und oft auch nachdenklich. Das ging vom Februar an jeden Tag, so von 18 Uhr bis Mitternacht. Man stand in Kreisen von acht bis zehn Personen zusammen, verteilt über den ganzen Platz. Die Jungen trauten sich, den Älteren die Fragen zu stellen, die sie ihren Eltern nicht stellen konnten, wenn der Familienfrieden gewahrt bleiben sollte, und die Älteren staunten immer öfter darüber, dass die Jungen ihnen tatsächlich zuhörten. Rommel, Stalingrad, Konzentrationslager und überhaupt die Nazi-Zeit waren die Themen, die da angeschnitten wurden. Von unserer Seite kamen die Themen studentische Beteiligung an der Uni, Institutsrat, Abtreibung, Gleichberechtigung und so weiter. Zwischendurch gingen die Älteren immer wieder zum „Hähnchen“, der Kneipe hinter dem Denkmal vom Ludwig van, holten einen Kranz Kölsch und hielten ihn in die Runde: „Kumm, Student, sollst auch nicht leben wie ein Hund!“

Die Angst, dass alles so ausarten könnte wie in Berlin, Hamburg oder Frankfurt, mit Gummiknüppeln, Wasserwerfern und Polizeigewalt,

rückte immer weiter in die Ferne, die Studentenrevolution wurde bönnisch, wie auch die kleine Geschichte vom Besuch Rudi Dutschkes zeigt, eine Geschichte, die auch Kurt Tucholsky gefallen hätte: Für die Uni in Bonn stand wieder der Dies academicus an: Sie stellte sich und die Institute den Bonner:innen vor, ein Tag angeblicher Transparenz, der uns Revolutionären natürlich gewaltig stank, denn kritisch wurde da nicht berichtet. Der AStA (glaube ich, vielleicht war es auch „nur“ der Sozialistische Deutsche Studentenbund) lud Rudi Dutschke für den 6. Dezember 1967 ein, er sollte als Hauptredner beim Anti-Dies-academicus im Arkadenhof der Uni sprechen. Wir Revolutionäre waren natürlich alle dabei, standen dicht gedrängt und starteten vom Hof durch die Glastüren auf die Garderobe. Von dort sollten Hannes Heer, unser örtlicher Che Guevara, und Rudi Dutschke kommen. Da! Wir sahen sie! Sie gingen an die Garderobe, gaben ihre Dufflecoats ab, das war damals quasi unsere Uniform, und kamen nun raus. Heer übergab das Megaphon nach der Begrüßung an Dutschke, und der fing an, uns einzunorden, wir sollten uns mit den fortschrittlichen Professoren solidarisieren, auch die stünden allein gegen die Reaktion da. Hinten vor der sogenannten Blauen Grotte gab es ein paar Burschenschaftler, die fingen an „Oh alte Burschenherrlichkeit“ zu singen, also gute Stimmung vorne bei den Kämpfern und hinten auf den Rängen. Da fing es an zu nieseln, Dezember, iggelig. Wir waren natürlich bereit durchzuhalten, die Garderobenfrauen aber, quasi unsere Uni-Mamis, machten sich Sorgen um Rudi Dutschke. Eine kam heraus, stellte sich neben ihn, seinen Dufflecoat über'm Arm, und sagte ihm – und wegen des Megaphons konnten wir es hören: „Herr Dutschke, tun Sie sich doch der Mantel, bei dem Wetter können Sie sich sünst jet holen“. Dutschke schaut sie völlig irritiert an, dann zieht er den Dufflecoat an. Schon will er mit der Revolution weitermachen, da sagt sie: „Herr Dutschke, könnten Sie mir die Garderobenmarke ...?“ Er greift in die Hosentasche und gibt ihr die Marke.

Eine zweite bemerkenswerte Geschichte ergänzt diese Kombination aus pazifistischer Revolution, katholischer Friedensbereitschaft und scheinbarer Toleranz, also diese typisch rheinisch-bönnische Mischung auf das Köstlichste: Bundespräsident Heinrich Lübke – Sie wissen schon: der größte Kabarettist aller Zeiten

– lehnte es 1966 ab, der Aktivistin Klara Marie Faßbinder, das „Friedensklärchen“, wie sie auch genannt wurde, den französischen Ordre des Palmes académiques für ihre Verdienste um die Übersetzung der Werke von Paul Claudel auszuhändigen, weil sie in Kontakt mit der DDR-Regierung getreten war. Das schrie nach einer Demo gegen den guten Heinrich, die wir vor der Bonner Oper abhielten. Wir waren etwa 400 Student:innen, skandierten „Ho-Ho-Ho chi minh“ und waren besser als die Polizei anrückte. Die Studentendemos in Bonn hatten immer auch etwas von Happening. Natürlich bekamen wir Angst, alle hatten Berlin vor Augen und die Aggressivität der dortigen Polizei und harrten der Dinge. Die Beamten schoben uns vom Bühneneingang der Oper weg, dann standen alle still. In der Mitte parkte ein Polizeiauto; das war schon mal toll: keine Wasserwerfer! Ein Mann mit einem Megaphon stieg aus und sprach uns ganz ruhig an, dass wir da mal ein bisschen zur Seite gehen sollten, abgesagte Ordensverleihungen seien kein Grund für Demos, und der Bundespräsident würde schon wissen, was er da tut und so weiter. Seine ruhige Stimme verfehlte ihre Wirkung nicht. Dann aber kam der Hammer, und das ist Bonn wie es lebt und lebt: „Und übrigens halten wir von der Polizei uns an die rheinische Devise: Bevor mir uns kloppen, können mir uns auch direkt vertragen“, er sprach es und stieg wieder ins Auto. Es hat natürlich funktioniert. Wir waren so perplex, dass wir uns auflösten, auf den Marktplatz gingen und vor dem Marktkrug die Demo in diversen Kölsch ertränkten.

So komme ich zum Ende dieser kaleidoskopischen Beschreibung der Menschen in Bonn und ihrer Mentalität: Das kann man nämlich angesichts der extrem komplexen Charakterstruktur nur in kleinen Fragmenten und Beispielen.

Jetzt, in der Nach-Fläschchen-Zeit muss Bonn und müssen die Bonner:innen schauen, wie sie auf eigenen Beinen stehen können, keine Kurfürsten und keine Bundesregierung sind mehr in Sicht, es bleibt nur die rheinische Zuversicht. Auf die aber ist Verlass, denn „et hätt noch immer jot jejang!“

**KONRAD BEIKIRCHER**

ist Kabarettist, Musiker und Autor und lebt in Bonn.

# „WHAT ABOUT BONN?“

## Bonns Platz in der deutschen Geschichte

*Benedikt Wintgens*

Bonn war eine außergewöhnliche Hauptstadt. Auch wenn es heute in Berlin fast merkwürdig erscheint: Fünfzig Jahre lang, von 1949 bis 1999, wurde die Bundesrepublik von einer eher kleinen Großstadt im Rheinland aus regiert, einer ehemaligen Residenzstadt, die man im 19. Jahrhundert als Ausflugsziel entdeckt hatte, vor allem aber mit dem Ruf ihrer Universität in Verbindung brachte. 1948/49 zog dann mit dem Parlamentarischen Rat und anschließend dem Bundestag die große Politik nach Bonn – zunächst zumindest das, was nach dem Nationalsozialismus und im Ost-West-Konflikt davon übriggeblieben war. Denn Berlin kam angesichts der sowjetischen Blockade und der westalliierten Luftbrücke nicht als Hauptstadt einer Bundesrepublik infrage, die vorerst nur aus den drei westdeutschen Besatzungszonen gebildet wurde.

Allerdings sollte Bonn nie eine echte Hauptstadt werden, und zwar gerade wegen der deutschen Zweistaatlichkeit. Entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, <sup>01</sup> hielten die westdeutschen Regierungen am Ziel der Wiedervereinigung sowie einer ungeteilten deutschen Hauptstadt Berlin fest. Für Bonn fand man andere, zurückhaltende Umschreibungen, die das Wort Hauptstadt bewusst vermieden oder einschränkten: „Sitz der Bundesorgane“ und „Bundessitz“ hieß es zuerst, oft ergänzt um den Zeitbegriff „vorläufig“.

„Bundeshauptstadt Bonn“ lautete die Bezeichnung, als die Konsolidierung des westdeutschen Staates weit fortgeschritten war und das Provisorium Bestand zu haben schien, wohlgemerkt als Bundesrepublik. Und die Begriffsgeschichte überdauerte sogar die Rückkehr von Parlament und Regierung ins wiedervereinigte Berlin. Das im Frühjahr 1994 vom Bundestag verabschiedete Bonn-Berlin-Gesetz etablierte neben zahlreichen Ausgleichs- und Übergangsregeln die „Bundesstadt Bonn“.

### HAUPTSTADTBILDER

Als Hauptstadt im vollen Wortsinn wirkte Bonn aber auch nicht, wenn man darunter neben der politischen Bedeutung die ökonomische Kraft oder kulturelle Ausstrahlung einer Metropole versteht. Mit beidem war es in Bonn, wo vor der Zusammenlegung unter anderem mit den bis 1969 eigenständigen Nachbargemeinden Bad Godesberg und Beuel kaum mehr als 125000 Menschen lebten, nicht weit her. Weder in Wirtschaft und Industrie noch in Kunst und Kultur, nicht in den Medien und nicht mal in der Wissenschaft war Bonn das Zentrum der Bundesrepublik. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die weit großstädtischer geprägten Orte an Rhein und Ruhr sowie im Rhein-Main-Gebiet in kurzer Zeit erreichbar waren.

So zeichnete sich die Bonner Republik durch einen polyzentrischen Charakter aus. Die Hauptstadt Bonn hatte primär eine politische Funktion als Tagungsort des demokratisch gewählten deutschen Parlaments und als Sitz der Regierung – wobei im bundesrepublikanischen Föderalismus auch Landeshauptstädte wie München und Düsseldorf beträchtlichen Einfluss hatten. Bonn war Hotspot der westdeutschen Politik, und „Bonn“ wurde zum Synonym der Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik. In diesem Kontext kamen die vier Buchstaben des Stadtnamens alltäglich in den Nachrichten zur Sprache, im Fernsehen untermauert mit Bildern dunkler Limousinen, die in der Parklandschaft am Kanzleramt vorfuhren, oder Redeszenen aus dem Plenarsaal des Deutschen Bundestages. <sup>02</sup>

In Europa gehört zu einem modernen Territorial- oder Nationalstaat scheinbar selbstverständlich die Existenz einer Hauptstadt als historisch gewachsenes und dauerhaftes Zentrum, als symbolischer, aber auch realer Kristallisationspunkt von Staat und Nation, wie es in idealtypi-

scher Weise Paris oder London darstellen.<sup>03</sup> Aus einer Vielzahl von Gründen, insbesondere wegen der deutschen Teilung, konnte Bonn – nach 1949 die jüngste Hauptstadt Westeuropas – diese Entwicklung nicht nachholen. Bonn war nämlich nicht in Jahrzehnten oder Jahrhunderten zur Kapitale herangereift, sondern wurde binnen weniger Monate aufgrund des Gegensatzes zwischen dem demokratisch-marktwirtschaftlichen Westen und den kommunistischen Diktaturen im sowjetischen Machtbereich zum Parlaments- und Regierungssitz bestimmt. Um ein weiteres Mal die nach der Wiedervereinigung 1990 neu formulierte Präambel des Grundgesetzes zu zitieren: Am Rhein galt es, „dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“.<sup>04</sup>

In diesem Sinne war Bonn eher Arbeitsplatz für die Politik als deren Bühne. Auch die barocken Repräsentationsorte der früheren Residenzstadt – die Schlösser der Kölner Fürsterzbischöfe in Bonn und Poppelsdorf – gehörten zur Universität. Im Parlamentsviertel, das in der Gronau abseits der Innenstadt lag, beschrieben Journalisten wie Hermann Rudolph dagegen immer wieder die nüchterne Atmosphäre einer Geschäftsstelle: „[A]ls Stadt bleibt Bonn dafür kaum weniger Hintergrund als die idyllische Kulisse des Siebengebirges, die den Blick nach Süden zu abschließt.“<sup>05</sup>

## DER WEG NACH BONN

Die Entstehung der Bundesrepublik war eine Staatsgründung in Stufen.<sup>06</sup> Die US-amerikanische Wirtschaftshilfe mit dem Marshallplan, die Einführung der D-Mark 1948 und die Aufnahme ins westliche Verteidigungsbündnis 1955, die mit der Übertragung wichtiger Befugnisse von den früheren Besatzungsmächten auf westdeutsche Akteure verbunden war, kennzeichnen wichti-

ge Wegmarken vor und nach der Verfassungsgebung. Der Parlamentarische Rat, die erste Bundestagswahl 1949 und die Konstituierung der Bundesorgane in Bonn waren in diesem Prozess zwar entscheidende Etappen, zeitgenössisch aber wurden sie von vielen nicht als tiefe Zäsur wahrgenommen, zumal die vereinten Besatzungszonen beziehungsweise Länder keinen voll souveränen Staat gründeten.

Daher spielten bei der Wahl Bonns zum Tagungsort des Parlamentarischen Rates neben der Weltpolitik, die den Weg nach Berlin versperrte, der Zufall, pragmatische Übergangslösungen und Absprachen mit den Alliierten eine entscheidende Rolle; auch die Interessen der Landesregierungen kamen zur Geltung. Nach einer Konferenz der Ministerpräsidenten in Koblenz, das zur französischen Besatzungszone gehörte, und nachdem sich eine Expertenkommission auf der Herreninsel im Chiemsee in der amerikanischen Zone beraten hatte,<sup>07</sup> waren nun die Briten und Nordrhein-Westfalen an der Reihe. In London hatten Diplomaten schon 1946 über die mögliche Zentrale eines westdeutschen Staates nachgedacht und die Vorzüge einer Stadt betont, die im Zweiten Weltkrieg weniger zerstört worden war als die großen Industriestädte – „what about Bonn?“<sup>08</sup>

## TRANSITRAUM

Die politische Kulturgeschichte deutscher Hauptstadtpolitik im 20. Jahrhundert wurde bislang nicht geschrieben. Bei ihrem rheinischen Kapitel wären die internationalen Rahmenbedingungen ebenso zu berücksichtigen wie innen- und parteipolitische Veränderungsprozesse, außerdem geografisch geprägte Geschichtsbilder und kulturelle Deutungsmuster.<sup>09</sup>

**01** Präambel des Bonner Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949.

**02** Vgl. Merle Ziegler, *Kybernetisch regieren. Architektur des Bonner Bundeskanzleramtes 1969–1976*, Düsseldorf 2016.

**03** Vgl. Theodor Schieder/Gerhard Brunn (Hrsg.), *Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten*, München–Wien 1983.

**04** Präambel des Bonner Grundgesetzes (Anm. 1).

**05** Hermann Rudolph, Bonn – Die Geschäftsstelle, in: *Merkur* 5/1979, S. 512ff., hier S. 513.

**06** Vgl. Dominik Geppert, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 2021, S. 7–11.

**07** Zum Verfassungskonvent von Herrenchiemsee siehe auch den Beitrag von Jasper von Altenbockum in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**08** Zit. nach Reiner Pommerin, *Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945*, Köln 1989, S. 35.

**09** Als journalistischer Chronist hat Klaus Dreher zwei Darstellungen vorgelegt, die einzigartig sind, allerdings legendäre Anekdoten sowie Klischees weitertragen und der Quellenbasis wegen nur bedingt wissenschaftlichen Kriterien entsprechen: Klaus Dreher, *Ein Kampf um Bonn*, München 1979; ders., *Treibhaus Bonn, Schaubühne Berlin. Deutsche Befindlichkeiten*, Stuttgart 1999. Der diplomatiegeschichtliche

Als teilsouveränes Provisorium gestartet, galt die Bonner Republik vielen als Übergangslösung auf dem Weg zu einem wiedervereinigten deutschen Nationalstaat in Berlin oder zu einem europäisch-supranationalen Verbund mit Sitz in Brüssel. Als Transitorium eignete sich die kleine Stadt am großen Fluss perfekt.<sup>10</sup> Auch die ihr und ihren Gebäuden immer wieder zugeschriebenen Charaktereigenschaften von Bescheidenheit und Funktionalität im Stil der internationalen Nachkriegsmoderne<sup>11</sup> korrespondierten mit dem fluide-dezentralen, rheinischen Charakter der alten Bundesrepublik. „Der Bonner Raum“, so hatte es schon 1953 der Architekt Josef Wolff formuliert, sei „mehr die Herberge als die Hauptstadt der Regierung des Bundes“.<sup>12</sup>

Bis in die Neunzigerjahre blieb Bonn die improvisierte Zentrale einer sich als provisorisch verstehenden Bundesrepublik. Sie war insofern auch der sinnfällige Ausdruck der „deutschen Frage“ von Nationalstaatlichkeit und Demokratisierung nach 1945. Wie war es möglich, dass aus den Trümmern des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs ein freiheitlich-demokratisches, wohlhabendes und weithin angesehenes Land wurde? „Bonn, die Bonner Demokratie, hat in der ganzen Welt Positives geleistet, Positives gezeigt“, bilanzierte 1993 der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser und hob als herausragende Eigenschaften die Bonne eigene Bescheidenheit und die Westorientierung hervor.<sup>13</sup>

Weg nach Bonn wird in Pommerin (Anm. 8) rekonstruiert. Für die stadtgeschichtliche Perspektive vgl. Gabriele Müller-List, Bonn als Bundeshauptstadt 1949–1989, in: Edith Ennen/Dietrich Höroldt (Hrsg.), Geschichte der Stadt Bonn, Bd. 4, Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989, Bonn 1989, S. 639–744.

<sup>10</sup> Die „transitorische Funktion“ Bonns betont Tilman Mayer, Politik lehren in Bonn. Das Erbe Friedrich Christoph Dahlmans, in: ders./Dagmar Schulze Heuling (Hrsg.), Über Bonn hinaus. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte, Baden-Baden 2017, S. 27–34, hier S. 28.

<sup>11</sup> Für eine Betrachtung der Regierungsbauten in Bonn siehe den Beitrag von Matthias Hannemann in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

<sup>12</sup> Josef Wolff, Vier Jahre Bundeshauptstadt. Ein Architekt sieht sich um, in: Der Baumeister – Zeitschrift für Baukultur und Bautechnik 11/1953, S. 740–745, hier S. 741.

<sup>13</sup> Alfred Grosser, Der aktuelle Streit zwischen Bonn und Berlin, in: Uwe Schultz (Hrsg.), Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin, München 1993, S. 229–238, hier S. 232.

## NEUBEGINN DES PARLAMENTARISMUS

Das 1948/49 in der Pädagogischen Akademie verhandelte Grundgesetz hatte das Parlament ins Zentrum der politischen Prozesse gestellt. In der stark repräsentativ verfassten deutschen Demokratie ist der Bundestag das einzige direkt von den Staatsbürgerinnen und -bürgern gewählte Verfassungsorgan auf Bundesebene und soll die Volkssouveränität verwirklichen. Im und um das Parlament am Rheinufer wurden in politischer Hinsicht die Fundamente gelegt, auf denen die Bundesrepublik zu wesentlichen Teilen bis heute steht.<sup>14</sup> Dies betrifft erstens die institutionelle Ebene, wenn man an die Interaktion des Parlaments mit der Bundesregierung sowie den Länderregierungen im Bundesrat oder an die Gründung des Bundesverfassungsgerichts denkt. Es gilt zweitens inhaltlich, weil verschiedene Grundentscheidungen bis heute – angepasst und erneuert – weiter wirken, allen voran Marktwirtschaft und Sozialstaat, der Prozess der europäischen Einigung und die Sicherheitspolitik in der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Zum Dritten gibt es organisatorische wie kulturelle Traditionslinien wie die Arbeitsweisen, den Debattenstil und das Selbstverständnis der Abgeordneten. Veränderungen zeigen sich vor allem im Parteiensystem und in der politischen Kultur. Denn die Bonner Republik war gekennzeichnet durch starke Institutionen und organisierte Aushandlungsprozesse, in denen Parteien, Medien und Verbände eine zentrale Rolle spielten. Demokratie wurde in Wahlen gelebt; für den Rest, könnte man zugespitzt sagen, sorgten die Profis in Bonn.<sup>15</sup>

Nach der nationalsozialistischen Diktatur und ihren Menschheitsverbrechen wurde Demokratie in Westdeutschland neu gelernt. Entsprechend verbreitet waren Sprachbilder aus dem Bereich der Bildung<sup>16</sup> (wie Re-Education) oder des Wachstums. Auch dafür bot die umgebaute Pädagogische Akademie, eine vormalige Ausbil-

<sup>14</sup> Vgl. Marie-Luise Recker, Parlamentarismus in der Bewährung. Der Deutsche Bundestag 1949–2020, Düsseldorf 2021.

<sup>15</sup> Vgl. Claudia C. Gatzka, Berlin ist nicht Bonn ist nicht Weimar. Die deutschen Republiken im politischen Deutungskampf, in: Jürgen Zimmerer (Hrsg.), Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein, Stuttgart 2023, S. 414–431.

<sup>16</sup> Vgl. Sonja Levsen, Autorität und Demokratie. Eine Kulturgeschichte des Erziehungswandels in Westdeutschland und Frankreich 1945–1975, Göttingen 2019.

dungsstätte für Lehrer, auf der grünen Wiese den passenden Rahmen. Nicht nur Bonn war eine ungewohnte Hauptstadt, auch Parlament und Demokratie erinnerten an zarte Pflänzchen. Wie ungewiss und umstritten die Etablierung der frühen Bundesrepublik war, zeigt Wolfgang Koeppens 1953 erschienener Bonn-Roman „Das Treibhaus“, in dem Fremdheitsgefühle in der repräsentativen Demokratie und die Distanz gegenüber dem politischen Betrieb in einer Atmosphäre schwüler Künstlichkeit verdichtet wurden.<sup>17</sup>

## SYSTEMKONKURRENZ

Die deutsche Geschichte ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Brüchen und tiefgreifenden Veränderungen. Dies prägte vielfach den zeitgenössischen Blick auf den westdeutschen Teilstaat. „Die eigentliche Kontinuität der deutschen Geschichte scheint also zunächst einmal ihre Diskontinuität zu sein“, meinte etwa der Historiker Lothar Gall und erkannte ein Grundmuster der „Kontinuität der Diskontinuität“.<sup>18</sup> Zu anders war nach 1945 beziehungsweise 1949 das, was mit dem Begriff Deutschland bezeichnet wurde; zu deutlich schienen die Kräfteverschiebungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – vor allem aber die Opposition der zwei sich im Innern verfestigenden Staatsgebilde im Westen und Osten. Der weitverbreitete Wunsch nach einem Neuanfang brachte es mit sich, dass Bonn, immerhin römisch-ubischen Ursprungs, eine junge Stadt zu sein schien, während Berlin, das erst nach der Reichsgründung 1871 deutsche Hauptstadt geworden war, mit der Entwicklung von Preußen über das Kaiserreich bis in die letzten Tage von Hitlers Herrschaft in Verbindung gebracht wurde.<sup>19</sup>

Um die Kontinuitäten und Wandlungsprozesse in der Demokratiegeschichte zu diskutieren, werden in Deutschland oft Ortsnamen mit den Republiken in Beziehung gesetzt. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass sich die Bezeichnung „Weimarer Republik“ aus-

gerechnet in den 1950er Jahren durchgesetzt hat.<sup>20</sup> Zeitgleich erschienen im westeuropäischen Ausland erste Publikationen mit dem Begriffspaar „Bonner Republik“.<sup>21</sup> Dass sich diese Bezeichnung damals jedoch für den neuen westdeutschen Staat nicht etablieren konnte, hatte zwei Gründe: Erstens war die Chiffre „Weimar“ von Politikern und Intellektuellen des Exils als eine abgeschlossene Phase der Geschichte definiert worden und stand im Schatten des Scheiterns der Demokratie 1933. Das zweite Motiv, das gegen die „Bonner Republik“ sprach, war die Existenz des SED-Regimes in der DDR. Denn bis in die 1960er Jahre bezeichnete der Berliner Ortsteil „Pankow“ im Westen die kommunistische Staats- und Parteiführung. Diese Sprechweise hatte den Ursprung in der Tatsache, dass viele SED-Politiker tatsächlich im Nordosten Berlins wohnten – und den Vorteil, dass man in der Bundesrepublik nicht „Ost-Berlin“ sagen musste. Umgekehrt diente „Bonn“ in der Propaganda der DDR als Chiffre für das Feindbild einer konservativ-klerikal-kapitalistischen Filiale des amerikanischen Imperialismus im Westen.<sup>22</sup> In der Summe verwies „Bonner Republik“ vor 1989/90 zumindest implizit sowohl auf den Untergang der Demokratie als auch die Teilstaatlichkeit – und konnte deshalb keine Identifikationskraft entwickeln.

## BONN UND WEIMAR

Der Wunsch nach Abgrenzung bestimmte lange das Bild der Weimarer Republik in Westdeutschland. „Weimar“ wurde als bedrohte, umkämpfte und zum Scheitern gebrachte Demokratie bewertet.<sup>23</sup> Es nach 1945 anders zu machen und die zweite Chance zu nutzen, war

<sup>17</sup> Vgl. Benedikt Wintgens, *Treibhaus Bonn. Die politische Kulturgeschichte eines Romans*, Düsseldorf 2019.

<sup>18</sup> Lothar Gall, *Die Bundesrepublik in der Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: *Historische Zeitschrift* 1/1984, S. 603–614, hier S. 605f.

<sup>19</sup> Vgl. Gerhard Brunn, *Die deutsche Einigungsbewegung und der Aufstieg Berlins zur deutschen Hauptstadt*, in: *Schieder/Brunn* (Anm. 3), S. 15–33, hier S. 31.

<sup>20</sup> Vgl. Sebastian Ullrich, *Mehr als Schall und Rauch. Der Streit um den Namen der ersten deutschen Demokratie 1918–1949*, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt/M.–New York 2005, S. 187–207.

<sup>21</sup> Vgl. Jasmin Grande, *„Specters of Bonn“*. Zur Topologie der „Bonner Republik“ nach 1991, in: Gertrude Cepl-Kaufmann et al. (Hrsg.), *Ende der Bonner Republik? Der Berlin-Beschluss 1991 und sein Kontext*, i.E.

<sup>22</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *„Pankow“ und „Bonn“*. Provisorien bis zur künftigen Einheit, in: Mayer/Schulze Heuling (Anm. 10), S. 151–156.

<sup>23</sup> Vgl. Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.

die normative Konsequenz. Das berühmteste Beispiel dafür ist die Formel des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann: „Bonn ist nicht Weimar“.<sup>24</sup>

Im Vergleich von Weimar und Bonn wurden vor allem die Unterschiede hervorgehoben, wobei das Grundgesetz als die überlegene Verfassung galt. Noch bevor der Begriff Verfassungspatriotismus geprägt wurde, hatte sich ein Kanon der Bonner Vorzüge herausgebildet: die Stärkung des Parlaments sowie des Bundeskanzlers; der Verzicht auf direktdemokratische Elemente und die Volkswahl des nunmehr fast nur repräsentative Aufgaben ausübenden Staatspräsidenten, der in Weimar größeren, am Ende schädlichen Einfluss gehabt hatte; der Schutz der Grundrechte durch ein Verfassungsgericht sowie das Leitbild einer wehrhaften Demokratie. Seit den 1950er Jahren stimmten Juristen, Historiker und Politikwissenschaftler darin überein, das Nebeneinander von parlamentarischen, präsidentiellen und plebiszitären Elementen sei ein Weimarer Konstruktionsfehler gewesen. Diese Interpretation hatte auch eine entlastende Funktion: Wenn schon die Verfassung wehrlos war, konnte es auf das Verhalten der Wähler oder Eliten nicht so sehr ankommen.

Darüber hinaus wurde der Unterschied zu Weimar zum Zeichen einer über Verfassungsnormen hinausgehenden Erfolgsgeschichte. „Weimar“ stand für eine gesplante Gesellschaft am Rande des Bürgerkriegs, für politischen Extremismus der Linken und Rechten sowie ein schädliches Freund-Feind-Denken, für Massenarbeitslosigkeit, Inflation und eine unter dem Strich wenig erfolgreiche Außenpolitik. Demgegenüber repräsentierte „Bonn“ die schnelle Etablierung einer antitotalitären Demokratie, eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum und Wohlstand produzierte, einen expandierenden Sozialstaat anstelle von Streiks und Armut und eine Außenpolitik, die auf die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten wie mit den westeuropäischen Nachbarn setzte. In dieser Hinsicht hat sich die Überlegenheit der Bundesrepublik 1989 durch die Wiedervereinigung bestätigt, als die Ostdeutschen sich auf der Straße und in freien Wahlen mehrheitlich für den Beitritt zum westlichen Erfolgsmodell entschieden.

<sup>24</sup> Vgl. Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln–Berlin 1956.

## ERFOLGSGESCHICHTE BUNDESREPUBLIK?

Solange es in Westdeutschland mit Freiheit, Sicherheit und Wohlstand aufwärts ging, kannte der Vergleich mit der Weimarer Republik nur eine Siegerin. Deshalb diente die Abgrenzung von Weimar vor 1933 nicht allein der wissenschaftlichen Erkenntnis; sie war stets auch ein Argument in der öffentlichen Auseinandersetzung. Zugleich wurde die Differenzierung der Bonner Republik zur Grundlage der Deutung der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte, die lange die Geschichtsschreibung dominiert hat.<sup>25</sup> Als „Negativfolie“<sup>26</sup> stärkte Weimar die Selbstanerkennung des westdeutschen Teilstaates, auf dessen Stabilisierung in der ungesicherten Nachkriegszeit die Wenigsten gewettet hätten. Im Kern war „Bonn ist nicht Weimar“ eine Formel des Anders-Seins. So erleichterte die Distinktion von der ersten deutschen Republik den demokratischen Neuanfang nach dem Nationalsozialismus, ungeachtet der zahlreichen personellen Kontinuitäten einer post-nationalsozialistischen Gesellschaft, nicht zuletzt in den Ministerien und Behörden.

Gegenwärtig ist die viele Jahre unter-, ja geringgeschätzte Weimarer Republik so aktuell wie lange nicht.<sup>27</sup> Sie bleibt ein Warnhinweis auf die Gefährdungen der Demokratie und das zerstörerische Potenzial antidemokratischer Kräfte. Zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung aber, vierzig Jahre nach dem Auftakt in Bonn, zog der Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz die Bilanz: „Die eigentliche Zäsur in der neuesten Geschichte Deutschlands und Europas ist die Geschichte der Bundesrepublik selbst.“<sup>28</sup>

## BONN UND BERLIN

Am 20. Juni 1991 entschied der Bundestag in Bonn, dass im wiedervereinigten Deutschland

<sup>25</sup> Vgl. Thomas Hertfelder, *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik. Vom Anfang und Ende einer Meistererzählung*, in: *Merkur* 9/2022, S. 5–26.

<sup>26</sup> Andreas Wirsching, *Weimar als Generationenerfahrung*, in: Tim Schanetzky et al. (Hrsg.), *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 39–50.

<sup>27</sup> Vgl. Nadine Rossol/Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik*, Darmstadt 2021.

<sup>28</sup> Hans-Peter Schwarz, *Segmentäre Zäsuren. 1949–1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge*, in: Martin Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*, München 1990, S. 11–20, hier S. 18.

Parlament und weite Teile der Regierung ihren Sitz in Berlin haben sollten.<sup>29</sup> Die knappe, aber eindeutige Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen und die kontrovers geführte Debatte rückten vor allem die Unterschiede zwischen den beiden Städten in den Mittelpunkt. Wenige Monate nach dem Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes galt Bonn vielen als Sinnbild des Neubeginns nach 1945, als Inbegriff des bundesrepublikanischen Erfolgsmodells. In dieser Lesart stand „Bonn“ für Bescheidenheit, Föderalismus und die historische Abkehr von Nationalismus und Machtpolitik. Insbesondere schien die Stadt am Rhein die Westbindung in Form des atlantischen Bündnisses und der europäischen Integration zu verbürgen.

Berlin hingegen, mit dem Einigungsvertrag immerhin als Hauptstadt definiert, was die Frage des Parlaments- und Regierungssitzes zunächst noch einmal ausgeklammert hatte, verkörperte das in den Jahrzehnten der Teilung immer wiederholte Versprechen einer Rückkehr aus dem rheinischen Provisorium. Darüber hinaus verhielt die Millionenstadt an der Spree einen Aufbruch in eine neue Welt nach dem Ende des Kalten Krieges. An keinem anderen Ort, schon gar nicht in Bonn, so hieß es, könnte man die Folgen des Ost-West-Konflikts überwinden, weil hierfür Verbindungen nach Mitteleuropa von zentraler Bedeutung sein würden. Schließlich verhielt Berlin an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die Vorzüge einer aufregenden Metropole, der gegenüber Bonn bloß ein in Wohlstand ermüdetes Provinznest abgab.

Allerdings lässt die zugespitzte Alternative „Bonn versus Berlin“ leicht die zahlreichen Verbindungslinien zwischen Rhein und Spree übersehen, die dem historischen Verhältnis zwischen der vormals preußischen Rheinprovinz und der Zentrale im Brandenburgischen vergleichbar sind. Bei der Gründung der Bundesrepublik war Bonn eine Übergangslösung für das Dilemma, an Berlin und der nationalen Einheit festzuhalten und gleichzeitig einen Parlamentssitz für den westdeutschen Teilstaat zu begründen. 1948/49 hatte die Weltordnung des Kalten Krieges nach Bonn geführt, nach der Epochenzäsur 1989 bis 1991 ging es den umgekehrten Weg zurück. Insofern passte die Cha-

rakterisierung aus „A Small Town in Germany“, einem 1968 erschienenen Spionage- und Diplomaten-Thriller des britischen Schriftstellers John le Carré. Der Roman zeigte mit der „ganzen künstlich geschaffenen Wildnis der Beamtenstadt Bonn“ bloß einen „Wartesaal für Berlin“.<sup>30</sup> Von der Spree aus gesehen konnte Bonn keine echte Hauptstadt sein: zu klein, zu eng, zu langweilig.

Im Hauptstadtstreit 1949 war jedoch die unscheinbare Vorläufigkeit Bonns ein entscheidendes Argument für den Bundessitz am Rhein gewesen.<sup>31</sup> Frankfurt am Main, die in der Nachkriegszeit wichtigste mit Bonn konkurrierende Stadt, hätte dagegen eine womöglich dauerhafte Alternative zu Berlin bedeutet: als Wirtschafts- und Finanzzentrum sowie aufgrund ihrer historischen Tradition. In Frankfurt waren nicht nur Könige und Kaiser gewählt und gekrönt worden, die Stadt war 1848 auch Schauplatz des ersten deutschen Nationalparlaments in der Paulskirche gewesen. So konstatierte der in Frankfurt geborene Alfred Grosser nach dem Umzugsbeschluss: „Bonn als Hauptstadt, das war an sich so lächerlich, daß unmittelbar einsichtig war, daß natürlich Berlin die eigentliche Hauptstadt bleiben sollte – und das Symbol der echten Hauptstadt geblieben ist.“<sup>32</sup>

### „BUNDESREPUBLIK 2.0“

Die Übergänge zwischen Bonn und Berlin waren fließend, daher ist die Berliner Republik nicht etwas kategorisch Anderes als ihre Bonner Vorläuferin, sondern deren Erweiterung und Fortsetzung – eine „Art Bundesrepublik 2.0“.<sup>33</sup> Das Grundgesetz, ursprünglich verfasst als Provisorium bis zur Wiedervereinigung, hat Bestand. Überhaupt schien die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit das Erfolgsmodell von Stabilisierung, Demokratisierung und Prosperität nicht nur zu bestätigen, sondern gewissermaßen zu vollenden. Weder gab sich die größer werdende

<sup>30</sup> John le Carré, *Eine kleine Stadt in Deutschland*, Berlin 2021 [1968], S. 19.

<sup>31</sup> Vgl. Holger Löttel, *Hauptstadtfrage im Parteienstreit*. Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und die Wahl Bonns zum vorläufigen Bundessitz 1948/49, in: Cepl-Kaufmann et al. (Anm. 21).

<sup>32</sup> Grosser (Anm. 13), S. 235.

<sup>33</sup> Gatzka (Anm. 15), S. 416; vgl. Hans Walter Hütter, *Bonn – Grundlage und Perspektive für die Bundesrepublik Deutschland*, in: Mayer/Schulze Heuling (Anm. 10), S. 253–266.

<sup>29</sup> Vgl. Cepl-Kaufmann et al. (Anm. 21).

Bundesrepublik eine neue Verfassung, noch kam es zu einer markanten Umgestaltung der staatlichen Institutionen oder der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

In diesem Sinne ist die inzwischen gebräuchliche Wendung „Bonner Republik“ ein Vehikel, um im bundesrepublikanischen Kontinuum seit 1949 Unterschiede und Umbrüche auf den Begriff zu bringen. Denn seit dem späten 20. Jahrhundert gibt es eine Reihe grundlegender Veränderungen, die es vermutlich auch gegeben hätte, wären Parlament und Regierung in Bonn geblieben. Die weltpolitischen Rahmenbedingungen sind andere seit dem Ende der Bipolarität. Mit dem Internet erfasste ein tiefgreifender Strukturwandel Medien und Öffentlichkeit. Schließlich:

**34** Karl Heinz Bohrer/Kurt Scheel, Editorial, in: Merkur 9–10/2006, S. 747.

Deutschland wurde hinsichtlich der Fläche und Bevölkerungszahl größer und wieder als echter Nationalstaat wahrgenommen. Damit verbunden waren alte Probleme der politischen Geografie, es ergaben sich jedoch zugleich Gestaltungschancen. Deutschland hatte wieder, wie sich Kritiker des Bonner „Provinzialismus“ freuten, eine „richtige Hauptstadt“<sup>34</sup> – wobei in Berlin Spuren der Geschichte, insbesondere Orte der Diktaturgeschichte, sichtbar bleiben. Die liberale Demokratie ist dagegen auf die Gegenwart bezogen und offen für die Zukunft.

#### BENEDIKT WINTGENS

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V. (KGParl) in Berlin.



# euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

[www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)

# SPUREN RHEINISCHER DEMOKRATIE

## Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz

*Jasper von Altenbockum*

Es gibt nicht nur den rheinischen Kapitalismus. Seit den Tagen, an denen der Parlamentarische Rat in Bonn tagte, gibt es auch die rheinische Demokratie. Über der Erinnerung an den Parlamentarischen Rat schwebt bis heute dieser rheinisch-harmonische Zauber, der dem Anfang der Bundesrepublik angeblich innewohnen soll. Selbst die Staffage von damals hatte zauberhaften und karnevalesken Charakter, fand der Festakt vor der konstituierenden Sitzung am 1. September 1948 doch im Bonner Naturkundemuseum Koenig statt, wo ausgestopfte Tiere hinter schwarzen Vorhängen das Vorspiel zu den Verhandlungen über das Grundgesetz verfolgten. Dass nur die Giraffe etwas zu sehen bekam, war einer der ersten Gründungsmythen der Bundesrepublik.<sup>01</sup>

Doch aus solchen Mythen spricht mehr die gegenwärtige Sehnsucht nach Harmonie und Einheit als die Mühe von damals, die es kostete, unversöhnliche Gegensätze und Widersprüche in einem Verfassungstext zu verbinden. Gegen den Zauber spricht schon der hölzerne Begriff vom „Parlamentarischen Rat“. Er spiegelt aber sehr schön die Welt der Ministerpräsidenten wider, die nicht zur Disposition stand und die Welt aller Beteiligten war: Deutschland sollte wieder eine repräsentative parlamentarische Demokratie werden. Nicht deshalb aber wurde der Parlamentarische Rat so genannt, sondern weil es keine Verfassungsgebende Versammlung geben sollte, wie es sich die Westalliierten gewünscht hatten. Die Länder verfolgten diesen Wunsch mit Argwohn. Eine „Verfassung“ sollte dem deutschen Gesamtstaat vorbehalten bleiben, den es aber vorerst nicht geben konnte. Man hatte sich auf den Namen „Grundgesetz“ geeinigt. Benutzt wird er gleichwohl bis heute.

Misstrauisch waren die Ministerpräsidenten auch aus einem zweiten Grund: Alle Staatsgewalt gehe vom Volk aus, hieß es später im

Grundgesetz. Aber eine Volksabstimmung über dieses Grundgesetz trauten sie dem deutschen Volk, anders als die Militärgouverneure, nicht zu. Sie fürchteten kommunistische Stimmungsmache, den Hass der Nazi-Anhänger, das Desinteresse einer Bevölkerung, die andere Sorgen hatte, und mangelnde Reife der in der NS-Zeit herangewachsenen Generation. Der Parlamentarische Rat war insofern Ausdruck mehrfacher Provisorien, die den Deutschen zwar die Demokratie zurückbringen, diese Demokratie aber auch vor den Deutschen schützen sollte.

Die Erinnerung an den Sitzungsmarathon, der in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1949 mit der Verabschiedung des Grundgesetzes endete, verklärt insofern die Zeit der Beratungen auf eine Weise, die so gar nicht zur zeitgenössischen Disharmonie passen will. Zum Vergleich: Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, der einen Entwurf des Grundgesetzes aushandelte, tagte wenige Wochen zuvor im August 1948 gerade einmal 13 Tage lang. Der Parlamentarische Rat benötigte für seine Beratungen fast neun Monate. Das lag nicht nur daran, dass in Bonn mehr als doppelt so viele Politiker zusammenkamen.

Die Distanzierung von der Weimarer Verfassung war noch das kleinste Problem, war damit doch weniger eine Ablehnung der ersten Republik, sondern deren Korrektur gemeint – in einer Mischung aus Rache, Argwohn und schlechtem Gewissen. Die meisten der älteren Männer und wenigen Frauen, die sich in Bonn trafen, hatten ihre Vorgeschichte in der Weimarer Republik, an ihrer Spitze der Vorsitzende des Rats und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer, der unter anderem Präsident des Preußischen Staatsrats gewesen war. Nur zwanzig der insgesamt 72 ordentlichen Mitglieder, inklusive der Nachrücker, waren nach 1900 geboren; der jüngste Abgeordnete, der CSU-Politiker Kaspar Seibold, Jahrgang 1914, war noch persönlicher Referent des Finanzministers und, im Kabinett

von Heinrich Brüning, Vizekanzlers Hermann Dietrich gewesen.

Schon auf dem Konvent in Herrenchiemsee waren aus dem Scheitern dieser Generation zahlreiche Konsequenzen gezogen worden.<sup>02</sup> Die Grundrechte sollten nicht am Ende, sondern am Anfang der Verfassung stehen; das Wirken des Staatspräsidenten sollte nicht noch einmal im Hindenburg-Fiasko enden können; das Parlament sollte zu seinem Glück, der Arbeitsfähigkeit und Regierungsstabilisierung, gezwungen werden. Gesichert war außerdem, unterstützt von den drei westlichen Militärgouverneuren, die starke Stellung der Länder als Bollwerk gegen einen übergreifenden oder gar unkontrollierbaren Zentralstaat.

Ein Streit konnte auf der Insel im Chiemsee nur notdürftig beigelegt werden, und auch der Parlamentarische Rat stieß in dieser Frage an seine Grenzen: Ob der deutsche Staat untergegangen sei oder nicht, bewegte alte und neugegründete Länder nicht nur aus akademischem Interesse. Sofern von einem Untergang ausgegangen wurde, konnten sie sich als Gründer und Gönner eines neuen Staates aufschwingen. Das würde ihnen wesentlich mehr Macht verleihen. Wirklich verlockend wirkte das aber nur auf Bayern. Man beließ es dabei, dass angesichts der sich anbahnenden Ost-West-Teilung – sowohl der Konvent wie auch der Rat tagten während der sowjetischen Berlin-Blockade – der westliche deutsche Teilstaat bis zur Wiedervereinigung ein Fragment bleibe, welche Form auch immer dieser Staat haben würde.

Dennoch ergaben sich in Bonn noch immer oder schon wieder ganz grundsätzliche Fragen. Wo lag der deutsche Anker: nur im europäischen Westen oder national-neutral auch im Osten? Welcher Staat, welche Demokratie sollte Deutschland überhaupt sein, wie liberal, sozial, christlich, sozialistisch, föderal? Was hieß das jeweils für die Rechte des Individuums, die Menschenwürde, das Gemeinwohl? Welche Rolle

sollten die Parteien spielen? Wie würden Steuern und Finanzen verteilt?

Für heutige Verhältnisse ist überraschend, welche Themen damals besonders strittig und welche ohne große Debatte „durchgewinkt“ wurden. Unstrittig war, dass Deutschland wieder eine Republik, eine Demokratie werden sollte. Aber als Parteiendemokratie? Mit welchem Wahlrecht? Das blieb vage – und später Sache des Bundesverfassungsgerichts. Über die Rechte der Frauen und die Elternrechte an Schulen wurde ähnlich erbittert und finnenreich gerungen wie über den föderalen Staatsaufbau. Konfessionelle Gegensätze, die damals noch eine große, heute eine marginale Rolle spielen, waren dafür ebenso verantwortlich wie der bis heute spürbare Gegensatz zwischen klerikalem und antiklerikalem Gedankengut. Migration? Zwar bestand schnell Einigkeit über die grundrechtliche Gewährung politischen Asyls. Besonders vertieft wurde die Frage aber nicht. Ausgerechnet der KPD-Abgeordnete Heinz Renner verteidigte die Großzügigkeit Frankreichs in der Asylpolitik mit den Worten: „Wenn Hitler gekommen wäre, hätte er dort auch Asylrecht bekommen, seien Sie sicher“. Niemand widersprach.<sup>03</sup>

## WESTBINDUNG UND ÖKUMENE

Aus der Menge der Abgeordneten stechen einzelne Politiker hervor. Konrad Adenauer natürlich, oder Carlo Schmid, der schon in Herrenchiemsee den Ton angegeben hatte. Der SPD-Minister aus Württemberg-Hohenzollern war nur über Umwege und unter Entgegenkommen der CDU in das Bonner Gremium gekommen. Auch deshalb, weil Schmid kompromissbereiter sein würde als etwa der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der vom Krankenbett im fernen Hannover aus die Strippen zog.

Wie eng Kompromissfähigkeit und Hartnäckigkeit nebeneinanderliegen konnten, zeigte sich auf der Gegenseite in der Person des Justiz- und Kultusministers von Rheinland-Pfalz, Adolf Süsterhenn. Eigentlich kam er wie Adenauer aus Köln. Nun fuhr er jeden Morgen von Koblenz oder von Unkel, wo er wohnte, nach

**01** Zum Parlamentarischen Rat und seiner Vorgeschichte vgl. Michael F. Feldkamp, *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes*, Göttingen 2008; Erna Wagner-Helmke/Helge Matthiesen, *Für immer Recht und Freiheit. Der Parlamentarische Rat 1948/49*, Bonn 2022.

**02** Vgl. *Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle*, Bd. 2, *Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee*, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Boppard 1981.

**03** *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 14, Teilband 2, *Hauptausschuß*, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, München 2009, S. 1417.

Bonn.<sup>04</sup> Seit Kriegsende hatte der CDU-Politiker in Briefen, Artikeln, Reden und auf Parteitagungen auf diesen Augenblick hingearbeitet. Schon auf Herrenchiemsee war er einer der besten Köpfe. Süsterhenn sticht auch deshalb heraus, weil er, Gründungsmitglied der CDU, ein treuer Gefolgsmann und Wegbereiter Adenauers war, vor allem aber, weil er Brücken schlagen konnte, die in Weimar noch für unmöglich gehalten worden wären.

Die erste und wichtigste Brücke war für Süsterhenn die CDU selbst, die zweitwichtigste die Westbindung Deutschlands, freilich in ihrer anti-preußischen, rheinischen Deutung. Sie sollte „in einer populären Einführung unserer Bevölkerung in die geistigen und kulturellen Werte Westeuropas“ betrieben werden, „als dessen integrierender Bestandteil wir Rheinländer uns fühlen.“<sup>05</sup> Das war als Programm für den Parlamentarischen Rat und das Grundgesetz gedacht, erleichterte ihm und anderen nicht nur die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, sondern auch mit den Alliierten. Beides, die Streitereien im Rat und die enttäuschten Erwartungen der Militärregierungen, hätten dennoch fast zum Scheitern der Arbeit am Grundgesetz geführt.

Süsterhenn führte die historisch einmalige Situation, das Unmögliche möglich zu machen, auf die Erfahrungen im Nationalsozialismus zurück. Die CDU war für ihn die politisch vorweggenommene Ökumene: „Es ist daher keineswegs die Möglichkeit von der Hand zu weisen, dass die gemeinsam seitens des Nationalsozialismus erlittenen Verfolgungen unter Umständen und auf lange Sicht gesehen auch einmal religiöse Auswirkungen in Richtung der Wiedervereinigung der Konfessionen haben können, insbesondere wenn das jetzt durch gemeinsame positive politische Arbeit verstärkt wird.“<sup>06</sup> Die Hoffnung erfüllte sich nicht, spiegelt aber den Geist, in dem die Beratungen des Parlamentarischen Rats stattfanden.

Das Denken in unüberbrückbaren Gegensätzen war damals dennoch allgegenwärtig. Wie

sehr, zeigt eine andere Stelle aus der Korrespondenz Süsterhenns mit dem Vorsitzenden des neugegründeten katholischen Zentrums, Wilhelm Hamacher, den Süsterhenn dazu drängte, seine Pläne im Sinne Adenauers und der CDU aufzugeben: „Aber auch gerade in politischer Hinsicht kann kein Zweifel bestehen, dass die geistige und politische Entscheidung, um die es heute geht, – Entscheidung zwischen christlichem Abendland und asiatischer Steppe, christlicher Persönlichkeit und bolschewistischem Massenmenschen, kurz zwischen West- und Ostorientierung auf allen Gebieten – die politische Zusammenarbeit mit dem positiv christlichen Kräften aller Schattierungen in einem noch viel stärkeren Umfang fordert als sie von Dir vor 1933 als einem der ganz wenigen unter den führenden Zentrumsleuten bereits praktisch betätigt worden ist.“<sup>07</sup>

Der Parlamentarische Rat war eine Bewährungsprobe für die „positive politische Arbeit“ der CDU, von der Süsterhenn so schwärmte. Die aus den Landtagen entsandten Fraktionen von SPD und CDU/CSU waren gleich groß, die CDU musste kurz nach ihrer Gründung nun aber auch beweisen, was Süsterhenn gelobt und zugleich beklagt hatte: „Wir sind uns doch darüber wohl im Klaren und der politische Kampf bestätigt dies täglich, daß wir Christen – entschuldigen Sie, wenn das vielleicht etwas pharisäisch klingt – viel toleranter, großzügiger und objektiver sind als die anderen politischen Richtungen. Ich muß sogar sagen, leider ist es manchmal so, daß wir allzu sehr dazu neigen, wenn man uns auf die rechte Backe schlägt, auch noch die linke hinzuhalten, während die anderen im Kampfe viel robuster sind.“<sup>08</sup>

Durchaus robust verhielten sich aber auch Süsterhenn oder Adenauer. Die Grundrechte und die Legitimation von Einheitsstaat, Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung grenzte Ersterer nicht nur vom totalitären, sondern auch vom liberalen Staatsgedanken ab, auf eine Weise, die für heutige Ohren nicht dem Grundgesetz entnommen zu sein scheint. Süsterhenn schloss sich der „Frontwendung gegen den liberalen Rechtsstaatsbegriff“ an, „der nur den formalen Rechtsschutz der individuellen Freiheitssphäre kannte, dem Staat jeden Wohlfahrtszweck absprach, mit dieser Begrün-

**04** Auf einer dieser Fahrten, am 5. 5. 1949, verunglückte Süsterhenn schwer. Das Ende der Beratungen und die Verkündung des Grundgesetzes erlebte er deshalb nicht mit. Zu Süsterhenn vgl. Christoph von Hehl, Adolf Süsterhenn (1905–1974). Verfassungsvater, Weltanschauungspolitiker, Föderalist, Düsseldorf 2012.

**05** Brief von Süsterhenn an Landrat Hummelsheim, 2. 3. 1948, Landeshauptarchiv (LHA) Koblenz, 700, 177, Nr. 784.

**06** Brief von Süsterhenn an Wilhelm Hamacher, 21. 9. 1945, LHA Koblenz, 700/177, Nr. 705.

**07** Ebd.

**08** Süsterhenn an Hummelsheim (Anm. 5).

dung grundsätzlich jeden ‚Eingriff des Staates in die Wirtschaft‘ perhorreszierte und den Staat von seiner naturrechtlichen Grundlage und seiner Wesensaufgabe, der Verwirklichung der Gemeinwohlgerechtigkeit trennte.“<sup>09</sup>

Der Liberalismus habe kein Naturrecht gekannt, so Süsterhenn in einem seiner Briefe an Hamacher, „keine Verwurzelung des Staates in der sittlichen Ordnung“. Die Kritik am Liberalismus gipfelt in den Sätzen: „Die Aufgabe des Rechts war nicht die Verwirklichung der Gerechtigkeit. Nach der liberal-positivistischen Lehre war das Recht nur eine rein tatsächliche Lebenserscheinung, ein formales Normensystem, die Resultante der verschiedensten sich widerstrebenden Lebensinteressen, eine Selbstbeschränkung der Staatstätigkeit zugunsten der nahezu schrankenlosen Freiheit des Individuums.“<sup>10</sup>

Süsterhenn kämpfte deshalb in Herrenchiemsee wie in Bonn für neuformulierte Grundrechte und für einen moderaten Föderalismus, der sich nicht, wie er es Bayern vorwarf, auf die partikularistische Geltendmachung von „Reservatrechten“ und „Biersteuerprivilegien“ konzentrierte. „Föderalismus hat mit den partikularistischen Sonderinteressen einer einzelnen Landschaft, mag diese Rheinland oder Bayern heißen, gar nichts zu tun.“<sup>11</sup> Den Bundesrat hätte er sich, wie viele andere Abgeordnete, auch ganz anders vorstellen können: als Kompromiss aus Anhängern einer Regierungskammer und eines Senats unter Beteiligung der Landtage. Dass es dazu nicht kam – an eine Vertretung der Kommunen, die über die Fixierung der kommunalen Selbstverwaltung im Grundgesetz hinausging, dachte niemand –, hat den Föderalismus vielleicht vor noch größerem Rechtfertigungsdruck bewahrt.

## GESELLSCHAFT IM CHAOS

In seinem Kampf für die Grundrechte, das Gemeinwohl und die „sittliche Ordnung“ des Staates, die sich im Schutz der Menschenwürde äußerte, fand der Christdemokrat einen bemerk-

enswertem Bewunderer, Verbündeten, aber auch knallharten Widersacher – ausgerechnet den Sozialisten Hermann L. Brill. Es ist schade, dass der SPD-Politiker sein „Bonner Tagebuch“ nicht bis Mai 1949 führte. Er hatte schon die Tage auf Herrenchiemsee dokumentiert, wo er mehr noch als Carlo Schmid zu den prägenden Figuren gehörte. Brills Texte geben nicht nur Aufschluss über die Risse in der SPD, sondern auch über die Spannungen und Eitelkeiten in einer politischen und juristischen Gelehrtenrepublik, die der Konvent ganz nebenbei gewesen war – und nun auch der Parlamentarische Rat in noch größerem Maße sein würde.<sup>12</sup>

Der SPD-Politiker, der im KZ Buchenwald inhaftiert war, nach 1945 zunächst zum Ministerpräsidenten von Thüringen ernannt wurde, dann in den Westen floh und Staatskanzleichef in Wiesbaden wurde, war von der hessischen SPD-Landtagsfraktion übergangen und nicht nach Bonn entsandt worden – eine traurige Fehlentscheidung, die Brill auf eine Intrige in der SPD-Führung zurückführte und die zeigt, dass nicht immer die besten Köpfe den Weg in den Parlamentarischen Rat gefunden haben. Brill ließ es sich aber nicht nehmen, im September 1948 dennoch nach Bonn zu fahren.

Noch härter als in seinen Chiemseer Aufzeichnungen geht Brill in seinem Bonner Tagebuch-Torso mit Carlo Schmid („Moby Dick“) ins Gericht, dem dominierenden SPD-Politiker in beiden Gremien. In Hinsicht auf den 8. September 1948, an dem in Bonn Grundsatzreden gehalten wurden, ereifert sich Brill über die rechtsdogmatische Abstraktheit Schmidts, dem „jedes Gefühl, ja, jedes Empfinden für die Wirklichkeit“ fehle. „Dieser Mann muß wirklich in den letzten 25 Jahren seines Lebens neben den Ereignissen gestanden und nur aus Büchern gelebt haben.“ Wer in ferner Zukunft in den Protokollen lese, werde sich anhand solcher Reden nicht vorstellen können, „daß die Gesellschaft nicht nur in Unordnung, sondern im Chaos ist“.<sup>13</sup>

Brill hätte sich ein wenig mehr Vergangenheitsbewältigung gewünscht. Stattdessen: „Kein

**09** Brief von Süsterhenn an Wilhelm Hamacher, 13. 1. 1945, LHA Koblenz, 700, 177, Nr. 633.

**10** Brief von Süsterhenn an Wilhelm Hamacher, 13. 2. 1945, LHA Koblenz, 700, 177, Nr. 633.

**11** Brief von Süsterhenn an den Rheinischen Merkur, 5. 6. 1946, LHA Koblenz, 700, 177, Nr. 635.

**12** Über Hermann L. Brill vgl. Manfred Overesch, Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

**13** Herman Louis Brill, Bonner Tagebuch [unveröffentlicht], in: Bundesarchiv (BA), N 1086/361. Für alle weiteren Zitate siehe ebd.

Wort von den verfassungspolitischen Irrwegen des deutschen Volkes, kein Wort von der Stärke der demokratischen oder der diktatorisch-terroristischen Elemente im deutschen Volk, kein Wort von der Notwendigkeit der Selbstbestimmung als Voraussetzung der politischen und persönlichen Freiheit.“ Was die SPD auf ihrem verspäteten Weg zur Volkspartei noch lange beschäftigen sollte, was ihr in Bonn aber noch fehlte, um der CDU/CSU Paroli zu bieten, bezog Brill auf deren Hauptredner: „Schmid sieht nicht, daß man heute in Deutschland von der Verfassung der Gesellschaft ausgehen muß. Die Gesellschaft aber ist das Gesamtschicksal von Millionen von deutschen Einzelmenschen, die alle irgendwie eine tragische Periode ihres Lebens hinter sich haben. Die Erörterungen über das Staatsvolk wären eine wunderbare Gelegenheit gewesen, in der Frage der Assimilationsmöglichkeiten der Flüchtlinge darzulegen, daß Stammeszugehörigkeit allein heute kein staatsbildendes Element mehr sein kann“.

Später an diesem Tag hielt Süsterhenn im Namen der CDU/CSU-Fraktion seine Grundsatzrede, und Brill kann sich einer gewissen Bewunderung für den katholischen Konservativen nicht erwehren: „Man erkannte, daß sein Vortrag auf einem jahrelangen Durchdenken des ganzen Stoffes beruhte.“ Wie schon in Herrenchiemsee falle er hier in Bonn „durch die Schnelligkeit seines Denkens, die Gewandtheit seines Ausdrucks, die sich bis zu einer gewissen List und Verschlagenheit steigerte, und das Temperament seines Vortrags auf“. Aus ganz verschiedenen Richtungen kommen Brill und Süsterhenn in einer der Kernfragen des Grundgesetzes, die in Artikel 1 schließlich beantwortet werden sollte, zum selben Ergebnis: „In interessanter Weise begründete er den Satz ‚Der Staat ist nicht der höchste Wert des Menschen‘ mit der Forderung der Abwehr der totalitären Bedrohung aus dem Osten, desgleichen jedoch mit der Abwehr derselben totalitären Bedrohung der Rechte des Einzelmenschen durch eine kriegswirtschaftlich erzeugte Bürokratie.“

Damit endete aber schon die Freundschaft. In einem der wichtigsten Konflikte – Bundesrat oder Senat – waren die beiden Wortführer der jeweiligen Lösung überkreuz. Brill war schon in Herrenchiemsee der wichtigste Verfechter der Senatsidee; wenigstens darin hatte er die SPD hinter sich. Für ihn ging es um ein Bundesorgan, das

Einheit in Vielfalt symbolisieren sollte, für Süsterhenn um eine Ländervertretung, die Subsidiarität verkörperte.

Süsterhenn appellierte an die Parteienverdrossenheit, die nach Jahren der NS-Parteidiktatur wohl noch stärker ausgeprägt war als heute. Er rechtfertigte die Vorzüge eines Bundesrats, in den Worten Brills, damit, „daß Ministerpräsidenten und Minister aus dem Zwange zum vernünftigen politischen Handeln ein Gremium bilden könnten, das eine erwünschte und notwendige Polarität zu dem von Ideologie und Taktik der Parteien beherrschten Bundestag bilden würde“. Das hielt Brill aber für vorgeschoben. „Aber er ließ doch die Katze aus dem Sack“, bemerkt dieser, „als er erklärte, die Minister hätten den ganzen bürokratischen Apparat der Länder für ihre Arbeit im Bundesrat zur Verfügung.“ Ein Senator hingegen habe das alles nicht.

Süsterhenn setzte sich im Laufe der Beratungen in der für ihn „wichtigsten Frage des deutschen Staatslebens“ schließlich an die Spitze einer Kompromisslösung: Zur einen Hälfte sollte die Länderkammer aus den Landesregierungen, zur anderen Hälfte aus den Landtagen bestückt werden. Es blieb beim Bundesrat, und Brill hatte einen durchaus realistischen Blick dafür, was das bedeuten würde. Süsterhenn habe es „mit der ihm eigentümlichen Schläue“ vermieden auszusprechen, dass der Bundesrat „praktisch nichts anderes sein kann als eine Versammlung instruierter Gesandter der Länder“. Verfechter dieser Lösung wollten wie Süsterhenn ganz offenbar, „daß anstelle einer Regierung durch politische Parteien eine Regierung durch die Bürokratie treten soll.“ Brill kann es sich nicht verkneifen, darin „den ganzen 75 Jahre alten Angstkomplex der deutschen Katholiken“ wirksam werden zu sehen, „durch konservative, liberale oder sozialistische Kräfte unterdrückt zu werden“.

## NOT CHARITY BUT SOLIDARITY

Und erst die Gesellschaft! Was Süsterhenn da wolle, so Brill, sei eine Auffassung von Menschenrechten, die „thomistisch-antik“ sei. „Er erwähnte nicht die persönlichen und politischen Rechte des Einzelnen, sondern, wie er sich ausdrückt, die ‚innerstaatlichen Gemeinschaften‘ wie Ehe, Familie und Schule.“ Übernatürliches, göttliches Recht solle in Ehe, Familie und Schule eine vorstaatliche Rechtssphäre schaffen – für Brill

und die SPD eine grauenhafte Vorstellung, ein Missbrauch von Pluralismus, eine Spaltung des Staates und der Gesellschaft. Oder, wie es später ganz im Sinne Brills über die Adenauer-Jahre heißen würde: eine Restauration vormodernen Denkens.

Die ideologischen Kämpfe, die den Bildungsdiskurs und die Familienpolitik der Bundesrepublik bis heute begleiten, erfuhren in Bonn allenfalls notdürftige Verkleisterungen. Brill sah die SPD in der Defensive, was sich erst in den 1960er Jahren ändern sollte. „Aber die Stellung von Süsterhenn ist sehr stark“, schrieb er in seinem Bonner Tagebuch. „Denn es gibt gegenüber dieser katholischen Herrschaftsideologie, die auf dem einfachen natürlichen Besitzgefühl der Eltern gegenüber ihren Kindern und der natürlichen Abwehr der Entartung einer rein staatlichen Kindererziehung, wie sie der Nazismus bis zum Verbrechen betrieben hat, beruht, keine demokratischen oder sozialistischen Gegenkräfte.“ Das sei eine „furchtbare Situation“, die im Grundgesetz nur dadurch überwunden werden könne, dass „man das Problem von Grundrechten für Lebensordnungen übergeht und sich auf die individuellen Menschenrechte beschränkt“.

Das sollte zwar nicht ganz gelingen. Die Familie wurde im Grundgesetz unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. Aber die von Brill geforderte Konsequenz individueller Menschenrechte war die Gleichberechtigung der Frauen. Brill zeichnete vor, worum es in den Jahren danach noch gehen sollte: „Sollte das Thema aber in einer deutschen Nationalversammlung gestellt werden, so bliebe nichts anderes übrig, als darauf zu vertrauen, daß die menschliche Natur Grundlagen hat, die ewig sind, auch wenn sie in den Formen ihrer Erscheinung wechseln.“ Soweit hätte ein Süsterhenn durchaus noch folgen können. Hier aber schon nicht mehr: „Die Grundlage der Gegenkraft gegen die Klerikalisierung des Gemeinschaftslebens ist die Humanität; ihre moderne Erscheinungsform können nur Internationalität und Solidarität sein: Not Charity but Solidarity.“

### „GEHEN SIE ZURÜCK INS KZ“

Eigentlich waren sich schon auf Herrenchiemsee alle einig: Die Menschenrechte mussten einen festen Platz in der Verfassung haben. In Bonn

brachte der Beobachter Brill die Perspektive, die dafür ausschlaggebend war, in seiner Schmid-Philippika auf den Punkt. Die „ungeheuren Erlebnismassen eines flachen opportunistischen, aber trotzdem ehrlich gläubigen Republikanismus der Weimarer Zeit“ müsse man vergleichen „mit der terroristischen Barbarei der nazistischen Diktatur, mit dem faulen Wohlleben der deutschen Arbeiterklasse in der hitleristischen Kriegswirtschaft, mit der soldatischen Tüchtigkeit der deutschen Truppen auf allen Schlachtfeldern, mit den Gewissenskonflikten zwischen Gehorsamspflicht für ein verhaßtes System und Überläufertum, der Industriesabotage mit dem Aufbäumen des Lebenswillens gegen den Vernichtungswillen des Krieges“. Die Schlussfolgerung sei klar: „daß die Menschen- und Freiheitsrechte einer Verfassung heute in Deutschland eine andere menschliche Substanz besitzen als jemals in der Verfassungsgeschichte“.

Auf Herrenchiemsee mündeten solche Gedanken in den von Brill und Süsterhenn verfochtenen ersten Satz des Verfassungsentwurfs: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.“ In Bonn fand dieser Satz keine Gnade. Brill nahm das besonders dem FDP-Abgeordneten Theodor Heuss übel, dem späteren Bundespräsidenten. Heuss behauptete, der Satz sei ein Angriff auf den toten Hegel, der sich ja nicht mehr wehren könne („Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee“). „Wir dürfen mit einem solchen Satz die innere Würde des Staates nicht kränken.“ Als Heuss dann sagte „Streichen Sie diesen Satz ...“ entfuhr es dem Zuhörer Brill im Publikum: „...und gehen Sie zurück ins KZ“. Helene Wessel, Zentrum-Abgeordnete aus Dortmund, die neben ihm saß, sei bei diesen Worten „erschrocken und erbleichend“ zusammengefahren.

Beim Mittagessen in der Kantine der Pädagogischen Akademie saß Brill mit dem SPD-Abgeordneten und späteren Intendanten des Süddeutschen Rundfunks Fritz Eberhard zusammen. Die Rede von Heuss ließ ihm keine Ruhe. Erinnerungen an die KZ-Haft kamen in ihm hoch. „Wenn ich bei der Rede von Heuß die Augen schließe, habe ich das Gefühl der Nähe des Unwirklichen. Es kommt mir vor, als ob eine Schattenwelt spricht. Ich sehe zwischen der Tribüne und dem Beginn der Abgeordnetensitze einen Haufen von 50–70 Leichen liegen. Jeder Korpus abgemagert bis zum Skelett, aufgebrochene Leiber, zerschla-



Plenum des Parlamentarischen Rats, Annahme des Grundgesetzes am 8. Mai 1949

Quelle: picture-alliance / akg-images | akg-images

gene Schädel – und ich höre das Knarren des zweirädrigen Karrens, mit dem andere, die es auch nicht mehr weit bis zum Tode haben, diese Leichen fortfahren, wie verendetes Vieh auf den Schundanger gebracht wird.“

Habe Heuss kein Gefühl dafür, fragte Brill, „daß die äußerste Entwürdigung des Menschen zum bloßen Werkzeug eine Antwort erfordert und die in Herrenchiemsee versuchte Antwort etwas wesentlich anderes ist als eine philosophische Opposition gegen Hegel?“ Heuss aber sei eben ein philosophierender Journalist. Trotzdem hatte er Erfolg, und das Ergebnis – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – war als Rechtsnorm zwar ähnlich ästhetisch-unbestimmt wie jener Satz, an dem Brill so hing. Aber alle drei, sowohl Süsterhenn mit seiner naturrechtlichen Staatsauffassung, Theodor Heuss mit der von Süsterhenn so heftig kritisierten liberalen Staatsauffassung, wie auch Brill mit seiner gesellschaftspolitisch ganz anderen, humanistisch-sozialistischen Definition von individuellen Freiheitsrechten konnten gut damit leben.

Nach dem Ersten Weltkrieg habe es sechs Jahre gedauert, schrieb Brill, bis Deutschland im

„Zauberberg“ von Thomas Mann ein „neues ästhetisches Weltbild“ bekommen habe. „Diesmal ist die Welt viel mehr zerrissen als damals, also müssen wir noch mehr Geduld haben.“ Brill war vielleicht zu pessimistisch; manche halten das Grundgesetz dafür.

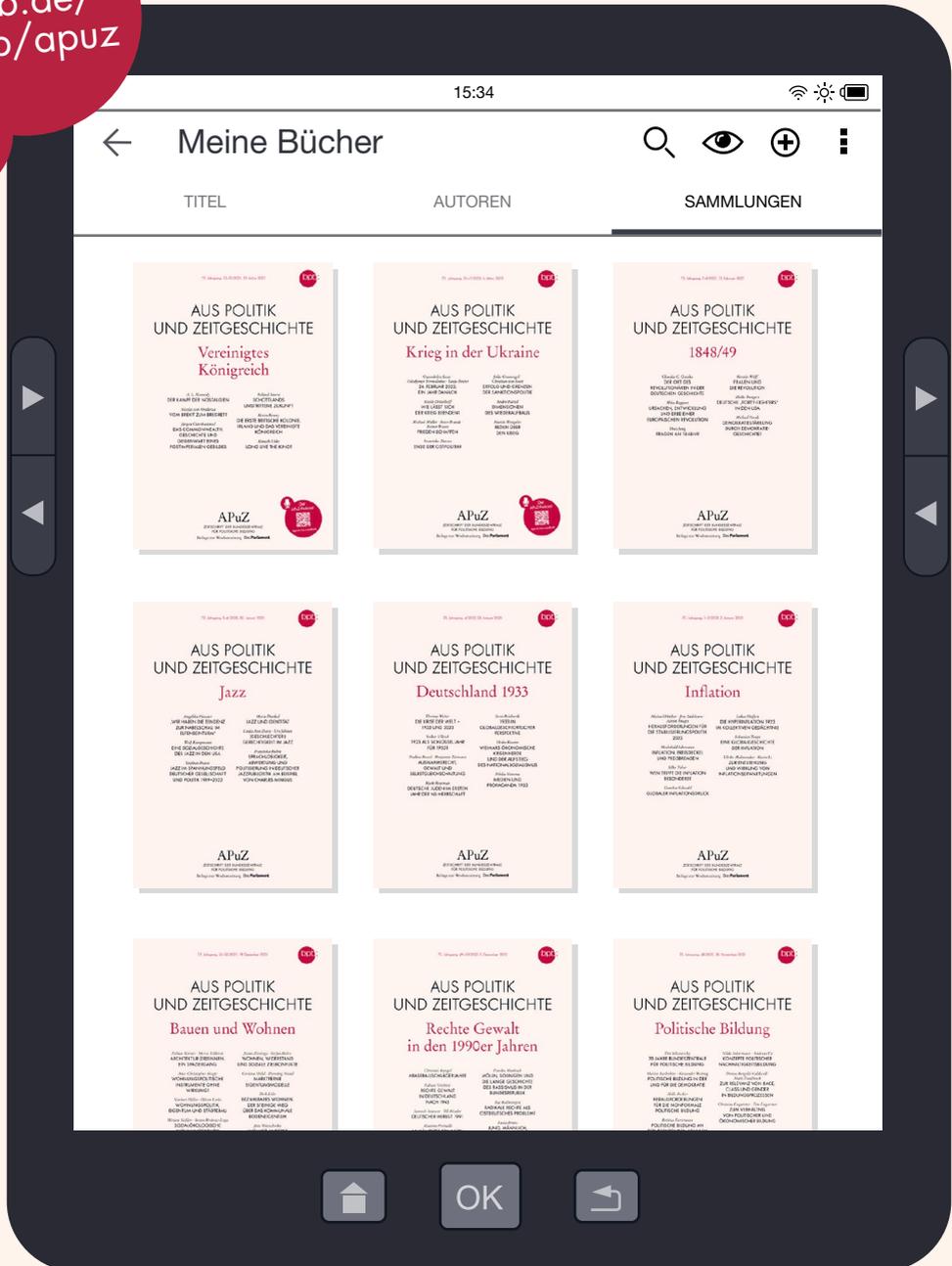
#### JASPER VON ALTENBOCKUM

ist Journalist und leitet das Ressort Innenpolitik der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

# Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen  
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/  
shop/apuz



# COCKTAIL BEI KONRAD

## Im ehemaligen Regierungsviertel von Bonn

*Matthias Hannemann*

Im Sommer 1953 schickten die Alliierten ein Flugzeug den Rhein entlang. Die Besatzung sollte die Situation am Ufer fotografieren, und so flog sie am Nachmittag des 7. August flussabwärts gen Bonn. Vor dem Großstädtchen mit 130 000 Einwohnern lagen Felder, durchschnitten von der Trasse einer stillgelegten Bahn, die einst zu einer Trajektfähre führte. Die Piloten sahen Wiesen, Bäume, die Überreste der im Krieg zerstörten Stadthalle, einen Sportplatz und erste Häuser. Den Übergang zur Stadt markierten zwei historische Villen, deren Grünanlagen bis herunter zum Wasser reichten. Und zwischen Sportplatz und diesen Parks, vom Fluss nur durch die Ufer-Promenade getrennt: ein strahlend weißes Gebäude mit langgestreckter Fassade. Wie idyllisch das Bundeshaus dalag.<sup>01</sup>

Sieben Jahrzehnte später braucht es viel Fantasie, wenn man sich den Charakter dieses Viertels in den „Kinderjahren der Bundesrepublik“<sup>02</sup> vorstellen will. Die heutige Bebauung ist viel dichter als in den Jahren nach Konstituierung des ersten Bundestages 1949, und selbst den Zustand des Viertels von 1999 – dem Jahr, in dem Parlament und Regierung nach Berlin umzogen – muss man wortreich erklären.

Aus dem Bundeshaus wurde aus Angst vor der Musealisierung der Gegend das World Conference Center mit 68 Meter hohem Hotel, Veranstaltungshalle und Parkhaus. Was im Weg stand wie die Villa Dahm, in der die Parlamentarische Gesellschaft gesessen hatte, zerstörten Abrissbagger. Der sogenannte Lange Eugen, ein Abgeordnetenhochhaus von 1969, gehört mit dem südlichen Teil des Bundeshauses den Vereinten Nationen, die das Gelände um einen 65 Meter hohen Klimaturm ergänzten und die Hermann-Ehlers-Straße zum Rhein mit Zäunen blockierten. Alles liegt im Schatten des 2002 eingeweihten Post Towers. Mit seinen 163 Metern überragt er den Langen Eugen um fast 50 Meter, symbolisiert den Strukturwandel Bonns und ist auch nach Er-

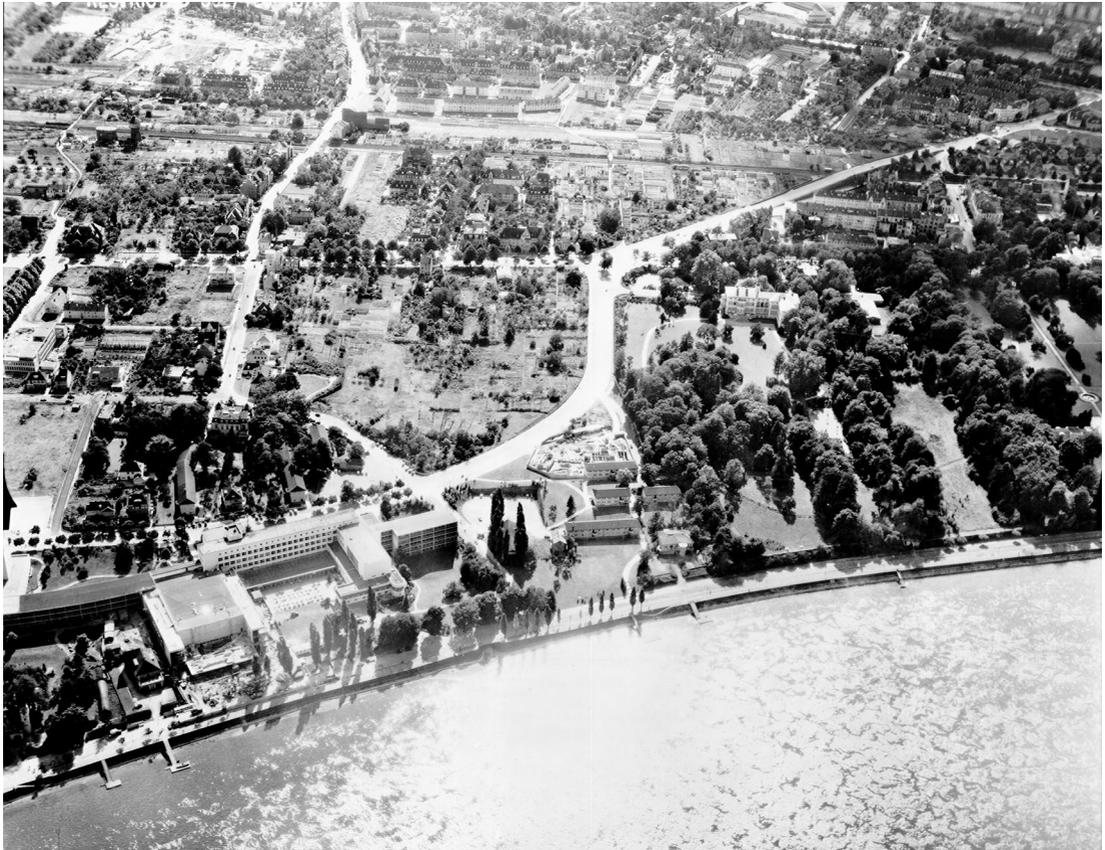
öffnung des unlängst fertiggestellten Hochhauses am Neuen Kanzlerplatz, das mit einer Höhe von 102 Metern eben dort die Wolken ankratzt, wo sich im Hintergrund des Fotos von 1953 ein Schrebergartengelände befindet, das bestimmende Gebäude der heutigen Skyline.

Fast sieht Bonn hauptstädtischer aus als zu Hauptstadtzeiten. Nur in den Jahren vor dem Umzug gab es mit einem neuen Plenarsaal, nicht minder spektakulären Museumsbauten an der Adenauerallee und dem sogenannten Schürmann-Bau, der bei Baubeginn 1989 neue Abgeordnetenbüros versprach und bei Fertigstellung 2002 der „Deutschen Welle“ gehörte, Ansätze einer hauptstädtisch wirkenden Architektur. Lange vor der unverhofften Wiedervereinigung 1990 geplant und erst nach dem Umzugsbeschluss eröffnet, bezeugen sie, dass es „tatsächlich einen Aufbruch in eine neue Zeit der demokratischen Selbstdarstellung“ gab, einen „bewussten Paradigmenwechsel“.<sup>03</sup>

### IM WARTESAAL FÜR BERLIN

Auch sonst fällt es mittlerweile schwer, sich in eine Zeit zurückzusetzen, in der eine gesamtdeutsche Hauptstadt an der Spree dank der deutschen Teilung nur noch als Traum existierte. Ein „Wartesaal für Berlin“<sup>04</sup> (John le Carré) musste her – einer wie Bonn, das ab September 1948 zunächst nur für einige Wochen Versammlungsort des Parlamentarischen Rates sein sollte, dann aber im Mai und November 1949 zum vorläufigen Sitz der Bundesorgane bestimmt wurde.

Die Gründe für diese Wahl sind eine vielsidig diskutierte und nicht zuletzt parteipolitische Frage. Zum Puzzle der Antwort gehört etwa, dass das historisch unauffällige Universitätsstädtchen nie zur Konkurrenz für Berlin heranwachsen würde – anders als Frankfurt am Main, das Metropole war und bei der Bewerbung auf die Tradition der Kaiserwahlen und die Paulskirche verweisen konnte.<sup>05</sup>



Das Regierungsviertel von Bonn aus Sicht des Piloten der Rheinbefliegung 1953

Quelle: BArch, Bild 195-0371

Die Gegebenheiten waren jedenfalls gut. Zwar hatte auch Bonn im Krieg schwere Bombenschäden erlebt, aber es gab Gebäude, Wohnraum und Kasernen, die genutzt werden konnten, und einige Kilometer weiter südlich den Kurort Bad Godesberg. Dessen Schönheiten blieben nach der Wahl „für das ausländische Element reserviert. Hier fanden die Besatzungsstäbe in beschlagnahmten Villen Quartier, gefolgt von der Alliierten Hohen

Kommission und ihrer umfangreichen Bürokratie und den Botschaften fremder Staaten“.<sup>06</sup>

In die schönsten Gemäuer des „Provisoriums“ Bonn, unweit des Naturkundemuseums Alexander Koenig, in dem 1948 ein Festakt den Beginn der Arbeit am Grundgesetz markiert hatte, zogen unterdessen das Staatsoberhaupt und der Regierungschef der jungen Demokratie: Bundespräsident Theodor Heuss bekam die Fabrikantenvilla Hammerschmidt, einen spätklassizistischen Bau, der repräsentabel und trotzdem nicht zu pompös war. Bundeskanzler Konrad Adenauer erhielt das Palais Schaumburg – benannt nach einem Grafen, der mit einer Schwester von Kaiser Wilhelm II. verheiratet war.<sup>07</sup>

**01** Vgl. Befliegung des Rheins 1953, in: BArch, Bild 195–645; 195–0371; 195–372.

**02** Rudolf Pörtner (Hrsg.), *Kinderjahre der Bundesrepublik. Von der Trümmerzeit zum Wirtschaftswunder*, München 1992.

**03** Elisabeth Plessen, *Bauten des Bundes 1949–1989. Zwischen Architekturkritik und zeitgenössischer Wahrnehmung*, Berlin 2019, S. 263. Das umfangreiche Werk dokumentiert alle zentralen Bauten und Diskussionen.

**04** Zit. nach Fritz Rumler, *Goodbye Wartesaal. Die Britische Botschaft verlässt Bonn*, in: *Der Spiegel* 28/1999, S. 182.

**05** Vgl. Holger Löttel, *Die Wahl Bonns 1948/49*, in: Gertrude Cepl-Kaufmann et al. (Hrsg.), *Ende der Bonner Republik? Der Berlin-Bonn-Beschluss 1991 und sein Kontext*, i.E.

**06** Helmut Vogt, *Bonn im Bombenkrieg 1939–1945*, o.J., [www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/bonn-im-bombenkrieg-1939-1945/DE-2086/lido/57d1299dd5a747.48656399](http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/bonn-im-bombenkrieg-1939-1945/DE-2086/lido/57d1299dd5a747.48656399).

**07** Vgl. Judith Koppetsch, *Palais Schaumburg. Von der Villa zum Kanzlersitz*, Bonn 2013, S. 21. Während des Umbaus arbeitete Adenauer im Museum Koenig, Heuss auf der Viktorshöhe in Godesberg.

Beide Grundstücke verband ein zum Rhein blickender Park.

Und auch die vormalige Pädagogische Akademie lag nur einen kurzen Spaziergang entfernt. Die einstige Hochschule für Volksschullehrer, entworfen von dem Architekten Martin Witte, war in den letzten Jahren der Weimarer Demokratie im Stil der weißen Moderne entstanden und von September 1948 bis Mai 1949 Tagungsort des Parlamentarischen Rats. Der Düsseldorfer Architekt Hans Schwippert, ein Mann des Werkbunds, erweiterte den Bau 1949 zum Bundeshaus. Die Aula wurde zur Heimat des Bundesrates, die Turnhalle zum Wandelgang, ein angebauter Plenarsaal mit verglasten Seitenwänden zum Sitzungsort des Bundestags: „Ich habe gewünscht, dass das deutsche Land der parlamentarischen Arbeit zuschaut (...). Ich wollte ein Haus der Offenheit, eine Architektur der Begegnung und des Gesprächs.“<sup>08</sup> Wäre es nach Schwippert gegangen, hätte der Saal sogar eine kreisförmige Sitzordnung erhalten. Doch das konnte er gegenüber Adenauer nicht durchsetzen.<sup>09</sup>

### MANGELNDER PLATZ UND NEUBAUVERBOT

Viel mehr Neues als das Bundeshaus, das sich noch stärker als die Villa Hammerschmidt und das Palais Schaumburg von der machtberauschten Optik der NS-Zeit abhob und von sieben simplen, für eine Nutzungsdauer von 15 Jahren gedachten „Pressebaracken“ umgeben wurde, konnte der junge Staat in Bonn zunächst nicht vorzeigen. Genutzt wurde, was vorhanden war, und kaum hatten einige Ministerien Neubauten bekommen – das Postministerium erhielt einen dezent repräsentativen Zweckbau an der Zweiten Fährgasse, das Auswärtige Amt einen mächtigen Verwaltungsblock mit „Weltsaal“, das Finanzministerium einen an Ästhetik desinteressierten Gebäudekomplex im Norden der Stadt<sup>10</sup> – wurde

**08** Zit. nach Heinrich Wefing, *Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses*, Berlin 1995, S. 114. Zudem siehe Gerda Breuer, Hans Schwippert, *Bonner Bundeshaus 1949, Tübingen–Berlin 2009*, S. 45.

**09** Vgl. Plessen (Anm. 3), S. 278, Skizze auf S. 79.

**10** Vgl. Ursel Zänker/Jürgen Zänker (Bearb.), *Bauten im Bonner Raum 49–69, Düsseldorf 1969*, S. 131–135. Zu den Neubauten zählen auch der Bürobau für das Bundespräsidialamt neben der Villa Hammerschmidt (1950/51), die Verwaltungsbauten des Kanzleramtes neben dem Palais Schaumburg (1954) sowie die

1956 ein Baustopp verhängt. Die Angst grassierte, „jeder gemauerte Stein für Bonn“ könne „einer gegen Berlin“ sein.<sup>11</sup>

Wer das Viertel in der Gronau zu diesem Zeitpunkt betrat, zum Beispiel als Teil des Trosses, der sich morgens von der Siedlung für Bundesbedienstete in Kessenich auf den Weg zur Arbeit machte,<sup>12</sup> bewegte sich noch immer zwischen viel Grün. Aber die Bebauung wurde enger, was unter anderem an den Neubauten einiger Landesvertretungen lag. Nordrhein-Westfalen erhielt 1955 nördlich des Bundeshauses einen unspektakulären Zweckbau, für den vier der Pressebaracken verschwinden mussten.<sup>13</sup> Nahe der Koblenzer Straße (B9) entstanden je ein Bau für Baden-Württemberg und einer für Bayern.

Ganz vorne an dieser Straße belegte nun außerdem das neue, aus zwei Blöcken bestehende Presse- und Informationsamt mit 90 Meter breiter Fassade ein vormaliges Feld. Es fügte sich „in keiner Weise in den städtebaulichen Zusammenhang ein“, bot aber mehr Platz als die überfüllten Jugendstilbauten und Baracken an der Drachenfelsstraße, in denen das Amt begonnen hatte,<sup>14</sup> und besaß einen „sorglos mitten in die Wiese“ verlegten Parkplatz.<sup>15</sup>

Überhaupt war Platz das entscheidende Stichwort. An ihm mangelte es überall, ob bei den Abgeordneten, der Verwaltung oder den Journalisten. Etwas Abhilfe entstand durch einen privaten Bauherrn, der zwischen 1964 und 1969 eine Gruppe großer Bürogebäude auf das „Tulpenfeld“ am Rand des Viertels setzte – um sie an den Bund, der nicht selbst bauen durfte, und andere Nutzer wie

1956 begonnene „1000-Mann-Kaserne“ auf dem Hardtberg, vgl. dazu Rolf Kleinfeld, *Bauern begrüßten Soldaten unfreundlich*, 14.9.2016, <https://ga.de/bonn/43024531>.

**11** Jens Krüger, *Die Finanzierung der Bundeshauptstadt Bonn, Berlin–New York 2006*, S. 204.

**12** Vgl. Ernst Goyke, *Die Reutersiedlung. Heimstatt für Minister, Journalisten und Spione*, in: Pörtner (Anm. 2), S. 76–82; Helmut Vogt, „Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4“. *Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50*, Bonn 1999, S. 133–152. Parallel entstanden, maßgeblich von Sep Ruf geprägt, die sogenannten HICOG-Siedlungen in Plittersdorf („amerikanische Siedlung“), Muffendorf und Tannenbusch.

**13** Vgl. Elke Janßen-Schnabel, *Ehemalige Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen beim Bund*, o.J., [www.kuladig.de/Objektansicht/O-18541-20111006-18](http://www.kuladig.de/Objektansicht/O-18541-20111006-18); Angelika Schyma, *Pressehaus am Platz der Vereinten Nationen*, o.J., [www.kuladig.de/Objektansicht/O-28786-201111227-23](http://www.kuladig.de/Objektansicht/O-28786-201111227-23).

**14** Vgl. Werner Krueger, *Das Bundespresseamt*, in: Pörtner (Anm. 2), S. 164–175, hier S. 168.

**15** Zänker/Zänker (Anm. 10), S. 134.

Journalisten zu vermieten. Aus einem dieser sogenannten Allianzbauten, die genauso aussahen, wie man es sich bei einem Versicherungskonzern vorstellt, ragt dabei auf Stelzen ein lichter Konferenzsaal heraus. Hier fanden ab 1967 die zuvor im Bundeshaus abgehaltenen Bundespressekonferenzen statt, bei denen die Politiker von Journalisten eingeladen werden – nicht umgekehrt.

## BEKENNTNIS ZU BONN

Mit den Allianzbauten, in denen auch ein Hotel und Schwedens Botschaft einzogen, kam der Bund ein Stück weit um die Beschränkungen des Baustopps herum. Allerdings war die Aussicht auf ein Ende des Provisoriums Bonn durch den Mauerbau des DDR-Regimes 1961 nicht gerade besser geworden.

Vor diesem Hintergrund wagte der Bund in den 1960er Jahren auch wieder zu bauen.<sup>16</sup> Zwischen 1966 und 1969 errichtete er am Sportplatz südlich des Bundeshauses ein Hochhaus für Abgeordnete, dessen Modernität sich vor allem beim Blick auf die Innengestaltung erschließt. Die Entwürfe stammten von dem Architekten Egon Eiermann. Seinen Spitznamen erhielt der Lange Eugen jedoch wegen des eher kleingewachsenen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier. Dieser hatte die Planungen vorangetrieben und beteuerte bei Interviews, was in Bonn stets betont werden musste: dass natürlich auch eine anderweitige Nutzung des Gebäudes in Zeiten ohne Regierung mitgedacht wäre. Unruhe gab es trotzdem. Die Pläne gelangten nur zögerlich in die Öffentlichkeit, und sie umfassten auch weitere Gebäude von einem neuen Plenarsaal bis hin zu sieben Hochhäusern in Kreuzform, die im Freiraum Richtung Godesberg entstehen sollten. „Überregionale Publizität“, monierte „Die Zeit“, „findet dieses Projekt erst, seit sich in Bonn eine Bürgerinitiative gegen den Bebauungsplan des neuen Regierungszentrums formiert hat und schwere Vorwürfe gegen Planung und Konzeption dieser ‚Visitenkarte unseres demokratischen Gemeinwesens‘ gemacht hat.“<sup>17</sup>

Als Reaktion auf den Widerstand wurden nur zwei der Kreuzbauten errichtet und zur Vermeidung weiteren Unheils die Felder am Wasser in ein weitläufiges, von dem Landschaftsarchitekten

Gottfried Hansjakob gestaltetes Parkgelände verwandelt: die Rheinauen.<sup>18</sup> Für die übrigen Vorstellungen mussten Wettbewerbe her, die zu endlosen neuen Diskussionen führten und doch die Keimzelle des Hauptstadtausbaus in den 1980er Jahren sind.<sup>19</sup> „Der Spiegel“ sprach nicht von ungefähr von einem „dreißigjährigen Krieg um Bonner Stadtplanung und die Regierungsbauten.“ Es sei für Bonn „schwer bis unmöglich“, zum „Wahrzeichen der Bundesrepublik Deutschland zu werden“.<sup>20</sup>

Im Reisemagazin „Merian“ schrieb der Architekturkritiker Peter M. Bode im September 1976: „Wohl keine Regierung in der ganzen Welt hat so viel architektonisches Chaos produziert wie der Bund in Bonn.“ Er zählte 165 Dienststellen, die über ganz Bonn und das mittlerweile eingemeindete Godesberg verteilt waren, und fluchte über die „Zahnlückengegend“ zwischen beiden Zentren: „Parteihäuser, Autowerkstätten, Botschaften und Handelsvertretungen in kunterbunter Mischung, mal schäbig, mal aufgedonnert, mal höher, mal niedriger, ein ödes Durcheinander entlang der gesichtslosen ‚Diplomatenrennbahn‘.“<sup>21</sup> Dazu unvoreilhaft Bilder des Rheins mit Langem Eugen, Bundeshaus und Allianzbauten sowie des Straßengewirrs am Bonn-Center, einem 1968 brachial neben Vorstadthäuser geramten Komplex mit Geschäften, Botschaften, Büros, Restaurants und Hotel. Oder des 1976 in Betrieb genommenen Kanzleramt-Neubaus. Er war nach allen Regeln der kybernetischen Prozesssteuerung entworfen worden<sup>22</sup> und klemmte neuerdings zwischen Palais Schaumburg und Presseamt. Der Merian-Redaktion erschien er wie eine „schwarzbraune Gebäudemachine“.<sup>23</sup>

In anderen Artikeln des Magazins sind attraktivere Seiten von Bonn zu sehen, ausgesprochen pittoreske sogar wie das Kurfürstliche Schloss am Hofgarten, das Rokoko-Rathaus am Marktplatz oder die Burg Drachenfels im Siebengebirge. Aber

**18** Ein willkommener Anlass dafür war die Bundesgartenschau 1979. Vgl. Elke Janßen-Schnabel/Kerstin Walter, Gutachten zur Denkmalbedeutung des Bonner Rheinauenparks, 17. 10. 2014, S. 16f., verlinkt in: Kerstin Walter, Rheinauenpark Bonn, o.J., [www.kuladig.de/Objektansicht/O-22064-20111114-3](http://www.kuladig.de/Objektansicht/O-22064-20111114-3).

**19** Vgl. Plessen (Anm. 3), S. 584–589.

**20** „Aha! Dies ist die Hauptstadt“, in: Der Spiegel 49/1977, zit. nach Plessen (Anm. 3), S. 45.

**21** Peter M. Bode, Vom Bund zur Kapitale betoniert, in: Merian 9/1976, S. 18–25, hier S. 19.

**22** Vgl. Merle Ziegler, Kybernetisch regieren. Architektur des Bonner Bundeskanzleramtes 1969–1976, Düsseldorf 2016.

**23** Bildunterschrift, in: Bode (Anm. 21), S. 23.

**16** Vgl. Plessen (Anm. 3), S. 30–39, zum Langen Eugen S. 282f.

**17** Marion Schreiber, Wer hat Angst vor der Öffentlichkeit, in: Die Zeit, 7. 11. 1969, zit. nach Plessen (Anm. 3), S. 38.

Bodes Beschreibung war durchaus treffend. Sie mündete in der Beobachtung, die „Demokratie als Bauherr“ (Adolf Arndt) sei in Bonn bis vor Kurzem „nicht in Erscheinung getreten“. Man habe „planerisch von der Hand in den Mund gelebt und die repräsentative Demokratie baulich nicht anders dargestellt als durch den Repräsentationsstil ganz beliebig-durchschnittlicher Bürohaus-Architektur.“ Erst in den jüngsten Wettbewerben machte Bode interessante Impulse aus wie einen Vorschlag des Stuttgarter Architekturbüros Behnisch und Partner. Diese „schlagen für den Bundestag eine gläserne Mulde mit einem ausladend schwebenden Dach vor“<sup>24</sup> – die Anfänge des 1992 tatsächlich eröffneten, wenn auch durch die Planungsschlacht um Bonn anders als auf jenen Entwürfen aussehenden „Behnisch-Baus“.

## ARCHITEKTUR DER DEMOKRATIE

Drei Dinge vermisst man in Bodes Text aus heutiger Sicht. Erstens einen Hinweis auf die demütige Formsprache Hans Schwipperts im Bundeshaus, die sich ja nicht bloß der Weiterführung des Vorgefundenen verdankte.<sup>25</sup> Sie zeigte, „wie demokratisches Bauen in der Bundesrepublik aussehen könnte und sollte“,<sup>26</sup> auch wenn sie durch An- und Umbauten aus fremder Hand verwässert war. Zweitens mehr Anerkennung dafür, dass auch das 1976 eröffnete Kanzleramt der Planungsgruppe Stieldorf „bewusst auf eine dominante und repräsentative Wirkung bzw. Architektur“ zu verzichten versuchte.<sup>27</sup> Auch dieser „Bühne der Macht“ war großer Pomp fremd: „Das Geheimnis von Bonn liegt in der spürbaren Abwesenheit der Macht.“<sup>28</sup> Vor allem aber blieb drittens eine Würdigung des Kanzlerbungalows aus, der 1964 im Garten des Palais Schaumburg bezugsfertig war. Das „Wohn- und Empfangsgebäude des Bundes-

kanzlers“ bestand aus zwei flachen, leicht versetzten Atrien-Bauten aus Stahl und Glas. Der eine diente dem Rückzug, der andere der Repräsentation, und beide waren allein durch die „nordamerikanischen Assoziationen, die der Bautyp aufkommen ließ“, ein „Bekenntnis zur eigenen Zeit“.<sup>29</sup> Ludwig Erhard sagte bei der Schlüsselübergabe: „Das ist im wahrsten Sinne unser Haus, das unser innerstes Wesen ausstrahlt (...). Nicht die Repräsentation ist das Entscheidende hier, sondern die menschliche Begegnung.“<sup>30</sup>

Der Architekt Sep Ruf hatte 1958 bereits gemeinsam mit Egon Eiermann den deutschen Pavillon der Weltausstellung in Brüssel gestaltet – eine betonte Abkehr vom Gestern. Sein Kanzlerbungalow, der unter Adenauer nicht gebraucht wurde, weil dieser im südlich gelegenen Rhöndorf wohnte und die Privaträume im Palais nur für Nickerchen nutzte,<sup>31</sup> hatte ähnliche Stärken. Zwar wusste kein Kanzler diesen Bau so zu schätzen wie der Bauherr,<sup>32</sup> doch selbst der sonst so scharfzüngige „Spiegel“ lobte das Gebäude, sogar mit einem Zitat von Bauhaus-Begründer Walter Gropius. Dieser hielt den Bungalow für „sehr geeignet, vor der Welt den fortschrittlichen Geist des deutschen Volkes, seines der Zeit verbundenen kulturellen Strebens zu repräsentieren.“<sup>33</sup> Einen wichtigen Teil seiner Erscheinung machte der Park aus, der den Bungalow umgibt. Hier spielte sich im Juni 1989 ein legendärer Pärchenabend ab: Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl aßen mit ihren Frauen im Bungalow zu Abend, setzten sich gegen Mitternacht auf eine Mauer zum Rhein, und dann geschah es: „Ich zeigte auf den Rhein und meinte: Schauen sie sich den Fluss an, der an uns vorbei strömt. Er symbolisiert die Geschichte, sie ist nichts Statisches. (...) [S]o sicher, wie der Rhein zum Meer fließt, so sicher wird die deutsche Einheit kommen – und auch die europäische Ein-

<sup>24</sup> Ebd., S. 22ff.

<sup>25</sup> Zur Intention und Wahrnehmung vgl. Guido Brendgens, *Demokratisches Bauen. Eine architekturtheoretische Diskursanalyse zu Parlamentsbauten in der Bundesrepublik Deutschland*, Aachen 2008, S. 104–135, S. 143, S. 215f.

<sup>26</sup> Wolfgang Pehnt, *Die Würde des Werks* [Vorwort], in: Agatha Buslei-Wuppermann/Andreas Zeising, *Das Bundeshaus von Hans Schwippert in Bonn. Architektonische Moderne und demokratischer Geist*, Düsseldorf 2009, S. 7ff., hier S. 8.

<sup>27</sup> So die Jury über den Entwurf 1970, zit. nach Gabriele Kahnert, *Bühnen der Macht. Bilder aus Bonn*, Hamburg 1999, S. 21. Bode bespricht das Gebäude im Merian eher kritisch. Vgl. Bode (Anm. 21).

<sup>28</sup> Heinz Bude, *Die Bonner Performanz*, in: Kahnert (Anm. 27), S. 7. Vgl. außerdem Plessen (Anm. 3), S. 174–183, S. 320–324.

<sup>29</sup> Koppetsch (Anm. 7), S. 28.

<sup>30</sup> Zit. nach Udo Wengst, *Der Kanzlerbungalow als Wohn- und Empfangsgebäude*, in: *Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Wüstenrot Stiftung* (Hrsg.), *Kanzlerbungalow*, München u. a. 2009, S. 66–87, hier S. 68; vgl. Plessen (Anm. 3), S. 156–165, S. 314f.

<sup>31</sup> Vgl. Koppetsch (Anm. 7), S. 26ff.

<sup>32</sup> Vgl. Matthias Hannemann/Dietmar Preißler, *Bonn. Orte der Demokratie*, Berlin 2009, S. 52–55. Erhardt, Kiesinger, Schmidt und Kohl bewohnten den Bungalow, Brandt nutzte ihn nur zu repräsentativen Zwecken.

<sup>33</sup> Zit. nach Plessen (Anm. 3), S. 165.



Blick auf den Kanzlerbungalow im Garten des Palais Schaumburg in Bonn am 13. 11. 1964

Quelle: picture-alliance / dpa | dpa

heit.“<sup>34</sup> Aus Kohls Sicht begann bei Gorbatschow in jener Nacht das Umdenken, das die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht hat. Fragen darf man, ob hier die Nostalgie die Erinnerung färbt.

### CHARME DES PROVVISORISCHEN

Diese Frage gilt auch für die allgemeine Erinnerung an den Charakter der Bonner Jahre. Er wird aus der Rückschau immer wieder mit den überschaubaren Verhältnissen im Regierungsviertel und dem Charme des Provisorischen in Verbindung gebracht.

Um noch einmal Kohl zu zitieren, diesmal am Rednerpult des Bundestags bei der letzten Parlamentsitzung in Bonn am 1. Juli 1999: „Der Genius loci dieser Stadt hat einen gewichtigen Anteil daran, daß unsere Bundesrepublik stabil und erfolgreich werden konnte. Er bildete den idealen Nährboden für eine politische Kultur, die in hohem Maße dazu beigetragen hat, unserem Land Vertrauen, Ansehen und nicht zuletzt Sympathie in der Welt zurückzugewinnen.“<sup>35</sup>

<sup>34</sup> Zit. nach Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 889.

<sup>35</sup> Deutscher Bundestag, *Plenarprotokoll 14/50*, S. 4329.

Fest steht: Die Bonner Orte der Demokratie sind auch ein Thema für die Geschichte der Emotionen. Abgesehen von dem Kiosk, der 1957 von Christel Rausch gegenüber dem Bundesrat eröffnet wurde und seit 2020 als „Bundesbüdchen“ vor den ehemaligen Abgeordnetenwohnungen an der Heussallee steht, weckt dabei nichts stärkere Gefühle als der Gedanke an das Bundestags-Exil im Wasserwerk. Der alte Bau diente bis 1958 der Wasserversorgung von Bonn, und bis Mitte der 1980er Jahre hätte ihn niemand je in Verbindung mit dem politischen Geschehen gebracht. Aber dann begannen die Pläne zur endgültigen Hauptstadtwerdung Bonns zu greifen. Und während andernorts, etwa an der Rheinaue bei den Kreuzbauten, neue Gebäude für Ministerien entstanden, rissen Arbeiter am Bundeshaus den Plenarsaal von Schwippert ab, um dort einen Neubau zu errichten. Das Wasserwerk diente so von 1986 bis 1992 als Ersatz-Plenarsaal – halb so groß wie das gewohnte Domizil, aber doppelt so gemütlich.

Hier erreichte die Abgeordneten am 9. November 1989 die überraschende Nachricht, das DDR-Regime habe die Mauer geöffnet. Hier rückte das Parlament noch weiter zusammen, als nach der Wiedervereinigung 1990 auch noch ost-

deutsche Wahlkreise ihre Abgeordneten an den Rhein schickten. Und hier wurde 1991 mit viel Gefühl und knapper Mehrheit Berlin zum Parlaments- und Regierungssitz des wiedervereinigten Deutschlands erklärt – bevor man 1992 wieder vom Wasserwerk an die Görresstraße hinaufzog.

Der „Behnisch-Bau“ war indessen fertig: ein Plenarsaal, wie man ihn sich lichter und offener nicht vorstellen kann. Ohne Wiedervereinigung wäre er heute vermutlich umgeben von viel „demokratischem Grün“, denn so sahen es 1988 die Beiträge zum „Wettbewerb Parlamentsvorzone“ vor.<sup>36</sup> Aber der Bau besticht auch so durch viel Glas außen und Holz innen, das Gefälle zum Wasser und jene kreisförmige Anordnung der Sitze, die bereits Schwippert 1949 vorschwebte. Durch dieses Wunderwerk avancierte Günter Behnisch, bekannt als Architekt des Olympischen Geländes in München anlässlich der Sommer Spiele 1972 und etlicher Schulbauten, zum „Baumeister der Demokratie“.<sup>37</sup> Und trotzdem scheute er „die plumpe Gleichsetzung von Demokratie und Glas-Architektur, die deutsche Politiker und Architekturtheoretiker propagierten. Nicht belehrend, sondern beispielgebend wollte er bauen, Demokratie in Gestalt von Bauwerken nicht als starres Bild und zwingende Hülle, sondern als anpassungsfähigen und anregenden Rahmen für demokratisches Handeln schaffen.“<sup>38</sup>

Mit der Architektur des wiedervereinigten Deutschlands am Berliner Spreebogen konnte Behnisch wenig anfangen. Das Kanzleramt des Architekten Axel Schultes: „[S]o ein Kinoding (...), wo man immer drauf wartet, dass der Kanzler mit Elektrogitarre die Treppe runterkommt.“ Der von Norman Foster umgebaute historische Reichstag: „Gut, dem Foster ist es immerhin gelungen, die Kuppel aus dem Symbolischen rauszuholen, sie thront nicht. Aber innen – einige Räume sehen aus wie Wartesäle der DDR-Reichsbahn.“<sup>39</sup>

**36** Vgl. Christof Baier, *Demokratische Bäume, städtebauliche und landschaftsarchitektonische Konzepte beim Ausbau der Regierungsviertel in Bonn und Berlin*, in: Cepl-Kaufmann et al. (Anm. 5).

**37** Dieter Bartzko, *Der Baumeister der deutschen Demokratie*, 13.7.2010, [www.faz.net/-11009024.html](http://www.faz.net/-11009024.html); zur Deutungsgeschichte vgl. Guido Brendgens, *Eine architekturtheoretische Diskursanalyse zu Parlamentsbauten in der Bundesrepublik Deutschland*, Dresden 2008, S. 15, S. 33, S. 200–210, S. 213–252.

**38** Bartzko (Anm. 37).

**39** Beide Zitate nach „So ein bisschen schweben“, Interview mit Günter Behnisch, 12.2.2004, [www.zeit.de/2004/08/Interview-Behnisch](http://www.zeit.de/2004/08/Interview-Behnisch).

Sieben Jahre tagte der Bundestag im freundlichen Plenarsaal von Behnisch. Seine Umgebung war mittlerweile heillos verbaut: „Ein Gemenge verschiedener Nutzungen und Stilarten ohne Anspruch auf irgendeine Ordnung“, nannte es der Stadtplaner Friedrich Busmann. „Spröde Funktionsbauten wie das WDR-Gebäude und zu Recht so bezeichnete Baracken der Bundestagsverwaltung standen unmittelbar vor den Eingängen von Bundestag und Bundesrat, die ihrerseits schwer auffindbar waren. Dazwischen Restbestände ehemaliger Vorstadtidylle, wie die Gründerzeit-Villa der Parlamentarischen Gesellschaft, und bis unter das Dach von Nachrichtenagenturen genutzte Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen.“<sup>40</sup>

Dann rückten die Möbelpacker an, ging der Betrieb nach der Sommerpause 1999 im Reichstag in Berlin weiter.

## IM MÄRCHENLAND

Der Umzug war nicht das Ende bundespolitischer Institutionen in Bonn: Dank des Bonn-Berlin-Gesetzes haben aktuell sechs Bundesministerien und viele Bundesbehörden ihren Hauptsitz in der „Bundesstadt Bonn“. Allerdings bedeutete das Schwinden des Polit-Trosses für Bonn und das Diplomatenviertel Bad Godesberg, in dem einige Botschaftsgebäude bis heute leer stehen,<sup>41</sup> einen schmerzhaften Einschnitt. Die Stadt meisterte ihn durch die Ansiedelung zahlreicher UN-Organisationen, dank vieler Forschungseinrichtungen, NGOs und Stiftungen und nicht zuletzt der privatisierten Bundespost, die aus Postdienst, Postbank und Telekom Aktiengesellschaften mit Sitz in Bonn werden ließ.

Wer heute mit dem Aufzug in die Rooftop-Bar des Hotels am Bundeshaus hinauffährt, vergisst nach dem dritten Cocktail sogar das „Bonnopoly“,<sup>42</sup> den 300 Millionen Euro teuren Skandal um das 2003 beschlossene, aber erst 2015 eröffnete World Conference Center. Man tritt auf den Balkon, stellt sich auf die Zehenspitzen und

**40** Friedrich Busmann, *Vom Parlaments- und Regierungsviertel zum Bundesviertel. Eine Bonner Entwicklungsmaßnahme 1974–2004*, Bonn 2004, S. 105.

**41** Vgl. Michael Wenzel, *Früher waren hier Botschaften. Bad Godesberg 1949–2019, Spurensuche in einer kleinen Stadt von Welt*, Köln 2019, S. 142–161.

**42** Vgl. Cornelia Fiedler, *Notwehr*, 14.9.2017, [www.sueddeutsche.de/kultur/theater-notwehr-1.3666897](http://www.sueddeutsche.de/kultur/theater-notwehr-1.3666897).



Plenarsaal von Günter Behnisch bei Nacht mit Langem Eugen im Hintergrund, 1. 1. 1993

Quelle: DBT/Presse-Service Steponaitis



Blick auf das Regierungsviertel mit Bundeshaus, Bundeskanzleramt, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und Tulpenfeld (v. l.), 10.6.1997

Quelle: Bundesregierung

sieht weit unten die Dächer von Bundesrat und Bundestag. Flussaufwärts liegen die Hügel des Siebengebirges, der Lange Eugen und das Wasserkwerk, stadtwärts die Villa Hammerschmidt, der Kanzlerbungalow, das Kanzleramt mit Palais Schaumburg und die Fassade des Museums Koenig. Und schon ist man im „Märchenland“ (Benedikt Erenz), das Bonn in manchen Schilderungen zu werden droht: „Es war einmal hinter den sieben Bergen (...). Ein schwarzer Riese regierte hier viele Jahre lang, davor ein strenger Kapitän zur See. Und davor ein viel geliebter Mann, den alle Willy nannten. Am Anfang aber, vor ganz schrecklich vielen Jahren, herrschte hier der greise Ritter Konrad mit seinem Knappen, dem dicken Ludwig. (...) Und vieles ist noch vorhanden in diesem zerwürfelten Politikgewerbegebiet am

Südrand der alten Stadt zwischen Dottendorf und Plittersdorf und wie die Weiler sonst noch heißen.“<sup>43</sup>

Die Luftbilder, die das Flugzeug am 7. August 1953 aufnahm, und Vergleichsfotos der Gegend von 1999 würden sich an der Brüstung von „Konrad’s Sky Bar“ wunderbar machen – während man über die Identitätssuche der Republik nachdenkt und nach dem „Old Fashioned“, dem „Cosmopolitan“ und „Moscow Mule“ noch einen „Manhattan“ bestellt.

#### MATTHIAS HANNEMANN

lebt als freier Journalist und Historiker in Bonn. Er schreibt unter anderem für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Brand Eins“ und verfasste für die Stiftung Haus der Geschichte die Online-Texte des Rundgangs [www.wegderdemokratie.de](http://www.wegderdemokratie.de).

<sup>43</sup> Benedikt Erenz, Hinter den sieben Bergen. Ein Ausflug ins Märchenland der Republik, ins Bonner Regierungsviertel, 22. 12. 2009, [www.zeit.de/2009/53/Maerchenland-Bonn](http://www.zeit.de/2009/53/Maerchenland-Bonn).

# BONNER REPUBLIK – BEGRIFF, VERORTUNG UND ERZÄHLUNG

*Jasmin Grande*

Was bedeutete Bonn für die Bonner Republik? Ein „Wartesaal für Berlin“?<sup>01</sup> Die nördlichste Stadt Italiens? Pensionopolis oder Bundeswiege? Die Wahl Bonns zur Bundeshauptstadt 1949 inspirierte seit jeher zu einer Kaskade entweder an Euphemismen oder – weitaus häufiger – an Kakophemismen.

Ausgehend von der Frage, wie Bonn Bundessitz wurde, werden im Folgenden die Anfänge und die Konstruktion der Bonner Republik mit Blick auf Bonn selbst thematisiert. Wie profilierte sich die Stadt, welche identifikatorischen Angebote prägten sie, und wie wird sie gegenwärtig rezipiert?

## BEGRIFF, ZEITRAUM, KONZEPT

Die Bonner Republik hat Konjunktur. Film, Funk und Fernsehen widmen sich ihrem Spirit und loten mit Serien wie „Bonn. Neue Freunde – alte Feinde“ (2023) oder „Deutschland“ (2015–2020) ihre Erzählbarkeit aus. Schon in den 1960er Jahren hatten Spionagethriller und Regionalkrimis Bonn als Ort spannender Ermittlungen, schneller Verfolgungsjagden und brutaler Verbrechen inszeniert.<sup>02</sup> Die Serien der vergangenen zehn Jahre greifen auf diese bereits etablierten Muster zurück, wenn sie den Fokus auf Geheimdienste und tradierte Machtstrukturen legen. Ebenso entwickeln Regionalkrimis diese Ansätze weiter und widmen sich möglichen Kontinuitäten mafióser Strukturen aus fast fünfzig Jahren Bundessitz.<sup>03</sup> In Fatih Akins Film „Rheingold“ (2022) verbinden sich die auch in der Gegenwartsliteratur intensiv verhandelten Themen Kindheit und Mentalitätsgeschichte der Bonner Republik und das Ausloten der Relevanz generationeller Erinnerung für die Gegenwart.<sup>04</sup>

Eine grundlegende Definition der „Bonner Republik“ kann zunächst an zwei Punkten ansetzen: Zum einen bezeichnet der Begriff den Zeitraum, in dem Bonn Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland war. Zum anderen ist das Bild

der „Bonner Republik“ nicht zuletzt durch den Kontrast zur „Berliner Republik“ aufgeladen.

Die Begriffsschöpfung „Bonner Republik“ ging der Hauptstadtwahl im Parlamentarischen Rat voraus und erschien nicht zuerst in der deutschsprachigen Presse. Bereits am 2. September 1948 berichtete die französische Wochenzeitung „Paris-Dakar“ im Senegal über „La République de Bonn“.<sup>05</sup> Seit dem Beschluss im Parlamentarischen Rat am 10. Mai 1949, bei der sich Bonn gegen Frankfurt am Main durchgesetzt hatte, schrieb die US-amerikanische Presse über die „Bonn Republic“.<sup>06</sup> Deutsche Zeitungen griffen die Formel erst später auf, zunächst in den Berichten der Auslandskorrespondenten.<sup>07</sup>

Bonn und das von dort neu entworfene Bild des Landes waren also von vornherein maßgeblich für die Außenwahrnehmung der Bundesrepublik, entsprechend stellt der Politikwissenschaftler Manuel Becker fest: „Die kleinstädtische Prägung der Stadt am Rhein symbolisierte auf ihre eigene Art die Absage an jegliche Form von neu aufkeimenden Allmachtfantasien. Die offen demonstrierte Bescheidenheit wurde zum Programm des neuen Deutschlands nach dem Krieg erhoben. Der Baustil der Bonner Regierungsbauten und der deutschen Botschaften im Ausland legt bis heute ein beredtes Zeugnis davon ab. Prägend für die ‚Bonner Republik‘ war eine zuerst defensive Auffassung der Kategorie ‚Macht‘. Ein Verzicht auf nationale Alleingänge und ein uneingeschränkter Multilateralismus gehörten seit ihren Kindertagen zur Staatsräson.“<sup>08</sup>

Die Vorstellung der Bonner Republik, die Becker hier skizziert, muss in der Rückschau um einen wichtigen Aspekt ergänzt werden: Mit dem Umzug nach Berlin ist das Bonn im Ausdruck „Bonner Republik“ nicht mehr ein geografischer Ort, sondern eine zeitliche Referenz. Entsprechend wandelt sich die Bonner Republik in den 1990er Jahren von einer Orts- zu einer Zeitmetapher.

## PERSPEKTIVEN DER FORSCHUNG

Anknüpfend an vorhandene Studien zu regional- und parteihistorischen sowie politikwissenschaftlichen Fragestellungen, an Überblickswerke zur Entstehung der Bundesrepublik,<sup>09</sup> ihrer europäischen Dimension,<sup>10</sup> ihrer Kulturgeschichte<sup>11</sup> und dem „Abschied vom Provisorium“<sup>12</sup> reflektiert die jüngere Forschung zunehmend die hierbei entwickelten Kanonisierungen. Die Bonner Republik war mehr als das politische Selbstverständnis eines Landes, sie findet heute vielmehr Verwendung in Form einer epochal gedachten Klammer mit regionalem Fokus, zu der auch Joseph Beuys, internationale Beziehungen, Heimatfilme, der Kalte Krieg sowie Kunst und Literatur der Nachkriegszeit gehören. Dabei gelangen interdisziplinäre Fragestellungen zunehmend in den Fokus.<sup>13</sup> In Rückschau auf die Wende von 1989/90 und Fragen nach dem, was das Ereignis verändert, verschoben oder verdeckt hat, öffnen Arbeiten zur gesellschaftlichen Diversität den kanonisierten Forschungsdiskurs essenziell.

Große mediale Aufmerksamkeit und eine Korrektur der noch immer männlich dominierten Wahrnehmung der Bonner Republik hat der Film „Die Unbeugsamen“ (2021) ausgelöst. Auch die Eröffnung der Theodor Wonja Michael Bibliothek in Köln am 19. Februar 2022 ist nicht nur eine Erweiterung der regionalen Bibliothekslandschaft, sondern als erste Schwarze Bibliothek in Nordrhein-Westfalen ein manifester Ort der Ge-

schichte Schwarzer Menschen in der Bundesrepublik. Sie gehört damit zu den wichtigen Schritten in der Diversifikation des Erinnerungskansons des 20. Jahrhunderts. Bisher finden Forschende Material zu diesem Teil der Bonner Republik selten in den Archiven von Stadt, Land und Bund, sondern in privaten Nachlässen oder etwa dem Archiv für alternatives Schrifttum in Duisburg. Mit Theodor Wonja Michael (1925–2019) wählte die Kölner Bibliothek einen Namenspatron, dessen Memoiren ein Stück Geschichte der Bonner Republik dokumentieren: Als Journalist war er Mitherausgeber des „Afrika-Bulletin“, ab 1971 arbeitete er beim Bundesnachrichtendienst in Pullach, zuletzt als Regierungsdirektor. Sein Vertrauen in das demokratische Potenzial der jungen Bundesrepublik sowie der Appell für eine transkulturelle Geschichtsschreibung ziehen sich durch den zweiten Teil seiner Biografie: „Die größte Zuwanderung war eine Folge des verlorenen Krieges, als Millionen von Menschen deutscher Zunge durch Flucht und Vertreibung ihre ursprüngliche Heimat verlassen mussten. Sie haben das alles andere als freiwillig getan und sie sind keineswegs mit Begeisterung aufgenommen worden. Dennoch war es die Gesamtheit dieser Menschen, die nach den Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit erheblichen Anteil am Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland in Europa und der Welt hatten.“<sup>14</sup>

Als Desiderat kann die Vernetzung der Diskurse zwischen der Bonner Republik als einer regional fokussierten Klammer mit epochalem Bedeutungshorizont und Forschungen zur Kulturgeschichte aus migrantischer, queerer sowie Schwarzer Perspektive benannt werden. Denn tatsächlich zeigt

**01** John Le Carré, *Eine kleine Stadt in Deutschland*, Wien–Hamburg 1968.

**02** Vgl. Hans Hellmut Kirst, *Kein Vaterland*, München 1968; Gisbert Haefs, *Die Schattenschneise*, München 1989; vgl. auch den Tatort „Tote Taube in der Beethovenstraße“, Regie: Samuel Fuller, WDR 1973.

**03** Vgl. z. B. Edgar Franzmann, *68*, Köln 2016; Rolf Hülsebusch, *Nekropolis Cologne*, Köln 2006.

**04** Vgl. insbesondere Jochen Schimmang, *Das Beste, was wir hatten*, Hamburg 2009; außerdem Gerhard Henschel, *Kindheitsroman*, Hamburg 2004; Judith Kuckart, *Kaiserstraße*, Köln 2006. Zur generationellen Erinnerung vgl. Lydia Heuser, *Topographien der Adoleszenz. Die Bonner Republik als Erinnerungsraum in der Gegenwartsliteratur*, Bielefeld 2022.

**05** *La République de Bonn*, in: *Paris-Dakar*, 2.9.1948. Der Artikel berichtet vom Auftakt der Versammlung des Parlamentarischen Rates im Museum Koenig am 1.9.1948 in Bonn.

**06** Vgl. z. B. *West German Assembly Picks Bonn as Republic's Capital*, in: *Times-Dispatch*, 11.5.1949, S. 1; Max Werner, *What Future The Bonn Republic*, in: *The Gazette and Daily*, 21.5.1949, S. 19.

**07** Vgl. z. B. Paul Medina, *Warum Frankreich zögert*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.11.1949, S. 2.

**08** Manuel Becker, *Geschichtspolitik in der Berliner Republik. Konzeptionen und Kontroversen*, Wiesbaden 2013, S. 14f.

**09** Vgl. z. B. Dominik Geppert, *Geschichte der Bundesrepublik*, München 2021.

**10** Vgl. z. B. Guido Thieme, *Europäische Integration. Motive, Prozesse, Strukturen*, Köln u. a. 2010.

**11** Vgl. z. B. Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009.

**12** Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1882–1990*, München 2006.

**13** Vgl. z. B. das Projekt an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zu Orten der Bonner Republik in NRW: [www.ortederbonnerrepublik.de](http://www.ortederbonnerrepublik.de).

**14** Theodor Wonja Michael, *Deutsch sein und schwarz dazu*, München 2013, S. 138.

die Verbindung von Geschichte und Begriffsbedeutung, dass sich die Bonner Republik als Referenz für Ziele einer Partei wie der neurechten Werteunion nicht eignet, anders als es der Vorsitzende Hans-Georg Maaßen bei der Gründung behauptete.<sup>15</sup>

## PARLAMENTARISCHER RAT

„Nomina sunt omina. Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll“, stellte Carlo Schmid am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat fest.<sup>16</sup> Die Rede war Teil der Generaldebatten, mit denen der Rat die Arbeit aufgenommen hatte. Zunächst sollten damit prinzipielle wie parteipolitische Positionen zur Ausarbeitung einer Verfassung auf Basis des vom Verfassungskonvent in Herrenchiemsee entwickelten Entwurfs erläutert werden. Entsprechend grundsätzlich fragte Schmid: „Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben, einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. (...) Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße ‚Bezeichnung‘ das Bessere wäre.“<sup>17</sup> Schmid sprachtheoretische Reflexion ist zunächst eine Positionierung in der Frage nach dem Provisorium. Nicht nur sollte der Bundessitz als Symbol des Provisoriums fungieren, sondern auch die Benennung der zu erarbeitenden Verfassung den provisorischen Charakter verdeutlichen. Darüber hinaus verweist seine Frage nach der Namensgebung auf den Topos des Anfangs. Dieser findet sich nach 1945 in unterschiedlichen Bedeutungen wieder, so zum Beispiel in Wolfgang Borcherts Text „Generation ohne Abschied“ (1947). Mit Begriffen wie „Nullpunkt“ oder „Stunde Null“ wurde zunächst versucht, die Ambivalenz der jungen Bundesrepublik zwischen NS-Kontinuität und Neuanfang zu fassen, mit dem Nachteil, dass die „Besetzung dieser Pole in teils täuschender Weise“ die Inhalte

miteinander verschnitt.<sup>18</sup> Als „Stunde Null“ kann die Zeit heute jedoch nicht mehr bezeichnet werden, weil sie in der rückblickenden Konstruktion ihre Ambivalenz verliert und etwas behauptet, das es nicht gab: die Unschuld des Anfangens. Der Gegenwartsgebrauch, so die Erinnerungsforscherin Steffi Hobus, „verdeckt die Tatsache, dass es sich um eine naturalisierende Konstruktion handelt: Indem der Ausdruck immer weiter fortgeschrieben wird, erscheint die Entlastung von der Schuld oder die eigentlich unmögliche Befreiung von der Vergangenheit als gegebene Tatsache.“<sup>19</sup>

Die grundsätzliche Reflexion Schmidts am 8. September 1948 über die Bedeutung von Begriffen ist Teil einer Positionierung, in der das Nachdenken über die Vergangenheit mit dem Komplex sowie der Notwendigkeit des Anfangs verbunden ist. Dementsprechend begleiten die Anfänge der Bundesrepublik eine Reihe von symbolischen Akten, die als Initiationsmomente fungierten, etwa die Eröffnungsfest der Parlamentarischen Rates im Museum Koenig am 1. September 1949 und die anschließende konstituierende Sitzung im Plenarsaal der Pädagogischen Akademie, dem „Weißen Haus“ am Rhein.<sup>20</sup> Diesem feierlichen Moment ging eine Reihe von Entscheidungstreffen voraus, die in den meisten Fällen nach den Orten der Absprache benannt sind: Von der Konferenz auf Jalta im Februar 1945 und die darauf beruhende Berliner Deklaration der vier Siegermächte über die Gründung des Alliierten Kontrollrates am 5. Juni 1945 und die am 7. Juni 1948 verabschiedeten Londoner Empfehlungen bis hin zu den Frankfurter Dokumenten im Juli 1948. Letztere wurden von den Westalliierten an die Ministerpräsidenten der drei Westzonen übergeben und von diesen in der sogenannten Rittersturzkonferenz beraten. An das Ergebnis, die Koblenzer Beschlüsse, knüpften der Verfassungskonvent in Herrenchiemsee und schließlich die Einberufung des Parlamentarischen Rates an. Dabei stellte sich auch die Frage nach einem Tagungsort für den Parlamentarischen Rat. Frankfurt, Karlsruhe, Koblenz, Celle

<sup>15</sup> Vgl. Die Werteunion ist jetzt eine Partei, 17.2.2024, [www.sueddeutsche.de/1.6369460](http://www.sueddeutsche.de/1.6369460).

<sup>16</sup> Vgl. hierzu auch die Forschung über die Erfindung der „Bonner Republik“ im Comic von Deborah Ascher Barnstone, *Nomina sunt Omina – Capital City Bonn: Inventing an Image for the Federal Republic of Germany*, in: *Journal of Design History* 2/2014, S. 148–166.

<sup>17</sup> Carlo Schmid, Was heißt eigentlich: Grundgesetz? Rede vor dem Parlamentarischen Rat, 8.9.1948, in: *Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Akten und Protokolle*, Bd. 9, München 1996, S. 20–46, hier S. 34.

<sup>18</sup> Steffi Hobus, *Mythos „Stunde Null“*, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*, Bielefeld 2015<sup>3</sup>, S. 44f., hier S. 44.

<sup>19</sup> Ebd., S. 45.

<sup>20</sup> Städtisches Verkehrsamt Bonn, *Bonn. Führer durch die Bundeshauptstadt, Bonn 1949*<sup>10</sup>, S. 106.

oder Bonn? Die Entscheidung für Bonn fiel unpräzise am 13. August 1948 in einer Telefonkonferenz der Ministerpräsidenten.<sup>21</sup>

### „BONN WIRD GANZ INTERESSANT WERDEN“

Die Begründung, weshalb Bonn überhaupt in die Auswahl kam, liefert die ersten Bausteine eines Narrativs der Bonner Republik: gelassen und weltoffen. Auf der Suche nach einer Stadt, die über Kapazitäten für 65 stimmberechtigte Mitglieder und fünf Berliner\*innen im Parlamentarischen Rat verfügt, erinnerte sich der Vorsitzende der Nordrhein-Westfälischen Staatskanzlei in Düsseldorf, Hermann Wandersleb, bereits 1947 an einer Tagung für Verwaltungsbeamte in der Pädagogischen Akademie in Bonn teilgenommen zu haben und „dort sehr gastfreundlich aufgenommen worden zu sein“.<sup>22</sup> Die Zufälligkeit, die von dieser Dynamik ausgeht, wird in der Literatur durch Versinnbildlichungen ergänzt, so zum Beispiel durch Beinamen Wanderslebs wie „der heimliche Schöpfer Bonner Hauptstadtfreuden“,<sup>23</sup> „Hauptstadttagator“<sup>24</sup> und „Bonnificius“.<sup>25</sup> Das Bonn der Bonner Republik zeichnet sich durch Bescheidenheit aus, die sowohl eine Positionierung im Verhältnis zur Vergangenheit als auch eine Strategie der Selbstvermarktung ist. „Bonn ist nicht Weimar“, betitelte der Journalist Fritz René Allemann sein Buch von 1956 und spielt damit vor allem auf die Unterschiede in den beiden Verfassungen an.<sup>26</sup>

**21** Vor 75 Jahren: Bonn wird Sitz des Parlamentarischen Rates, 31.7.2023, [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw32-kalenderblatt-parlamentarischer-rat-565084](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw32-kalenderblatt-parlamentarischer-rat-565084).

**22** Volker Müller, Das Provisorium am Rhein, 11.4.2023, [www.das-parlament.de/kultur/geschichte/das-provisorium-am-rhein](http://www.das-parlament.de/kultur/geschichte/das-provisorium-am-rhein).

**23** Vgl. Klaus von Beyme, Nationale Repräsentation und Hauptstadtgestaltung, in: ders., Kulturpolitik und nationale Identität. Studien zur Kulturgeschichte zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Autonomie, Wiesbaden 1998, S. 208–250, hier S. 208.

**24** Ingrid Röschlau, Vor 40 Jahren: Bonn oder Frankfurt. Der Streit um die Bundeshauptstadt, Frankfurt/M. 1989.

**25** Maria Dix, Hermann Wandersleb, o.J., [www.rheinisch-geschichte.lvr.de/Personlichkeiten/hermann-wandersleb/DE-2086/lido/57c832d99984a1.10175189](http://www.rheinisch-geschichte.lvr.de/Personlichkeiten/hermann-wandersleb/DE-2086/lido/57c832d99984a1.10175189).

**26** Vgl. hierzu Volker Kronenberg, „Bonn soll nie Weimar werden“. Die kleine Stadt am Rhein und die innen- und außenpolitische Physiognomie der jungen Bundesrepublik Deutschland, in: Tilman Mayer/Dagmar Schulze Heuling (Hrsg.), Über Bonn hinaus. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte, Baden-Baden 2017, S. 59–74.

Was im Reigen der Städte zunächst nur eine Station zu sein schien – „Bonn wird ganz interessant werden“,<sup>27</sup> schrieb Theodor Heuss 1948 mit Blick auf den Parlamentarischen Rat an seine Familie –, erweist sich im Nachhinein als maßgeblich für die Diskussion um den Regierungssitz. Gleichwohl stellte die Wahl des Tagungsortes für den Parlamentarischen Rat nur die erste von drei Wahlen zugunsten Bonns dar: Am 27. Januar 1949 richtete der Parlamentarische Rat die Bundessitz-Kommission zur Prüfung der Anträge von Bonn, Frankfurt, Kassel und Stuttgart ein, Anfang Februar führte die Kommission Besichtigungsreisen durch, prüfte die Bahn- und Straßenverbindungen in die Städte, die Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung vor Ort sowie die Zahl der vorhandenen Unterkünfte. Am 28. April 1949 legte die Kommission einen Bericht ohne Empfehlung vor, am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz und wählte zwei Tage später den Sitz der Bundesorgane. „Die Mitternachts-Abstimmung im Parlamentarischen Rat aber entwickelte sich zu einer Volksgaudi; das Publikum im Saal begann laut mitzuzählen, als die Stimmen für Bonn und Frankfurt fast gleichstanden.“<sup>28</sup> Schließlich gewann Bonn mit nur vier Stimmen Vorsprung. Historische Schilderungen verzichten häufig auf eine Darstellung der Reaktionen vor Ort: „Es gab Umarmungen, einander unbekannte Menschen schüttelten sich die Hände.“<sup>29</sup>

Die dritte Wahl erfolgte am 3. November 1949 im Bundestag, nachdem Unsicherheit darüber entstanden war, ob der Parlamentarische Rat über den Sitz des Bundestags verfügen dürfen: 200 Stimmen für Bonn und 176 für Frankfurt.

Spekulationen begleiten die Geschichten beider Wahlen zum Bundessitz: Vielleicht hatte Konrad Adenauer gefudelt und eine fiktive Pressemeldung verlesen, die die CDU-Mitglieder aus Hessen für Bonn stimmen ließ und so

**27** Theodor Heuss an Ernst Ludwig und Hanne Heuss, 4.9.1948, in: Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus/ Ernst Wolfgang Becker (Hrsg.), Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949, München 2007, S. 402.

**28** Apolis bei Rhöndorf, 12.9.1961, [www.spiegel.de/apolis-bei-rhoendorf-a-21532c43-0002-0001-0000-000043366314](http://www.spiegel.de/apolis-bei-rhoendorf-a-21532c43-0002-0001-0000-000043366314).

**29** Otto Schumacher-Hellmold, Eine ganze Stadt geriet in Taumel, in: Renate Hawranke/Werner P. D’Hein (Hrsg.), Bonn ist 2000. Festbuch zum Stadtjubiläum mit Programmüberblick 1989, Frankfurt/M. u.a. 1989, S. 127–130, hier S. 130.

die Abstimmung entschied?<sup>30</sup> Oder hatte vielleicht jemand Abgeordnete bei der Abstimmung am 3. November bestochen?<sup>31</sup> Überzeugend für die Wahl wirken ebenso geografische Gründe – Bonns Nähe zu Frankreich – oder die Zusage der belgischen Besatzung, sich aus Bonn zurückzuziehen. Im Gegensatz zu Frankfurt war Bonn somit besatzungsfrei. Oder war es das Vorhandensein alter Kasernen in der ehemaligen Garnisonsstadt, in die die neuen Ministerien einziehen konnten? Möglicherweise ließ sich das Rheinland aber auch besser vermitteln als irgendeine andere Region. „Ich war für Bonn, weil es garantiert provisorisch war“,<sup>32</sup> stellte der Sozialdemokrat und damals noch Tagesspiegel-Korrespondent Egon Bahr fest, eine Stadtbeschreibung, die einer Stadtbeschimpfung nahekommt: Allen Hinweisen auf die historische Bedeutung Bonns in der Debatte um den Bundessitz zum Trotz wird Bonn gewählt, weil es im Vergleich zu den Mitbewerbern als so besonders unbedeutend erscheint. Die Bonner Öffentlichkeit reagierte allerdings nicht brüskiert, sondern bestätigte lakonisch, dass Bonn die kostengünstigere Alternative zu Frankfurt sei.<sup>33</sup> Die Arbeit am begrifflichen Konzept, in dem Bonn formal als Regierungssitz zu bezeichnen war, nicht jedoch als Hauptstadt, ist Teil der provisorischen Verstetigungsprozesse und führte 1956 zu einem Baustopp, der erst 1970 mit der „Bonn-Vereinbarung“ über den Ausbau und die Finanzierung durch den Bund aufgehoben wurde.<sup>34</sup>

Bonn wird in der Folge zum Synonym für die Bundesrepublik, gerade weil es der Stadt gelang, sich im Spannungsbogen von Übergang und Permanenz zu erzählen. Als Begriff steht „Bonn“ in der Bonner Republik nicht nur für den Ort, sondern auch für das Konzept des Provisoriums. Zum Gesamtpaket gehört die etwas einseitige Städtepartnerschaft mit Berlin: Berlin ließ und lässt sich

in diesem Gefüge ohne Bonn denken, das Bonn der Bonner Republik nicht ohne Berlin.<sup>35</sup> Der Historiker Andreas Wirsching beschließt seinen Band „Abschied vom Provisorium“ mit einer Kritik der „Vorstellung von der ‚Erfolgsgeschichte‘ der alten Bundesrepublik. Sie wurde schon vor der Vereinigung intensiv gepflegt und bildete den Subtext für das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik im Mai 1989. Nur wenige Monate später ließ sich dann das gleichsam triumphale Schlußkapitel dieser Erfolgsgeschichte schreiben. (...) Wie alle ‚großen Erzählungen‘ [hat das Narrativ der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik] ihre authentischen Wurzeln in der historischen Erfahrung, das heißt in der bereits *gedeuteten* Wirklichkeit der Mitlebenden. Aber in ihrer komplexitätsreduzierenden Funktion dürfen sie nicht zum Nennwert genommen werden.“<sup>36</sup> Die Bundesrepublik von Bonn aus zu erzählen, heißt auch, das zu thematisieren, was nach dem Berlin-Beschluss 1991 nicht mit umzog, weitestgehend endete und damit ein Gegenmodell zum Erfolgsnarrativ darstellt.

## STÄDTEBESCHIMPFUNG ALS LIEBESERKLÄRUNG

Wartesaal für Berlin, Apolis bei Rhöndorf,<sup>37</sup> Pensionopolis, Capitale Minimum,<sup>38</sup> ein dahin dämmerndes Dornröschen, Bundesdorf<sup>39</sup> – kaum ist zurückzuverfolgen, welche sprachlichen Bilder für die Stadt Bonn vor der Wahl zur Bundeshauptstadt und welche erst danach entstanden sind. Die meisten Begriffe lassen sich als Kakophemismen klassifizieren. Sie funktionieren ähnlich in der Kenntlichmachung der Asymmetrie zwischen dem Konzept Metropole und der als typisch markierten Provinzialität Bonns. Und so begleitet der Humor über das Provisorium die Stadt

**30** Vgl. Kein Brief McCloy's. Ein amerikanisches Dementi, in: Mettmann Zeitung, 4. 11. 1949, S. 1.

**31** Vgl. Klug sein und mundhalten, 26. 9. 1950, [www.spiegel.de/klug-sein-und-mundhalten-a-624e48c2-0002-0001-0000-000044449823](http://www.spiegel.de/klug-sein-und-mundhalten-a-624e48c2-0002-0001-0000-000044449823).

**32** Zit. nach Nino Galetti, Residenz am Rhein. Die Wahl von Bonn zur Bundeshauptstadt, in: Die Politische Meinung 4/2009, S. 25–29, hier S. 29.

**33** Vgl. z. B. Ein Rechenexempel, in: Mettmann Zeitung, 4. 11. 1949, S. 1.

**34** In der Öffentlichkeit funktionierte die Differenzierung zwischen Hauptstadt und Regierungssitz nicht durchgängig. Vgl. Städtisches Verkehrsamt Bonn (Anm. 20).

**35** Zur Rezeption von Bonn in der Gegenwartsliteratur vgl.

Jasmin Grande, „Specters of Bonn“. Zur Topologie der „Bonner Republik“ nach 1991, in: Gertrude Cepl-Kaufmann et al. (Hrsg.), Ende der Bonner Republik? Der Berlin-Beschluss 1991 und sein Kontext, i. E.

**36** Wirsching (Anm. 12), S. 696f.

**37** Apolis bei Rhöndorf (Anm. 28). Der Verfasser schreibt Carlo Schmid die Äußerung zu.

**38** Johannes Gross, Das capitale Minimum, in: Geo Special 6/1985, Hamburg 1985, S. 35–39.

**39** Dominik Geppert, Nation mit Bundesdorf, in: Thomas Großbölting/Rüdiger Schmidt (Hrsg.), Gedachte Stadt – Gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945–1990, Köln–Weimar 2015, S. 141–154.

und überbietet sich in der Bildung von Wortspielen in Verbindung mit Bonn. Der Bundespresseball greift dies bereits ab Mitte der 1950er Jahre auf und widmet die jährlichen Veranstaltungen einem Motto, das im begleitenden Presse-Almanach illustriert wird, so zum Beispiel Bonnfusionen (1954), Bonn ist eine Masse wert (1958), Bonn Aparte (1959), Bonn Quijote (1962), Bonne Mobile (1963), Bonnerwetter Parapluie (1966), Bonnjunktur (1970), Bonnarchie (1975), Bonnerbrüter (1979), Der Bonnformist (1981), Bonn Noir (1983) oder auch Bonn Endenich(t) (1990). Welche andere Stadt hätte vergleichbar den Spagat zwischen Städtebeschimpfung und invertierter Liebeserklärung nicht nur ertragen, sondern unterstützt? „Jedem Deutschen fehlt Berlin im Kopf“, titelt die Zeitschrift „magnum“ im Oktober 1959 und stellt rheinische Provinzialität

40 Karl Pawek, 55 Millionen Provinzler, in: magnum 26/1959, S. 32ff., hier S. 32.

dem Leben in Metropolen wie Berlin, Paris oder New York gegenüber. „Wie überwindet man die Provinz in der Provinz?“,<sup>40</sup> fragt der Herausgeber Karl Pawek, nur um festzustellen: Es ist nicht möglich. Konstitutiv für die Provinzialisierung Bonns über das Spannungsfeld des Provisoriums hinaus ist jedoch immer das Unterschlagen der künstlerischen und demokratischen Bewegungen in Stadtgesellschaft und Region – sei es zum Beispiel die Anbindung an die regionale Kunst- und Literaturszene, seien es Demonstrationen und Kundgebungen im Hofgarten, mit denen sich die Bevölkerung Gehör verschaffte.

### JASMIN GRANDE

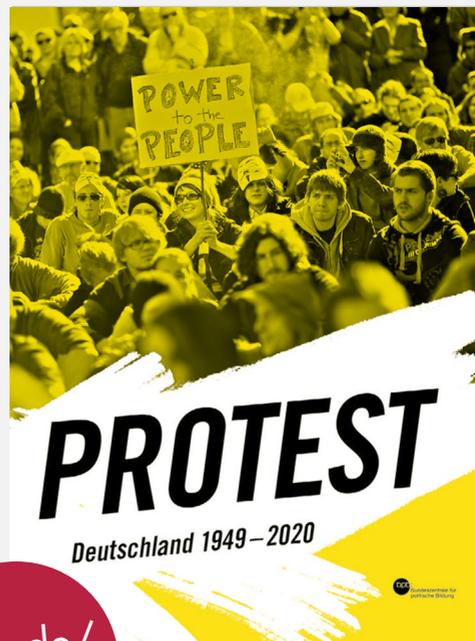
ist Literatur- und Kulturwissenschaftlerin. Sie ist Geschäftsführerin des Zentrums für Rheinlandforschung „Moderne im Rheinland“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Koordinatorin des dortigen Forschungsverbunds zur Bonner Republik.

## Protest

### Deutschland 1949–2020

Protest ist ein öffentlicher Widerspruch – auf der Straße und im Internet, mit Plakaten und Petitionen, schweigend und mit Sprechchören. Protest trägt dazu bei, die Gesellschaft zu verändern. Ohne ihn gäbe es keine Demokratie.

Das Zeitbild stellt grundlegende Fragen: Wer protestiert wie und zu welchen Themen? Wie ist das Verhältnis von Protest zur Öffentlichkeit und wie seine Wirkung? Über 110 Beiträge und hunderte Bilder rufen wichtige Protestereignisse, die damit verbundenen Konflikte, engagierte Menschen und ihre Motivationen in Erinnerung. Der Band ermöglicht so einen umfassenden Blick auf Protest und seine Geschichte in Deutschland.



bpb.de/  
shop

Bestell-Nr. 3934

# POLITIK AN TISCH UND TRESEN

## „Lokal-Politik“ in Bonn zu Hauptstadtzeiten

*Nicola Trenz*

„Über Wein und Essen sind wir uns näher gekommen“ – nein, hier geht es nicht um ein Date, sondern um politische Zusammenarbeit in der ehemaligen Bundeshauptstadt. Denn in Bonn, und wohl auch in vielen anderen Machtzentren damals wie heute, spielte sich Politik auch jenseits der offiziellen Örtlichkeiten ab: Kantinen- und Gaststättenbesuche, Kaffeepausen und Stehempfang sind ebenfalls Teil des politischen Alltags. Eine Situation verändert sich, wenn gemeinsam gegessen und getrunken wird. Das Eingangszitat stammt von der ehemaligen Grünen-Politikerin Margareta Wolf, die das Zusammenkommen von Abgeordneten der Grünen und der Union in den 1990er Jahren beschreibt. Im italienischen Lokal „Sassella“ im Bonner Stadtteil Kessenich waren nicht nur damalige politische Spitzen wie Bundeskanzler Helmut Kohl zu Gast. Im Weinkeller traf sich auch die „Pizza-Connection“, eine Gruppe junger PolitikerInnen der CDU und der Grünen, die sich über die damals tiefen Parteigräben hinaus kennenlernen wollte. Für die CDU waren beispielsweise Peter Altmaier, Norbert Röttgen und Armin Laschet dabei, Grüne-Mitglieder waren etwa Cem Özdemir, Matthias Berninger oder Volker Beck.<sup>01</sup> Gemeinsames Essen und Trinken bot einen ungezwungenen Rahmen zum Kennenlernen und für Austausch über politische Ideen, beschreibt Margareta Wolf:

*„Über Wein und Essen (...) sind wir uns näher gekommen und (...) haben uns wechselseitig auch gefragt, wie war denn deine Sozialisation, warum bist du so, wie du jetzt heute bist. Warum bist du in der Partei und warum bist du in der Partei. Also man hat sich wirklich darüber kennengelernt. (...) [I]ch glaube, dass auch diese Freundschaft so ne Vorbereitung für Schwarz-Grün ist, weil man ganz offen miteinander sprechen kann.“<sup>02</sup>*

Dieser Artikel beruht im Wesentlichen auf den Erkenntnissen meiner Masterarbeit, für die ich mehr

als 20 Interviews mit ZeitzeugInnen der Bonner Republik geführt und ausgewertet habe, darunter Abgeordnete, JournalistInnen, Lobbyisten und Mitarbeitende der Gastronomie. Die Kernfrage ist, welche Bedeutung gemeinsames Essen für die politische Kommunikation hat. Diese ist im basalen Wortsinn gemeint: Es geht um das Kommunizieren zwischen im weitesten Sinne an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Einzelpersonen. Dabei werden weder Staatsbankette noch andere formalisierte Ereignisse gemeinsamen Essens thematisiert, sondern informale Zusammenkünfte, bei denen gegessen und getrunken wurde, zumeist in der Gastronomie. Privater Gastlichkeit kam im Alltag des Bonner Hauptstadtbetriebs nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Das Informale spielt für die politische Kommunikation eine wichtige Rolle, die allerdings wissenschaftlich wenig beleuchtet ist.<sup>03</sup> Aufgrund mangelnder Transparenz werden politische Absprachen jenseits von Sitzungen und anderen offiziellen Arbeitsorten oft kritisch gesehen und pejorativ als „Hinterzimmerpolitik“ bezeichnet. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen aber, dass genau im ungezwungeneren Austausch ohne Öffentlichkeit die Stärke des informalen Kommunizierens liegt. Der Kritik ist außerdem entgegenzuhalten, dass Pläne und Vorhaben in aller Regel formal umgesetzt werden, spricht: Sie müssen gesetzeskonform sein beziehungsweise den normalen parlamentarischen Gesetzgebungsprozess durchlaufen.

Das hier untersuchte gemeinsame Essen und Trinken ist ein Teil dieses informalen politischen Handels und hat zunächst einen pragmatischen Grund: Das Bedürfnis nach Nahrung macht selbst vor den vollsten Terminkalendern nicht Halt. Dennoch spricht den Interviewten zufolge noch mehr dafür, sich in der Gastronomie und nicht zum Beispiel in einem Büroraum zu treffen, denn Essen beeinflusst den Charakter einer Zusammenkunft und damit auch das politische Kommunizieren. Ausgewählte Aussagen von

ZeitzeugInnen der Bonner Republik zeigen hier mehrere Merkmale gemeinsamen Essens für die politische Kommunikation auf, die sich allerdings nicht trennscharf voneinander unterscheiden.

## BEZIEHUNGSFESTIGUNG UND ABGRENZUNG

Die Pizza-Connection ist ein gutes Beispiel dafür, wie gemeinsames Essen dem Aufbau von Vertrauensverhältnissen dient. Die jungen Grünen- und CDU-Abgeordneten trafen sich bei „Sassella“ gewissermaßen auf neutralem Boden. Sie begegneten sich auf Augenhöhe. In einem Lokal treten Funktionen und Titel häufig in den Hintergrund, und anders als in Sitzungssälen gibt es seltener eine Sitzordnung. Das ermöglicht offenere Gespräche. Im Fall der Pizza-Connection, sicherlich einem sehr eng gefassten Beispiel, fand sogar eine Vergemeinschaftung der Mitglieder statt.<sup>04</sup> Hinzu kommt noch, dass sich alle das Essen geteilt haben. „Es kamen immer so Riesenplatten“,<sup>05</sup> erzählt Margareta Wolf. Es fand also keine Distinktion statt, in der beispielsweise eine Person das Teuerste, die andere das Günstigste und die Dritte fleischlos bestellt hat.

Bei der Pizza-Connection hat sich also eine neue Gemeinschaft im Kontext der Gastronomie gebildet. Die Bonner Republik bietet aber auch Beispiele für das Gegenteil, nämlich für Frak-

tionierung. So gab es die „Kanalarbeiter“, ein Kreis von SPD-Abgeordneten. Ihre Treffen in einem festen Stammlokal, zunächst die „Rheinlust“, später der „Kessenicher Hof“, waren jahrelang institutionalisiert, und es sei ebenso Politik besprochen worden wie Postenvergaben, sagt der ehemalige SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing (von 1977–1983 im Bundestag). Die Kanalarbeiter pflegten außerdem gemeinsame Rheinschiffahrten und ein traditionelles Spargelessen.

Die SPD-Linke, der sogenannte Leverkusener Kreis, war laut Thüsing damals eine weniger feste Gruppe ohne Stammkneipe. Die Mitglieder seien eher in linken Szenekneipen wie zum Beispiel der „Schumann-Klaus“ oder dem „Gambrinus“ unterwegs gewesen. Hier zeigt sich, dass der Raum und die Atmosphäre einer Gaststätte beeinflussen, inwiefern das Lokal ein Ort politischer Kommunikation war. An einem festen Stammtisch mit Sitzplätzen liegt es näher, semi-offizielle Vorgesprachen zu treffen, als stehend in einer beengten und lauten Kneipe, in der wechselnde Personenkombinationen üblich sind. Ein Lokal ist daher niemals nur ein Ort, an dem Hunger und Durst gestillt werden, sondern immer auch ein Raum, in dem soziales Handeln stattfindet – und unterschiedliche Lokale sind unterschiedlich sozial codiert.

## KENNENLERNEN

Gerade ungezwungene Kneipen oder parteiübergreifende Orte, wie etwa der Presseclub, bieten einen Rahmen, in dem Kontakte geknüpft und Begegnungen ermöglicht werden, die in anderen Räumen als unpassend empfunden würden.

Carl Otto Lenz, CDU-Bundestagsabgeordneter von 1965 bis 1984, sieht die wichtigste Bedeutung des gemeinsamen Essens und Trinkens darin, Gelegenheiten und eine Atmosphäre zu schaffen, die zu einem ungezwungeneren Umgang miteinander führen und Gespräche in Gang bringen. Er erläutert, dass die Besprechungen genauso gut im Büro stattfinden könnten, die Anbahnung der Gespräche aber nicht. Neben kulinarischen Treffen nennt er dabei auch die parteiübergreifende Fußballmannschaft „FC Bundestag“ und Abgeordneten-Fahrradtouren. Diese seien „als solche unpolitisch, aber die Tatsache, dass man da Leute kennengelernt hat, von denen man weiß, die interessieren sich für das Gleiche, die war schon politisch. Auf dem Gang ansprechen – das tust du nicht

**01** Vgl. Ralf Bosen, „Sassella“ wird 35, 1.7.2018, [www.dw.com/a-44481399](http://www.dw.com/a-44481399).

**02** Interview mit Margareta Wolf, zit. nach Nicola Trenz, Politik an Tisch und Theke. Wie in Bonner Kneipen große Politik gemacht wurde, Masterarbeit, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2021, ebenfalls erschienen 2021 im BonnBuch-Verlag, S. 176 ff. Erkenntnisse und indirekte Zitate aus dieser Arbeit sind nicht einzeln gekennzeichnet. Alle wörtlichen Zitate sind Verschriftlichungen aus Interviews. Die Mündlichkeit der Aussagen wurde in der Transkription beibehalten.

**03** Vgl. Manfred Schwarzmeier, Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag, Wiesbaden 2001, S. 14.

**04** Nach Max Weber ist Vergemeinschaftung eine soziale Beziehung, die auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl der Beteiligten beruht und nicht etwa rational auf einem gemeinsamen Zweck oder Ziel. Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 2002<sup>5</sup> [1921]. Zur kulinarischen Dimension vgl. Arnold Zingerle, Identitätsbildung bei Tische. Theoretische Vorüberlegungen aus kultursociologischer Sicht, in: Hans Jürgen Teuteberg/Gerhard Neumann/Alois Wierlacher (Hrsg.), Essen und kulturelle Identität. Europäische Perspektiven, Berlin 1997, S. 69–86, hier S. 80.

**05** Interview mit Margareta Wolf, zit. nach Trenz (Anm. 2), S. 176.

*bei einem, den du nicht kennst. Aber wenn du ihn kennst und weißt, was der macht und der hat einen Bezug zu dem Thema, was dich gerade beschäftigt, dann kannst du ihn ansprechen.*<sup>06</sup>

Hierzu passt auch die aus journalistischer Perspektive mehrfach beschriebene Gelegenheit, gewünschte GesprächspartnerInnen auf dem kleinen Dienstweg „abzufangen“, um an Informationen zu gelangen. „Man wusste, wo man wen auch treffen konnte“, beschreibt der Journalist Ansgar Burghof.

Der ehemalige CDU-Bundesminister Christian Schwarz-Schilling (von 1976–2002 im Bundestag) berichtet, dass informales Zusammenkommen auch genutzt wurde, um politische Einstellungen und mögliches Abstimmungsverhalten abzuklopfen. Er beschreibt beispielsweise, dass sein Staatssekretär Wilhelm Rawe vor strittigen Gesetzgebungsvorhaben abends in der Parlamentarischen Gesellschaft im lockeren Rahmen prüfte, wer aus der eigenen Fraktion beziehungsweise Koalition zustimmen wird und wer unsicher ist. Die Parlamentarische Gesellschaft ist eine Vereinigung, in der nur Abgeordnete beitreten können. In ihren Räumen konnten und können sie interfraktionell essen, trinken, tagen und verweilen. Schwarz-Schilling sieht in dieser „Kneipendiplomatie“ auch eine politische Fertigkeit.

## SITZUNGSSAAL VS. GASTSTÄTTE

Ansgar Burghof beschreibt den Unterschied zwischen Treffen im Sitzungssaal oder in der Gastronomie so: *„Wenn du in eine Sitzung gehst, hast du eine Agenda und meistens einen zeitlichen Rahmen, in dem du bestimmte Dinge diskutieren musst und entscheiden musst. Und das führt dazu, dass der Rahmen eher steif, eher förmlich (...) ist. Und in dem Augenblick, in dem man diesen Rahmen verlässt, und man geht in ein Restaurant oder man sitzt am Tisch und isst zusammen, dann löst sich (...) diese Strenge auf und dann wird es – ich sage das mal in Anführungsstrichen – dann wird es „menschlicher“. Dann (...) kommen plötzlich auch Themen auf den Tisch, die möglicherweise formal (...), in einem Sitzungssaal gar nicht auf den Tisch kämen. Und das, das macht im*

**06** Interview mit Carl Otto Lenz, zit. nach Trezz (Anm. 2), S. 121.

*Grunde genommen das Spannende aus, dass die Atmosphären in Kneipen, in Restaurants oder in Nicht-Sitzungssälen eben lockerer sind, und gerade deshalb (...) dazu beitragen, dass gerade dort es zu politischen Entscheidungen kommt.*<sup>07</sup>

Durch Geselligkeit werden formale Verhandlungsdynamiken aufgebrochen, sodass Handlungsspielräume entstehen. Zum Beispiel gibt es weniger Druck, unmittelbar einen Verhandlungserfolg vorzuweisen. Außerdem können bei informalen Zusammenkommen die politische Funktion und die Parteimeinung eher in den Hintergrund treten, anders als zum Beispiel in Ausschüssen oder öffentlichen Debatten. Hinter verschlossenen Türen ist ein offenerer Austausch möglich. Konflikte können so vorgebeugt werden. Sie werden mit weniger Gesichtsverlust gelöst, und Kompromisse können leichter geschlossen werden. Laut Burghof erzeugen Gaststätten eine Nähe, die im politischen Geschäft notwendig ist.

Burghofs Aspekt, dass Politik an Tisch und Theke „menschlicher“ wird, benennt auch Klaus Thüsing. Gesellschaftlicher beziehungsweise außerparlamentarischer Kontakt beispielsweise in Kneipen oder Clubs ist ihm zufolge „ganz ganz wichtig und entscheidend“. Man lerne andere Meinungen kennen und die anderen Abgeordneten auch menschlich schätzen. Es sei wichtig, in „menschlichen Kategorien“ zu denken und trotz politischer Gegensätze nicht in ein Diffamierungsschema zu verfallen. Austausch jenseits von Sitzungen und Tagesordnungen fördert den Aufbau von Vertrauensverhältnissen, die es für das formale politische Handeln ebenso braucht wie für das informale. Dem Soziologen Niklas Luhmann folgend finden sich die Relevanz und das Bilden von Vertrauensverhältnissen besonders stark in sozialen Zusammenhängen, die dem „Gesetz des Wiedersehens“ folgen.<sup>08</sup> Das politische Bonn war allein durch seine räumliche Nähe ein solcher Ort.

## NÄHE UND VERTRAULICHKEIT

Nähe – das ist das Stichwort, das in fast keinem der Interviews über das politische Bonn fehlt. Die

**07** Interview mit Ansgar Burghof, zit. nach Trezz (Anm. 2), S. 230.

**08** Vgl. Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Konstanz–München 2014<sup>5</sup>, S. 46.

Bonner Republik war geprägt von einer geografischen Nähe der Institutionen und somit auch der politischen AkteurInnen. Man lief sich über den Weg. Auch das politische Essen konzentrierte sich letztlich auf wenige Gaststätten. Eindeutiger Tenor der Gespräche ist, dass die BonnerInnen gegenüber dem politischen Bonn eine gewisse Diskretion wahrten, auch in den Gaststätten.

Dennoch liegt es nahe, zu vermuten, dass die Gastronomie kein Ort für vertrauliche Themen war. Hierzu zeigten die Interviews aber eine interessante Ambivalenz. Denn gerade in den Anfängen der Bonner Republik hatten Abgeordnete nicht unbedingt ein Büro für sich alleine. Auch boten die Gaststätten und Kneipen eine räumliche Distanz zum Büroalltag mit ständig klingelndem Telefon oder anderen Störungen. Verabredungen zum Essen hatten zudem den Vorteil, dass der eventuell dahinterstehende Grund für das Treffen vorab nicht klar kommuniziert werden muss, das Essen also als Vorwand dient.<sup>09</sup> Manche der WirtInnen gewährleisteten außerdem eine gewisse Vertraulichkeit. Über das italienische Lokal „Cäcilienhöhe“ beispielsweise, das unter anderem Helmut Kohl gerne besuchte, sagt Kohls ehemaliger Mitarbeiter Stephan Eisel: *„Normalerweise, (...) wenn man sich mit jemandem getroffen hat oder auch mit dem Kohl irgendwo hin ist, gings ja dadrum auch ungestört zu sein und nicht am Nachbartisch mit großen Ohren belauscht zu werden. (...) [D]ann hat der Bruno [Pierini, Betreiber des Lokals] auch drauf geachtet, dass sich jetzt nicht drei Journalisten am Nebentisch dort befinden und da gabs auch immer, sagen wir mal son Vertrauensverhältnis, ne? Auch die Wirte haben das ihrerseits nicht ausgenutzt und haben jetzt nicht Werbung damit gemacht, zu mir kommt ständig der Bundeskanzler.“<sup>10</sup>*

Gleichzeitig berichtet Eisel aber auch, dass besonders vertrauliche Gespräche nur im eigenen Büro geführt worden sind.

## BEEINFLUSSUNG

Inwiefern dienten Essenseinladungen auch als Lockmittel? Mehrere GesprächspartnerInnen er-

zählten, dass das erwartete kulinarische Angebot bei oder nach einer Veranstaltung durchaus mitentscheidend sein konnte, zu welchen Terminen man ging. Hubert Kleinert, Grünen-Abgeordneter in den 1980er Jahren, berichtet zum Beispiel, er habe als junger Abgeordneter durchaus mal Reden „über sich ergehen lassen“,<sup>11</sup> weil er abends nichts anderes vorhatte und es dort gutes Essen gab.

Mehrere interviewte Lobbyisten sagten, dass mit der Auswahl eines Lokals erreicht werden müsse, dass sich der oder die Eingeladene wohlfühlt und somit der Lobbyvertreter möglichst lange Zeit für sein Anliegen hat. Einflussnahme erfolgte also häufig über die passende Atmosphäre. Die Interviews mit Lobbyisten machen deutlich, dass die Auswahl einer passenden Gaststätte zum festen Instrumentarium ihrer Tätigkeit gehört.

*„Die Landesvertretungen haben abends ja eigene Veranstaltungen gemacht und da kriegte man dann Einladungen. (...) Wir sowieso von der ARD, wir wurden immer gern gesehen und hofiert, in der Hoffnung, dass wir dann auch in der Tagesschau darüber berichten [lacht]. Also es gab sehr, sehr viele Einladungen. Man hätte sich komplett durchfüttern können die ganze Zeit. Und im Presseclub, oder auch woanders gab es natürlich auch Verbände, Verlage, die dort ihre Präsentationen machten, ihre Diskussionen. (...) Sehr berühmt berüchtigt waren immer die Weihnachtsessen. Also, jeder Minister hat dann zu Weihnachten Weihnachtsessen gemacht für die Journalisten.“<sup>12</sup>*

Dieser Eindruck von ARD-Journalistin Johanna Holzauer (tätig von 1985–2000) beschreibt die Ess- und Trinklandschaft im journalistischen Bonner Hauptstadtag vor allem mit Blick auf die Landesvertretungen. Diese dienen bis heute als Interessenvertretung und Repräsentation der Bundesländer. In dieser Funktion waren sie in Bonn Teil der politischen Kommunikationskultur und ermöglichten durch Einladungen zu Pressefrühstücken, Ausstellungen, Konzerten, Themenabenden und Festen mehr oder weniger

<sup>09</sup> Vgl. Clemens Albrecht, *Sozioprudenz. Sozial klug handeln*, Frankfurt/M.–New York 2020, S. 165.

<sup>10</sup> Interview mit Stephan Eisel, zit. nach Trenz (Anm. 2), S. 212.

<sup>11</sup> Interview mit Hubert Kleinert, zit. nach Trenz (Anm. 2), S. 164.

<sup>12</sup> Interview mit Johanna Holzauer, zit. nach Trenz (Anm. 2), S. 245.



Oktoberfest in der bayerischen Landesvertretung in Bonn, 12. 9. 1974

Quelle: picture-alliance / Sven Simon | Sven Simon

informale Begegnungen.<sup>13</sup> Solche Zusammenreffen, bei denen auch gegessen und getrunken wurde, brachten ein hohes soziales Kapital mit sich.<sup>14</sup> Um an Informationen zu gelangen, aktuelle Themen mitzukriegen und Kontakte zu pflegen, spielten sie gerade für JournalistInnen eine wichtige Rolle. Anekdotisch beschreibt Holzhauser: *„Sehr viel Furore hat gemacht, als Oskar Lafontaine, damals Ministerpräsident, als er so einen Sternekoch angestellt hat in der Landesvertretung Saarland. (...) Vorher waren [sic] ja die Gastronomie eher so ne bodenständige. (...) Es gab immer Äppelwoi bei den Hessen (...) oder Bremen hat natürlich klar immer mit Krabben oder so eingeladen und dann kam dieser Spitzenkoch (...). Das hat natürlich super Furore gemacht, sozusagen: Ist das nötig, ist das Geldverschwendung und Lafontaine hat dann argumentiert: Nein, wir müssen doch unser Land*

*mit seinen kulinarischen Spitzenprodukten auch präsentieren.“<sup>15</sup>*

Ein besonderes Essen führte sicherlich nicht unmittelbar zu einer bestimmten Berichterstattung – es führe aber durchaus vielleicht zu Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema.

## ABLENKUNG UND ALKOHOL

Die allermeisten genießen es wohl, wenn die Atmosphäre stimmig ist und das Essen gut. Mehrere Interviewte beschreiben, dass das Zusammenkommen bei Essen und Trinken für Ablenkung oder Erholung sorgte. Dabei ist die besondere Lebenssituation der Abgeordneten zu bedenken. Sie lebten in der Regel in den Nicht-Sitzungswochen in ihrer Heimat mit ihren Familien, in den Sitzungswochen in Bonn in eher spartanischen Verhältnissen ohne vertrautes persönliches Umfeld. Gerade in den Anfangsjahren der Bonner Republik bewohnten sie oft Gästezimmer von

<sup>13</sup> Vgl. Stiftung Haus der Geschichte/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn – Orte der Demokratie. Der historische Stadtführer, Bonn 2014, S. 21 f.

<sup>14</sup> Vgl. Michaela Fenske, Grünkohl mit Pinkel. Alltagskost als politisches Instrument, in: dies. (Hrsg.), Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 2010, S. 261–280.

<sup>15</sup> Interview mit Johanna Holzhauser, zit. nach Trezn (Anm. 2), S. 245ff.

Privathäusern, die nicht unbedingt eine Möglichkeit zum Kochen boten – sofern die mehrheitlich männlichen Abgeordneten dies überhaupt gekonnt oder getan hätten. Auch Kontaktmöglichkeiten zur Familie waren selbstredend eingeschränkter als in der Gegenwart. Nicht umsonst waren abendliche Skatrunden beliebt, zum Beispiel in der Parlamentarischen Gesellschaft.

Ab und zu erwähnten die Interviewten, dass die Nahrungsaufnahme als solche die Stimmung hob, viel mehr aber noch der Alkohol: *„Es wurde schon relativ viel gesoffen, das ist schon wahr. (...) Also nicht, dass Sie denken, dass alle immer besoffen gewesen wären, aber natürlich hat es den ein oder anderen Abend gegeben auch in der ‚Provinz‘, wo man mal ein Glas mehr trank. Und wenn man so zusammensaß, dann wird die Zunge lockerer, dann wird die Rücksicht geringer, die Vorsicht vielleicht auch, dann entstehen auch Ideen, man lacht, das ist dann alles halb ernst gemeint, aber dann irgendwie doch nicht ganz unernst usw. Da ist der Alkohol natürlich hilfreich. (...) Ich will jetzt hier nicht das Saufen verteidigen, aber das ist schon für vieles hilfreich gewesen.“*<sup>16</sup>

Der damalige Grünen-Politiker Hubert Kleinert nimmt Bezug auf die kleine Gaststätte „Provinz“, die Mittag- und Abendessen anbot, aber auch die Feierabendkneipe einer linken Klientel war.<sup>17</sup> Er betont die enthemmende und damit kommunikationsfördernde Wirkung von Alkohol. Ähnlich klingt es bei Erwin Drescher-Maternus, jahrzehntelanger Koch im Godesberger Traditions-Speiselokal „Weinhaus Maternus“.<sup>18</sup> Er beschreibt, wie Gruppen zum Mittagessen zu ihm kamen: „Wenn die nicht klar kamen, dann sind sie halt zum Essen gegangen, und hinterher war alles klar. Aber da half dann auch ne Flasche Wein mit.“<sup>19</sup> Rituale wie das Zuprosten oder Brüderschaftstrinken können dabei ebenfalls Verbundenheit demonstrieren.<sup>20</sup>

**16** Interview mit Hubert Kleinert, zit. nach Trenz (Anm. 2), S. 160.

**17** Vgl. Sebastian Meltz, *Erinnern Sie sich an diese Bonner Kultkneipen?*, 7. 12. 2020, <https://ga.de/-54979253#Von-der-Provinz-bis-ins-Kanzleramt>.

**18** Vgl. Michael Wenzel, *Vor 100 Jahren wurde die berühmte Wirtin geboren*, 5. 10. 2014, <https://ga.de/-42069665>.

**19** Interview mit Erwin Drescher-Maternus, zit. nach Trenz (Anm. 2), S. 275.

**20** Vgl. Thomas Wieke, *Der Mensch isst nicht gern allein. Kleine Kulturgeschichte*, Darmstadt 2014, S. 45.

Auch die kulturelle Bedeutung der verschiedenen alkoholischen Getränke ist hier relevant. Etwa, wenn Abgeordnete aus Weinanbaugebieten in der Hauptstadt ihren Heimatwein trinken und bewerben, oder ob ein Abgeordneter edlen Wein in entsprechender Atmosphäre oder Bier in der Kneipe trinkt. Es kann Ausdruck eines Selbstbildes oder einer gewünschten Außenwahrnehmung sein. Wie überall in der Gesellschaft war es auch im Bonner Hauptstadtalltag sehr üblich, Alkohol zu trinken – auch tagsüber im Büro oder bei Ausschusssitzungen. Interessanterweise unterscheiden sich bei den verschiedenen Befragten auch die Einschätzungen rund um den Alkohol. Während einerseits Suchtproblematiken, unter anderem wegen der Einsamkeit durch die Lebensweise, sehr deutlich genannt werden, wird Alkoholkonsum andererseits nicht als besonderes Thema bewertet.

## SCHLUSS

Ob in spontan entstehenden Gesprächssituationen oder in geplanten Verabredungen: Beim Essen und Trinken werden Informationen ausgetauscht, politische Standpunkte klargestellt, Gemeinsamkeiten entdeckt, politische Grundfragen erörtert, Posten vergeben, Verhandlungen geführt oder es werden im Vorfeld zu formalen Verhandlungen Konflikte ausgeräumt. Gemeinsames Essen ist als Kommunikationshandlung und Symbolträger Ausdruck und Regulativ sozialer Verhältnisse und kann ein Akt der Vergemeinschaftung ebenso wie ein Akt der Abgrenzung sein.<sup>21</sup> Gaststätten sind also ein politischer Kommunikationsort und können auch informale Entscheidungszentren sein.

Die Art der Nahrung spielt eine untergeordnete Rolle. Vielmehr sind es die mit Gaststätten zusammenhängenden Eigenschaften, die für die politische Kommunikation von Bedeutung sind: eine andere Atmosphäre, eine andere soziale Codierung als bei einem Termin in einem Büro oder

**21** Vgl. Jianbin Wang, *Gastlichkeit auf diplomatischer Bühne. Politische Mahlzeiten in der Sicht eines Dolmetschers*, in: Regina F. Bendix/Michaela Fenske (Hrsg.), *Politische Mahlzeiten. Political Meals*, Berlin 2014, S. 169–181, hier S. 173f.; Klaus Hock, *RELIGION MACHT ESSEN/TRINKEN. Religionswissenschaftliche Randbemerkungen*, in: Ludmila Lutz-Auras/Pierre Gottschlich (Hrsg.), *Aus dem politischen Küchenkabinett. Eine kurze Kulturgeschichte der Kulinarik. Festschrift zum 65. Geburtstag von Jakob Rösler*, Baden-Baden 2013, S. 69–90, hier S. 73.

Sitzungssaal. Auch entlastet eine Verabredung zum Essen davon, den eigentlich dahinterliegenden Grund des Treffens von Beginn an kommunizieren zu müssen. Gemeinsames Essen trägt ebenso zur Erholung der Einzelnen wie zur Entspannung einer Situation bei. Viele der Befragten sehen eine größere Offenheit als Vorteil, woran auch alkoholische Getränke nicht immer unbeteiligt sind.

Gemeinsame Mahlzeiten beeinflussen den Charakter einer Zusammenkunft und damit auch das politische Kommunizieren. Somit sind sie Teil der politischen Kommunikation und des informalen politischen Handelns. Wie groß die Bedeutung ist, lässt sich nur schwer messen. Mit Blick auf die geführten Interviews finden sich jedoch viele Anzeichen dafür, dass die „Lokal-Politik“ eine wichtige Rolle spielt. Aber: Für die Interviews zu dieser Untersuchung gab es auch viele Absagen mit der Begründung, man könne zu dem Thema nichts beitragen. Offen ist, ob für die Absagenden die Gastronomie als politischer Ort wirklich keine Rolle spielte oder ob sie sich gar nicht bewusst waren, dass auch das Teil ihrer politischen Arbeit gewesen war.

Es ist selbsterklärend, dass nicht nur das Essen Einfluss auf die politische Kommunikation hat, und ebenso findet politische Kommunikation nicht ausschließlich in Gaststätten statt. Beteiligte des politischen Betriebs nutzen gemeinsames Essen gewissermaßen als Handwerkszeug, dessen Beherrschung ihre Arbeit erleichtert. Die Auswertung der Interviews und auch die Absagen haben aber demonstriert, dass Abgeordnete auch ohne dieses Instrument politisch handeln können. Sie können, um im Bild zu bleiben, auch mit anderen Werkzeugen zum Ziel kommen. LobbyistInnen und JournalistInnen sind in ihrem Arbeitsalltag deutlich stärker auf Möglichkeiten der informalen Kommunikation im kulinarischen Rahmen angewiesen.

Viele der herausgearbeiteten Eigenschaften gemeinsamen Essens unterscheiden sich in anderen westlichen Machtzentren wohl nicht, gewiss gibt es im Einzelnen aber Unterschiede. Spezifisch für Bonn sind unter anderem die räumliche Nähe und Vertrautheit. Oft ergänzten die GesprächspartnerInnen den Zusatz, dass dies heute in Berlin anders sei – nicht ohne Grund wird auch vom „Bundesdorf“ Bonn gesprochen. Die

se räumliche Nähe ist unabdingbar, um informelle politische Prozesse der jungen Bundesrepublik begreifen zu können. Zur Verdeutlichung: Es gab in dem Radius, in dem sich der politische Betrieb in Bonn bewegte, nur wenig Gastronomie. In diesen Gaststätten haben sich, besonders in den frühen Jahren der Bonner Republik, alle versammelt, die Lust auf ein Feierabendbier hatten, die Mittagessen wollten oder die abends nach Feierabend Hunger hatten, bei denen zu Hause niemand mit Essen auf sie wartete und die nicht selbst kochen wollten oder konnten. PolitikerInnen jeder Partei, JournalistInnen, LobbyistInnen und andere politisch Tätige haben sich also in der jungen Bonner Hauptstadtzeit in den wenigen Gaststätten getroffen – ob sie wollten oder nicht. Man war sich nah. Diese Nähe macht Politik vertrauensvoller, führt zu zwischenmenschlichen Beziehungen und einem guten Umgang miteinander: Sie macht die Politik menschlicher.

Bei aller berechtigten Kritik an der Undurchsichtigkeit informeller politischer Prozesse: Im öffentlichen Diskurs sollte die Gefahr schädlicher Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung nicht damit in einen Topf geworfen werden, dass insbesondere PolitikerInnen sich untereinander als Menschen und Kollegen verstehen. Die Grenzen dazwischen verlaufen zwar fließend, und die gesamte Thematik muss stets kritisch beobachtet werden, aber dennoch ist festzuhalten, dass respektvoller Umgang und gegenseitiges Verständnis politischen Prozessen genauso wenig schaden wie allen anderen zwischenmenschlichen Kontakten.

Die Nähe und Kommunikation in Gaststätten, in denen sich Mitglieder verschiedener Parteien begegneten und in denen sich Mandatsträger als Menschen kennenlernten, hatte in der jungen Bundesrepublik einen Anteil daran, dass sich keine unüberwindbaren Gräben bildeten, dass Abgeordnete nicht zu Feinden wurden, dass „Bonn nicht Weimar“ wurde.<sup>22</sup>

## NICOLA TRENZ

ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin und lebt in Bonn.

<sup>22</sup> Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956.

# Der APuZ-Podcast

1 Thema, 30 Minuten, jeden 1. Mittwoch im Monat



Im Podcast »Aus Politik und Zeitgeschichte« suchen wir Antworten aus unterschiedlichen Perspektiven – von Historikerinnen, Politikwissenschaftlern und Soziologen, Wirtschaftsexpertinnen und Juristen, aber auch Weltraumforschern, Stadtplanerinnen und Literaten.

In jeder Folge geht es 30 Minuten lang um ein komplexes Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend. Moderiert von Holger Klein.

[bpb.de/apuz-podcast](https://bpb.de/apuz-podcast)  
und überall, wo Sie Podcasts hören.

# BONN – EIN HISTORISCHES STADTPORTRÄT

Norbert Schloßmacher

Die englische Schriftstellerin Ann Radcliffe (1764–1823), bekannt geworden als Autorin von Schauerromanen, schrieb über ihren Besuch am Rhein im Sommer 1794: „[Bonn] might be considered as a happy region in the midst of ignorance, injustice and misery“.<sup>01</sup> Radcliffe unternahm ihre Reise in einer Epoche gewaltiger Umbrüche, während der die Stadt Bonn ihre prägende und dominierende Funktion als Haupt- und Residenzstadt des Kurfürstentums Köln verlor, ein Vorgang, der sich zwei Jahrhunderte später wiederholen sollte.

## BIS ZUM ENDE DER RÖMERZEIT

Die ältesten menschlichen Spuren, die im heutigen Bonner Stadtgebiet<sup>02</sup> gefunden wurden, sind etwa 50 000 Jahre alt: ein Dutzend Faustkeile aus der älteren Altsteinzeit, gefunden im Bad Godesberger Ortsteil Muffendorf. Archäologen sind auch für die Zeit danach immer wieder auf Überreste prähistorischer menschlicher Existenz im Bonner Raum gestoßen.

Der Ortsname ist bislang noch nicht entschlüsselt worden. „Bonn“ mag keltischen Ursprungs und von den späteren Bewohnern übernommen worden sein. Die Stadt liegt im Süden der Kölner Bucht am Übergang vom Mittelrhein zur Niederrheinischen Tiefebene, begrenzt im Osten durch den Rhein und westlich durch den Rand der Eifel und des Vorgebirges. Im Bereich der heutigen linksrheinischen Eisenbahntrasse und im Norden der späteren Stadt lag ein nur zeitweise wasserführender Altrheinarm, die Gumme, der der Siedlung Schutz bot. Rechtsrheinisch prägt das Siebengebirge mit seinen Ausläufern die Landschaft.

Mit der Eroberung Galliens mit dem Rhein als natürlicher Ostgrenze durch den römischen Feldherren und späteren Staatsmann Gaius Julius Cäsar beginnt die Geschichte der Region greifbarer zu werden: In das Jahr 54 v. Chr. fällt die vernichtende Niederlage der auch im Bonner Raum ansässigen keltischen Eburonen.<sup>03</sup> Wohl schon um 12 v. Chr.

wurde eine erste römische Militäreinheit in dem mittlerweile von germanischen Ubiern besiedelten späteren Bonner Stadtgebiet stationiert. Dieses Lager bestand mehrere Jahrzehnte, seine Ausdehnung lässt sich am Verlauf von Stockenstraße, Markt und Wenzelgasse bis heute nachvollziehen. Für die um 43 n. Chr. von Köln nach Bonn verlegte Legion wurde nördlich des heutigen Stadtkerns nahe dem Rhein ein neues, 27 Hektar umfassendes Lager errichtet. Auch dessen Ausmaße lassen sich noch im heutigen Stadtplan verfolgen: Die Straßen Rosental, Graurheindorfer Straße, Augustusring sowie der Leinpfad am Rheinufer markieren den Verlauf der alten Umfassungsmauern. Der zunächst mittels einer Holz-Erde-Konstruktion befestigte und im Innern mit Fachwerkbauten besetzte Stützpunkt wurde nach dem Bataveraufstand der Jahre 69/70, einer Revolte überwiegend germanischer Stämme gegen die römische Besatzung, durch eine massive Steinanlage ersetzt.

Südlich des Legionslagers, im Bereich der heutigen Bonner Innenstadt, entstand die zivile Lagervorstadt (*canabae legionis*). Weiter südlich, bis ins spätere Regierungsviertel hinein, entstand eine Zivilsiedlung (*vicus*). Entlang der damaligen Provinzialstraße Mainz-Köln, die im Wesentlichen dem Verlauf der heutigen B9 entspricht, wurden Gräber angelegt. Bis zu 17 000 Menschen, darunter etwa 7 000 Angehörige des Militärs, lebten im 2. Jahrhundert in Bonn, ein Vielfaches der späteren Bevölkerung im Mittelalter. In der näheren und weiteren Umgebung wurden Gutsbetriebe und *villae rusticae* angelegt, die über ein ausgebauten Wege- und Straßennetz mit der Garnison verbunden waren; Ortsnamen von Bonner Stadtteilen wie Eendenich, Kessenich oder Lessenich gehen auf römische Ursprünge zurück.

Einfälle der Franken ab Mitte des 3. Jahrhunderts waren Vorboten des Endes der Römerzeit am Rhein. Bis zur Regierungszeit Kaiser Konstantins des Großen (306–337) war die Bonner Bevölkerung einschließlich des Militärs auf wenige

Tausend geschrumpft, die nun sämtlich innerhalb des Lagerbereichs lebten. Ihre Toten bestatteten sie nicht mehr entlang der Ausfallstraßen, sondern im Bereich der früheren Lagervorstadt bis hin zum heutigen Münster. Trotz der immer schwächer werdenden römischen Präsenz am Rhein behauptete sich die Administration noch bis zur Mitte des 5. Jahrhunderts, ehe die Herrschaft endgültig und ohne größere Kämpfe an fränkische Kleinkönige übergang.

In welchem Maße das Christentum am Rhein bereits zu dieser Zeit Fuß gefasst hatte, ist ungewiss. Der erste namentlich bekannte Kölner Bischof war Maternus, erwähnt für das Jahr 313. In Bonn entstand Ende des 4. Jahrhunderts der erste christliche Sakralbau. Er befindet sich unterhalb der Krypta der im heutigen Zentrum gelegenen Münsterkirche. Ob die noch darunter gelegene *cella memoriae*, eine in das Ende des 3. Jahrhunderts zu datierende Totengedenkstätte, schon christlicher Natur war, ist nicht gesichert. In jedem Fall besteht an diesem Ort eine Kultkontinuität, die an die Märtyrer der Thebäischen Legion erinnert, welche der Legende nach unter Kaiser Diokletian (284–305) verfolgt und ermordet wurden; ihr verdankt Bonn ihre bis heute verehrten Stadtpatrone Cassius und Florentius – später ergänzt um Mallusius.

## BIS ZUM ENDE DES MITTELALTERS

Im 6./7. Jahrhundert wurde die spätantike Grabkirche durch einen größeren Neubau ersetzt, dem eine Klerikergemeinschaft angeschlossen war und der als *basilica sanctorum Cassii et Florentii sociorumque eorum sub oppido castro Bonna* 691/92 erstmals in den Quellen erscheint.<sup>04</sup> Hieraus entwickelte sich das Cassiusstift mit seiner bis heute das Stadtbild prägenden Kirche: das Münster. Der Kern des Baus reicht zurück in das 11. Jahrhun-

dert. Die um 1150 vollendete Ostapsis, ein „rheinischer Etagenchor“ mit abschließender Zwerggalerie, wirkte stilbildend. Der aus der selben Epoche stammende Kreuzgang gilt als einer der besterhaltenen im Rheinland. Beides entstand in der Ägide von Propst Gerhard von Are, dem bedeutendsten Vorsteher des Stifts im Mittelalter. Überhaupt zählte der Propst des Bonner Cassiusstifts zu den vornehmsten und als gleichzeitiger Archidiakon zu den einflussreichsten Prälaten; seine Kirche war der geistliche Mittelpunkt der Südhälfte des Erzbistums Köln. Das Bonner Münster insgesamt präsentiert sich seit der Mitte des 13. Jahrhunderts in seiner heutigen Form.<sup>05</sup> Zwei Königskronungen – Friedrich der Schöne (1314) und Karl IV. (1346) – und die Grablegen von vier Kölner Erzbischöfen sprechen für den hohen Rang dieses Gotteshauses.

Der bisherige mit dem Namen Bonn verbundene Siedlungsschwerpunkt im Bereich des früheren Legionslagers (*Castrum Bonna, Bonnburg*) verlagerte sich etwa um die erste Jahrtausendwende nach Süden – und zwar in die Umgebung des Cassiusstifts und in eine benachbarte zum Rhein hin orientierte Ortschaft. Diese zunächst getrennten Bereiche verschmolzen und verfügten am Ende des 13. Jahrhunderts über Stadtrechte. Bonn war mit Mauern und Türmen befestigt, besaß einen Markt, führte ein Siegel und übte Selbstverwaltung. Die Stadt gehörte zum weltlichen Territorium der Kölner Erzbischöfe, dessen zentraler Teil sich als breiter Streifen links des Rheins vom nördlichen Niederrhein bis in den Raum südlich von Bonn erstreckte.<sup>06</sup>

Die Pfarrkirchen (Remigius, Martin, Gangolf sowie Johann Baptist und Petrus) bildeten mit dem Cassiusstift, dem Frauenstift Dietkirchen, dem Frauenkloster Engelthal sowie dem Konvent der Minoriten, um nur die wichtigsten Einrichtungen zu nennen, die *Bonna sacra*. Auch im Bonner Umland bestanden entsprechende Gemeinschaften, wie das Frauenstift Schwarzherrndorf (Gründung 1151) mit seiner kunstgeschichtlich bedeutsamen Kirche. Im benachbarten Vilich war bereits 978 ein Kloster – später Stift – gegründet worden, deren erste Äbtissin Adelheid 1966 heiliggesprochen und zur weiteren Bonner Stadtpatronin erkoren wurde. Auf ihr Wirken geht der alljährlich stattfindende „Pützchens Markt“ zu-

**01** Ann Radcliffe, *A Journey Made in the Summer of 1794 Through Holland and the Western Frontier of Germany*, Dublin 1795, S. 133.

**02** Die heutigen Stadtbezirke Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg wurden erst 1969 mit der Stadt Bonn zusammengeschlossen.

**03** Vgl. hierzu und zum Folgenden Manfred van Rey (Hrsg.), *Bonn von der Vorgeschichte bis zum Ende der Römerzeit, Geschichte der Stadt Bonn*, Bd. 1, Bonn 2001.

**04** Vgl. Josef Niessen, *Geschichte der Stadt Bonn*, Bd. 1, Bonn 1956; Manfred van Rey, *Studien zur Geschichte von Bonn im Früh- und Hochmittelalter. Stifte, Klöster und Pfarreien*, Bonn 2019; ders., *Studien zur Geschichte von Bonn. Von der Merowingerzeit bis in die ersten Jahrzehnte des 14. Jahrhunderts*. Stadt, Land, Fluss, Bonn 2022.

**05** Vgl. Jürgen Kaiser, *Das Bonner Münster. Geschichte – Architektur – Kunst – Kult*, Regensburg 2002.

**06** Für den Gesamtzusammenhang vgl. Wilhelm Janssen, *Kleine Rheinische Geschichte*, Düsseldorf 1997.

rück, eines der größten Volksfeste am Rhein. Der Deutsche Orden besaß seit dem 13. Jahrhundert zwei Niederlassungen (*Kommenden*) im Bonner Raum, nämlich in Ramersdorf und in Muffendorf. Der am Rand von Godesberg seit etwa 1200 bestehende Frauenkonvent wurde im 15. Jahrhundert in ein Birgittenkloster umgewandelt.

Mehr noch als Kirchen und Klöster gelten Burgen als Symbole des Mittelalters. Bonn war von einem ganzen Kranz derartiger Bauten umgeben: Die Godesburg zählte mit der Wasserburg Poppelsdorf, die beide 1583 zerstört wurden, und dem „erzbischöflichen Haus“, dem Vorgängerbau des späteren Kurfürstlichen Schlosses, zu den Plätzen in der Stadt, die der Kölner Erzbischof als Landesherr sein Eigen nannte und wiederholt aufsuchte.

Köln war es bis zum Ende des 13. Jahrhunderts gelungen, sich als Freie Reichsstadt dem weltlichen Einflussbereich des Erzbischofs zu entziehen. Bonn entwickelte sich nun zur wichtigsten Stadt des Kurfürstentums, das nach der endgültigen Bestätigung der Kölner Erzbischöfe als Königswähler eine Art Nobilitierung erfuhr.<sup>07</sup> Zwar stand die im Spätmittelalter vielleicht 3000 bis 4000 Einwohner zählende Stadt wirtschaftlich gänzlich im Schatten der Metropole Köln, doch besaß auch Bonn ein differenziertes Gewerbe, war zentraler Markt für das Umland und unterhielt, wenngleich vergleichsweise bescheidene, Fernhandelsbeziehungen. 1525 war die Kanzley, das Herz der staatlichen Verwaltung, von Brühl nach Bonn verlegt worden, 1597 erschien Bonn in einer „Rat- und Kanzley-Ordnung“ erstmals auch offiziell als Haupt- und Residenzstadt der Kurfürsten und Erzbischöfe von Köln.<sup>08</sup>

## BIS ZUM ENDE DER FRÜHEN NEUZEIT

Das Kurfürstentum Köln und seine Hauptstadt Bonn erlebten im 16. Jahrhundert zwei geschei-

**07** Die Bedingungen für die Wahl und Krönung römisch-deutscher Könige und Kaiser finden sich in der Goldenen Bulle von 1356.

**08** Kurfürstentum bzw. Erzstift Köln und Erzbistum Köln sind keine identischen Begriffe, weder geografisch noch rechtlich. Kurfürstentum bezeichnet den weltlichen, Erzbistum den – flächenmäßig weit größeren – geistlichen Machtbereich des Erzbischofs. Seit dem Hohen Mittelalter wurden geistliche Obere (Bischöfe, Äbte) mit Territorien belehnt, in denen sie als Landesherrn fungierten und weltliche Macht ausübten (Reichskirchensystem). Der Erzbischof von Köln war zudem einer der ursprünglich sieben Kurfürsten (Kurfürstenkolleg), denen die Wahl des deutschen Königs oblag.

terte Reformationsversuche, einen überwiegend theologisch motivierten unter Erzbischof Hermann von Wied (1515–1546) und einen machtpolitisch begründeten unter Erzbischof Gebhard Truchsess von Waldburg (1577–1583). Der sich aus letzterem entwickelnde Truchsessische oder Kölnische Krieg überzog weite Teile des Rheinlands und angrenzende Gebiete mit langwierigen Kämpfen, in deren Folge die Godesburg und die Burg Poppelsdorf zerstört wurden. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die Etablierung einer bis 1761 währenden wittelsbachischen Herrschaft am Rhein.<sup>09</sup>

Kurfürst Ferdinand (1612–1650) wurde dabei zur tragenden Figur der katholischen Reformbemühungen. Zahlreiche neue Ordensniederlassungen auch in Bonn gehen auf ihn zurück. Die frühere Jesuitenkirche in der Bonngasse, die heute als Bischofskirche der Altkatholiken dient, und die Kirche auf dem Kreuzberg stammen aus dieser Zeit. Nur im rechtsrheinischen, zum Herzogtum Berg gehörenden Oberkassel mit seinem 1685 fertiggestellten Gotteshaus überlebte die aus der Reformation hervorgegangene Gemeinde.

Unter Ferdinand begann auch der Ausbau Bonns zur Festung; ein breiter Gürtel von Fortifikationsanlagen wurde um die mittelalterliche Stadtmauer gelegt.<sup>10</sup> Einige dieser Bastionen haben sich im Stadtbild erhalten, die berühmteste ist wohl der Alte Zoll im Süden der Stadt mit seiner in Reiseberichten häufig gepriesenen Aussicht auf das Siebengebirge.

Als Wien und Paris um die Vorherrschaft in weiten Teilen West- und Westmitteleuropas kämpften, geriet auch Bonn wiederholt zwischen die Fronten. Drei Belagerungen musste die Stadt über sich ergehen lassen, zwei davon, 1673 und 1703, verliefen glimpflich, die von 1689 zerstörte fast die gesamte Stadt.

Mit der Rückkehr von Kurfürst-Erzbischof Josef Clemens aus französischem Exil 1715 begann der endgültige Ausbau zur prunkvollen Barockresidenz. Unter ihm und seinem Neffen und Nachfolger Clemens August (1723–1761), der vielleicht schillerndsten kurkölnischen Herr-

**09** Vgl. hierzu und zum Folgenden Dietrich Höroldt (Hrsg.), Bonn als kurkölnische Haupt- und Residenzstadt 1597–1794, Geschichte der Stadt Bonn, Bd. 3, Bonn 1989.

**10** Vgl. Gebhard Aders, Bonn als Festung. Ein Beitrag zur Topographie der Stadt und zur Geschichte ihrer Belagerungen, Bonn 1973.

scherpersönlichkeit, entstanden unter anderem die neue Kurfürstliche Residenz, das Schloss Clemensruhe in Poppelsdorf sowie die beide Paläste verbindende (Poppelsdorfer) Allee. Im Auftrag von Clemens August ließ Balthasar Neumann, einer der bedeutendsten Baumeister des Barock und des Rokokos, der Wallfahrtskirche auf dem Kreuzberg eine Heilige Stiege vorbauen, eine Nachbildung der *scala sancta* in Rom. Diese Achse vom Westflügel der Bonner Residenz über das Poppelsdorfer Schloss hinauf zur Kirche auf dem Kreuzberg erlaubt dem Betrachter noch heute einen Eindruck von absolutistischer Stadtplanung und Herrschaftsarchitektur. Auch das Alte Rathaus am Markt (1737/38), das prachtvolle Michaels- oder Koblenzer Tor am Süden der Stadt (1751–1755) und zahlreiche Adelspalais entstanden in dieser Epoche. Bonn galt als der vielleicht glänzendste Hof im Westen des Reichs. Die Einwohnerzahl war von etwa 4000 im Jahr 1620 binnen eineinhalb Jahrhunderten auf mehr als 10 000 gestiegen.

In den letzten Jahrzehnten des Ancien Régime galt Bonn als Hort der Aufklärung. Kurfürst Maximilian Friedrich (1761–1784) gründete eine Akademie, sein Nachfolger Maximilian Franz (1784–1801), jüngstes Kind von Maria Theresia und letzter Kölner Kurfürst, erweiterte sie zur Universität. Die junge Hochschule stand in heftiger Konkurrenz zur Kölner Hochschule. Wirtschaftlich und hinsichtlich des kulturellen Angebots war Bonn ausgesprochen attraktiv. Maximilian Franz war auch persönlich kulturaffin; die Förderung des in Bonn geborenen und aufgewachsenen Ludwig van Beethoven (1770–1827) war ihm ein großes Anliegen. Sichtbare Spuren hinterließ Maximilian Franz in Godesberg, wo er rund um die seit Jahrhunderten bekannte Mineralquelle einen mondänen Kur- und Badebetrieb plante und zum Teil auch realisierte.

Im Herbst 1794 besetzten französische Revolutionstruppen den Bonner Raum.<sup>11</sup> Das Linksrheinische wurde Teil des französischen Staates, Bonn Sitz einer Unterpräfektur im Rhein-Mosel-Departement. Kurstaat, Hof und Universität hörten auf zu bestehen. Die Stadt verlor etwa 20 Prozent ihrer Bevölkerung und viel von ihrem bisherigen Glanz. Die Aufhebung der Klös-

ter und Stifte im Rahmen der Säkularisation, die Einführung der Gewerbefreiheit und des Code civil, um nur diese Beispiele zu nennen, schufen eine neue Ordnung. Für die kleine jüdische Gemeinde, zuvor in einer Art Ghetto geduldet, bedeutete der Umbruch hingegen eine zumindest formale Besserstellung. Als 1815 auf dem Wiener Kongress die europäische Staatenwelt neu geordnet wurde, fiel das Rheinland – nicht zur Freude aller – an Preußen.

## BIS ZUM ENDE DES KAISERREICHES

Das wichtigste Geschenk, das die Preußen mitbrachten, war zweifellos die später sogenannte Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, die 1818 ihren Lehrbetrieb aufnahm.<sup>12</sup> Durch ihr stetes Wachstum, sowohl hinsichtlich der Zahl der angebotenen Studiengänge als auch bezüglich ihrer Reputation – schon bald galt die *Alma mater Bonnensis* als „Prinzenuniversität“ – wurde die Hochschule auch zu einer veritablen wirtschaftlichen Größe für Stadt und Region. Mit den ehemals kurfürstlichen Liegenschaften wie der Residenz und dem Poppelsdorfer Schloss standen geeignete Baulichkeiten zur Verfügung; sie werden bis heute von der Hochschule genutzt. Auch als Bauherrin tat und tut sich die Universität hervor, beginnend mit der 1824 vollendeten Alten Anatomie (heute Akademisches Kunstmuseum), über die zahlreichen, überwiegend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichteten Institutsgebäude bis hin zu aktuellen Projekten.

Der Publizist und Historiker Ernst Moritz Arndt, einer der ersten berufenen Professoren der Universität, bald suspendiert, später rehabilitiert, hoch geehrt und in der gegenwärtigen Rezeption mit Argwohn betrachtet, ließ 1818/19 – damals weit vor den Toren der Stadt, in unmittelbarer Nähe des Rheinufer – ein Wohnhaus errichten.<sup>13</sup> Haus und Standort stehen bis heute symbolisch für den anstehenden strukturellen Wandel Bonns, das derzeit stark expandierte; 1859/60 zählte sie bereits etwa 20 000 Einwohner.

<sup>12</sup> Vgl. Dominik Geppert/Thomas P. Becker/Philipp Rosin (Hrsg.), *Geschichte der Universität Bonn*, 4 Bde., Göttingen 2018.

<sup>13</sup> Vgl. Norbert Schloßmacher, Ernst Moritz Arndt. Ein Denkmal setzen – die Wacht am Rhein, in: Tilman Mayer/Dagmar Schulze Heuling (Hrsg.), *Über Bonn hinaus. Die ehemalige Bundeshauptstadt und ihre Rolle in der deutschen Geschichte*, Baden-Baden 2017, S. 35–58.

<sup>11</sup> Hierzu und zum Folgenden vgl. Dietrich Höroldt (Hrsg.), *Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989*, *Geschichte der Stadt Bonn*, Bd. 4, Bonn 1989.

Auch der Tourismus erlebte im Zeitalter der Rheinromantik seine erste große Blüte. Als Ausgangspunkt der klassischen Rheinreise war Bonn ein gefragter Ort, der zudem zu längeren Aufenthalten lockte. Es existierte eine regelrechte britische Kolonie.

Gesellschaftlicher Höhepunkt jener Epoche war die Enthüllung des Beethovendenkmals am 12. August 1845 auf dem Münsterplatz in Anwesenheit der britischen Königin Victoria, ihres Gatten Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, der in Bonn studiert hatte, und des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. Zu diesem Anlass fand auch das erste internationale Beethovenfest in Bonn statt. Großes Engagement hatte in diesem Zusammenhang auch der Komponist Robert Schumann gezeigt, der einige Jahre später, unter schweren Depressionen leidend, in eine Bonner Privatklinik gebracht wurde, in der er 1856 starb. Sein Grab und das seiner Frau Clara befinden sich auf dem Alten Friedhof in Bonn.

Auf dem Höhepunkt der Revolution von 1848/49 schrieb der radikaldemokratische Revolutionär Carl Schurz seinem akademischen Lehrer und demokratischen Mitstreiter Gottfried Kinkel voller Euphorie, dabei übertreibend, nach Berlin: „Die Aufregung ist hier permanent und Bonn die unruhigste Stadt am Rhein.“<sup>14</sup> Bonn war und blieb jedoch eine durch und durch bürgerliche Stadt.

Neben der Zahl der Reisenden, für die komfortable Hotels und Gasthäuser in der Stadt errichtet wurden, stieg auch die Zahl derjenigen, die sich dauerhaft in Bonn und Godesberg niederließen. Industrielle, Kaufleute und Rentiers nicht nur aus dem Rheinland waren es überwiegend, deren Villen zum Teil bis in die Gegenwart von der gehobenen Bürgerlichkeit und seinem Wohlstand berichten.<sup>15</sup> Am Rheinufer, entlang der heutigen Adenauerallee, an der Poppelsdorfer Allee und insbesondere im tatsächlich so bezeichneten Villenviertel in Godesberg, entstand eine Vielzahl dieser repräsentativen Bauten, die

architektonisch überwiegend an den Historismus oder den Jugendstil angelehnt waren. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg vermochte Godesberg, wieder an die Tradition als Kur- und Badeort anzuknüpfen. Eine Reihe renommierter Privatkliniken und Sanatorien zog solvente Gäste an, und auch als Schulstadt machte sich der Ort, dem erst 1926 der offizielle Titel „Bad“ verliehen wurde, einen Namen.

Die Infrastruktur erhielt neue Impulse: Neue, bessere Straßen und Postverbindungen, das Aufkommen der Dampfschifffahrt auf dem Rhein und die Anbindung Bonns an das Eisenbahnnetz mit der Inbetriebnahme der Strecke Bonn-Köln 1844 sind hier zu nennen. Die Professionalisierung der Stadtverwaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging einher mit dem Aufbau der städtischen Leistungsverwaltung wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenreinigung, Müllabfuhr und Personennahverkehr.

Dass sich im Bonner Stadtbild selbst zu Zeiten der Industriellen Revolution kaum Fabrikanlagen, geschweige denn rauchende Schloten fanden, war ein Alleinstellungsmerkmal. Es handelte sich dabei um bewusste Kommunalpolitik: „Wir sehen es als eine unserer Hauptaufgaben an, den Zuzug wohlhabender Familien zu vermehren“, schrieb 1853 der Bonner Oberbürgermeister Leopold Kaufmann (1821–1898).<sup>16</sup> Dies nämlich war seiner Einschätzung nach „die Hauptquelle des Wohlstandes allgemein und insbesondere unserer Gewerbetreibenden (...). Unsere Stadt ist mehr darauf angewiesen, in dem weitverbreiteten Rufe unserer Hochschule und in den verschiedenen Annehmlichkeiten des Lebens, welche die reizende Lage und die geistigen Genüsse der Kunst und Wissenschaft bieten, die Quellen ihres Wohlstandes zu finden und zu pflegen, als in der Entwicklung einer großartigen industriellen Tätigkeit.“<sup>17</sup> Lediglich im noch selbständigen Poppelsdorf und im rechtsrheinischen Raum ließen sich Gewerbe- und Industriebetriebe in namhafter Zahl nieder.

Zu Zeiten des Kaiserreiches und der Weimarer Republik war in Bonn der politische Katholizismus vertreten durch die Zentrumspartei führend. Lediglich im Stadtrat hatten die Liberalen bis 1918 aufgrund des Dreiklassenwahlrechts, das die wohlhabenderen Wähler bevorzugte, die Mehr-

**14** Schreiben von Carl Schurz an Gottfried Kinkel vom 20.3.1849, in: Eberhard Kessel (Hrsg.), *Die Briefe von Carl Schurz an Gottfried Kinkel*, Beihefte zum Jahrbuch für Amerikastudien 12/1965, S. 52. Vgl. auch Norbert Schloßmacher (Hrsg.), „Die Aufregung ist hier permanent und Bonn die unruhigste Stadt am Rhein.“ Bonn 1848/49. Beiträge zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution, Bonn 1998.

**15** Vgl. Olga Sonntag, *Villen am Bonner Rheinufer. 1819–1914*, 3 Bde., Bonn 1998.

**16** Verwaltungsbericht der Stadt Bonn 1853, zit. nach Höroldt (Anm. 9), S. 218.

**17** Verwaltungsbericht der Stadt Bonn 1867, zit. nach ebd.



Bonner Marktplatz mit Rokoko-Rathaus 1899

Quelle: picture-alliance / akq-images | akq-images

heit. Stark polarisierend, auch hinsichtlich des gesellschaftlichen Lebens, wirkten die im Kulturkampf der 1870/80er Jahre kulminierenden konfessionellen Spannungen. Vor diesem Hintergrund entstand die altkatholische Kirche, anfänglich als innerkirchliche Protestbewegung gegen das 1870 verkündete sogenannte Unfehlbarkeitsdogma gegründet, die seit dieser Zeit ihren Bischofssitz in Bonn hat.

In den 1860er Jahren hatte die Entstehung der Südstadt begonnen, einem der am besten erhaltenen mittelständischen Wohnquartiere jener Zeit in Deutschland. Die Bebauung dehnte sich nach und nach auf andere Gemarkungen aus, Bonn wuchs mit den benachbarten Ortschaften zusammen. Dies führte 1904 zur Eingemeindung eines Teils der Bürgermeisterei Poppelsdorf, bestehend aus den heutigen Stadtteilen Dottendorf, Kessenich, Endenich und Poppelsdorf selbst. Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt war der Bau der ersten Rheinbrücke 1898.

Die Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren nicht nur in Bonn eine ausgesprochen baufreudige Epoche: Genannt seien das Landgericht (1859), das Amtsgericht (1904), der Hauptbahnhof (1883/84), das Wasserwerk in der

Gronau (1900), das 1986 zu neuer Berühmtheit gelangte, als es für mehrere Jahre den Plenarsaal des Deutschen Bundestags aufnahm, die evangelische Kreuzkirche am Kaiserplatz (1871) und die 1879 an prominenter Stelle unmittelbar am Rheinufer errichtete Synagoge – Zeichen auch für eine veränderte Stellung der Jüdinnen und Juden in der Stadtgesellschaft.

Bonn war durchaus auch eine wilhelminische Stadt. Die studierenden Hohenzollernprinzen, zahlreiche Kaiserbesuche, das omnipräsente Militär, für das Bonn als Garnisonsstadt fungierte, und die zahlreichen „vaterländischen“ Vereinigungen waren hierfür Garanten. Ebenso prägend war die Kultur: Musik, Theater, Museen und die zum Teil avantgardistische Bildende Kunst<sup>18</sup> stießen auf große Resonanz.

## BIS ZUM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die anschließende, mehr als siebenjährige Besatzungs-

<sup>18</sup> Vgl. u. a. den Rheinischen Expressionismus mit August Macke (1887–1914) als dafür prägende Persönlichkeit.

zeit zunächst durch Briten, dann durch Franzosen,<sup>19</sup> dazu Separatistenunruhen und die stets virulenten ökonomischen Probleme, beendeten die angeblich so „gute alte Zeit“. In den wenigen Jahren zwischen der Hyperinflation von 1923 und der Weltwirtschaftskrise von 1929 normalisierte sich das politische und wirtschaftliche Leben vorübergehend.

Bonn hatte am Vorabend des Ersten Weltkriegs die Zahl von 100 000 Einwohnern erreicht. Die Stadt profitierte weiterhin vom Renommee ihrer Hochschule, zeigte großes Engagement im Wohnungsbau und erhielt mit der bereits 1932 eröffneten Autobahn Köln-Bonn die erste kreuzungsfreie Autostraße in Europa. Unter den Großbauten jener Zeit ragen das (alte) Stadthaus am Bottlerplatz sowie die 1933 eingeweihte Pädagogische Akademie am Rhein hervor, ein Bau, der gut eineinhalb Jahrzehnte später eine völlig andere und ebenso unerwartete Funktion als Bundestag übernehmen sollte. Bad Godesberg wuchs zwischen 1899 und 1935 aus sieben Gemeinden zu einer Stadt mit etwa 30 000 Einwohnern zusammen. Beuel mit seinen 1935 knapp 20 000 Einwohnern war weiterhin die stark industrialisierte Nachbargemeinde von Bonn.

Mehr und mehr beherrschte die immer gewalttätiger werdende politische Auseinandersetzung Teile des städtischen Lebens. Sie münde-

te wie allorts in der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933.<sup>20</sup> Die am 10. Mai 1933 von Studierenden initiierte Bücherverbrennung vor dem Alten Rathaus gilt als Fanal. Weltweites Aufsehen erregte die Abkennung der Ehrendoktorwürde für den Literaturnobelpreisträger Thomas Mann seitens der Bonner Universität 1936.<sup>21</sup> Auch das im Zusammenhang mit der Sudetenkrise stattfindende Treffen von Adolf Hitler und dem britischen Premierminister Neville Chamberlain im Rheinhôtel Dreesen in Bad Godesberg im September 1938 fand weltweite Beachtung. Das Nobelhotel, das von Hitler überaus geschätzt wurde, sollte 1943/44 als Internierungsstätte für südamerikanische Diplomaten und 1944/45 als Außenstelle des KZ Buchenwald noch eine besondere Rolle erhalten.<sup>22</sup> Die Zerstörung der fünf Synagogen im heutigen Bonner Stadtgebiet beim Novemberpogrom 1938 läutete das letzte Kapitel der Vernichtung jüdischen Lebens auch in Bonn ein.<sup>23</sup> 1941 wurde seitens der Machthaber ein Frauenkloster in Endenich beschlagnahmt und zum Sammellager für Jüdinnen und Juden der Region umfunktioniert. Von dort erfolgte 1942 die Deportation in die Vernichtungslager.<sup>24</sup> Auch Bonner Sinti, Roma und andere dem NS-Regime missliebige Gruppen und Personen wurden ausgegrenzt, gedemütigt, verfolgt und ermordet.

Die Bilanz von Terrorherrschaft und Zweitem Weltkrieg waren ungezählte Gepeinigte und Ermordete, Gefallene, Vermisste und Verletzte, dazu ungeheure materielle Schäden, Zerstörungen und Verluste.

Welche Veränderungen sich innerhalb weniger Jahre für Bonn und die Region ergeben, welche Rolle die Stadt und ihr Umland in einem gewandelten Deutschland spielen sollten, davon konnte niemand auch nur eine Vorstellung haben, als in den Morgenstunden des 9. März 1945 amerikanische Truppen kampfflos in Bonn und Bad Godesberg einmarschierten.

**19** Vgl. Horst-Pierre Bothien, *Bonn-sur-le-Rhin. Die Besatzungszeit 1918–1926*, Asbach 2018.

**20** Vgl. u. a. ders., *Wegweiser durch die Literatur zur NS-Geschichte in Bonn. Eine Bibliographie*, Bonn 2023<sup>3</sup>. Für einige jüngere Spezialuntersuchungen vgl. ders., *Das braune Bonn. Personen und Ereignisse (1925–1939)*, Essen 2005; Ralf Forbach, *Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“*, Oldenburg 2006; Dittmar Dahlmann et al. (Hrsg.), *„Schlagen gut ein und leisten Befriedigendes“. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bonn 1940–1945*, Bonn 2006; Norbert Schloßmacher (Hrsg.), *„Kurzerhand die Farbe gewechselt.“ Die Bonner Polizei im Nationalsozialismus*, Bonn 2006.

**21** Vgl. Paul Egon Hübinger, *Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1955*, München–Wien 1974.

**22** Vgl. Norbert Schloßmacher, *Buchenwald am Rhein. Marie-Agnès Cailliau de Gaulle als Gefangene in einem Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 71/2007, S. 231–253.

**23** Vgl. Astrid Mehmel et al., *Sie brannten am helllichten Tag. Der Novemberpogrom in Bonn am 10. November 1938*, Bonn 2009.

**24** Vgl. Norbert Schloßmacher, *Verzogen nach: „unbekannt wohin“. Zur Ermordung von Bonnerinnen und Bonnern bei Minsk im Juli 1942*, in: *Bonner Geschichtsblätter* 57–58/2008, S. 389–404.

## NORBERT SCHLOßMACHER

ist Historiker und Archivar und leitete von 2003 bis 2022 das Bonner Stadtarchiv.



Was ich gerne mag:

Parlamentarismus,  
Verfassungsgeschichte,  
Gummitwist

Sabine 9 1/2

Die **Informationen zur politischen Bildung** gibt es bereits seit 70 Jahren.

Ein zeitloser Klassiker, der immer wieder neue Leser\*innen findet und begeistert.



Mehr erfahren unter  
[www.bpb.de/shop/](http://www.bpb.de/shop/)

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. April 2024

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Anne-Sophie Friedel  
Jacob Hirsch (Volontär)  
Julia Günther  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink  
Martin Schiller  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast  
twitter.com/APuZ\_bpb

## APuZ

Nächste Ausgabe  
18–20/2024, 27. April 2024

# DOPPELTE STAATS- GRÜNDUNG

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)